



48. Sitzung

Donnerstag, 25. Februar 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden,
Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten		Beschluss	3031
Fortsetzung der Tagesordnung	3015		
Aktuelle Stunde	3015	Antrag der Fraktion der CDU:	
Fraktion der SPD:		Weiterführung der "Gründungsprämie Handwerk!" (Meistergründungsprämie)	
SchlaglochCity Hamburg – böses Erwachen nach dem Winterschlaf (des Senats)		Haushaltsplan 2009/2010, Titel 7200.892.03	
		– Drs 19/5350 –	3031
Karin Timmermann SPD	3015	Barbara Ahrons CDU	3031
Jörn Frommann CDU	3016	Andrea Rugbarth SPD	3032
Martina Gregersen GAL	3017, 3020	Jens Kerstan GAL	3033
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3017, 3021	Elisabeth Baum DIE LINKE	3034
Anja Hajduk, Senatorin	3018	Axel Gedaschko, Senator	3035
Martina Koeppen SPD	3020		
		Beschluss	3035
Antrag der Fraktion der SPD:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Atomkraftwerk Krümmel und Brunsbüttel endgültig abschalten und Beratungen zum Energiekonzept des Bundes mit allen Marktakteuren		Förderung kooperativer Ansätze in der Wirtschaftspolitik	
– Drs 19/5344 –	3022	– Drs 19/5343 –	3035
Dr. Monika Schaal SPD	3022, 3030	Karl Schwinke SPD	3035
Birgit Stöver CDU	3023	Aygül Özkan CDU	3037
Michael Gwosdz GAL	3025, 3030	Jens Kerstan GAL	3038, 3040
Dora Heyenn DIE LINKE	3026, 3030	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3038
Anne Krischok SPD	3028	Ingo Egloff SPD	3039
Heiko Hecht CDU	3029		
		Beschlüsse	3040

Senatsmitteilung:		Sammelübersicht	3055
Ein Europapolitisches Jugendkonzept für Hamburg			
– Drs 19/5244 –	3040	Beschlüsse	3055
Andreas Waldowsky GAL	3040, 3047		
Bettina Machaczek CDU	3042	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Gabi Dobusch SPD	3043, 3047		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3045	Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern ("U-Untersuchungen"): Senator Wersich verweigert Informationen über die Teilnahmequote nicht deutscher Kinder in den Stadtteilen mit dem Argument einer möglichen "Reanonymisierung"	
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	3045	– Drs 19/4898 –	3055
Beschluss	3048	Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	3055
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Refinanzierung des Tarifabschlusses zur Entgeltordnung und zum Gesundheitsschutz im Sozial- und Erziehungsdienst		Beitragsfreies letztes Kita-Jahr – aber nicht für alle: die schwarz-grüne "Kann-Kinder"-Regelung	
– Drs 19/5320 –	3048	– Drs 19/4996 –	3055
dazu		Beschluss, Besprechung beschlossen	3055
Antrag der Fraktion der SPD:		Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
Gute Arbeit in der frühen Bildung hat Voraussetzungen: Anständige Gehälter für die Beschäftigten und vernünftige Gruppengrößen in den Kitas!		Gravierende Defizite im Katastrophenschutz aufgearbeitet?	
– Drs 19/5486 –	3048	– Drs 19/4999 –	3056
Mehmet Yildiz DIE LINKE	3048, 3053	Beschluss, Besprechung beschlossen	3056
Stephan Müller CDU	3049		
Carola Veit SPD	3050, 3054		
Antje Möller GAL	3052, 3054		
Beschlüsse	3055		
Bericht des Eingabenausschusses:		Senatsantrag:	
Eingaben		Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2010	
– Drs 19/5079 –	3055	– Drs 19/5246 –	3056
Bericht des Eingabenausschusses:		Beschlüsse	3056
Eingaben		Senatsmitteilung:	
– Drs 19/5242 –	3055		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/5243 –	3055		
Beschlüsse	3055		

Entscheidung des Senats gemäß Paragraf 22 Absatz 2 Satz 2 Bezirksverwaltungsge- setz (BezVG) Aufhebung des Ergebnisses des Bürgerentscheids "Rettet den Buchenhof-Wald" vom 5. November 2009, der die Wir- kung eines Beschlusses der Bezirksversammlung Altona hat – Drs 19/5304 –	3056	Einen wirkungsvollen Jugend- arbeitsschutz erhalten – Aus- zubildende und junge Men- schen vor betrieblicher Willkür schützen – Drs 19/5149 –	3059
Anne Krischok SPD Hans-Detlef Roock CDU Farid Müller GAL	3056 3057 3058	Beschluss	3059
		Antrag der Fraktion der SPD:	
		Hamburg braucht einen aktuali- sierten Verkehrsentwicklungs- plan – Drs 19/5346 –	3059
Kenntnisnahme	3058	Beschluss	3059
Bericht des Ausschusses für Ge- sundheit und Verbraucherschutz über die Drucksache 19/5093:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Zuweisung der Aufgaben ge- mäß Paragrafen 22 ff. Medizin- produktegesetz (MPG) an die Ethik-Kommission der Ärzte- kammer Hamburg im Hambur- gischen Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGH) sowie Er- klärung einer Haftungsüber- nahme für die Wahrnehmung dieser Aufgabe (Senatsantrag) – Drs 19/5398 –	3059	Barrierefreies Bauen – Drs 19/5347 –	3059
		Beschluss	3060
		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:	
		Hamburger Rathaus – fester Programmteil bei der Langen Nacht der Museen – Drs 19/5351 –	3060
Beschlüsse	3059	Beschluss	3060
Bericht des Kultur-, Kreativwirt- schafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/4950:			
Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsver- trag)(Senatsantrag) – Drs 19/5416 –	3059		
Beschlüsse	3059		
Antrag der Fraktion der SPD:			

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie recht herzlich.

Heute beginne ich zunächst mit einem Geburtstagsglückwunsch, und zwar mit einem ganz besonderen. Liebe Elke Thomas, Sie haben heute Geburtstag und das Hohe Haus gratuliert Ihnen von ganzem Herzen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte auch 75 werden, Sie auch alle? Ja, das ist allseitiger Konsens.

Meine Damen und Herren! Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe dazu das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte, angemeldet von der SPD-Fraktion:

SchlaglochCity Hamburg – böses Erwachen nach dem Winterschlaf (des Senats)

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Timmermann wünscht es, bitte schön.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat ist aus dem Winterschlaf erwacht und hat kurzfristig 10 Millionen Euro für ein Sofortprogramm zur Straßensanierung zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

– An der Stelle kann ich auch mitklatschen.

Außerdem wurde beschlossen, die ursprünglich vorgesehenen Kürzungen im Rahmen der Haushaltssanierungen für Unterhaltung und Sanierung im Straßenbereich nicht umzusetzen. Auch hier kann man noch klatschen, das ist eine richtige Entscheidung, die wir im Grundsatz auch unterstützen. Es ist zwar nur ein kleiner Schritt des Senats, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei *Hans Lafrenz CDU* und *Martina Gregersen GAL*)

Er ist aus unserer Sicht aber leider viel zu halbherzig.

(Beifall bei der SPD)

Und natürlich ist er nicht ausreichend, wenn man sich den katastrophalen Zustand unserer Straßen anschaut. Erste Straßen sind gesperrt und tempo-reduziert. Dieser Betrag ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

(*Michael Neumann SPD:* Kalter Stein! Eiskalter Stein!)

Wenn Sie gehofft hatten, mit der Bereitstellung der zusätzlichen Haushaltsmittel die Diskussion über den schlechten Zustand der Straßen im Keim zu ersticken, dann müssen wir Sie leider enttäuschen. Dies wird Ihnen so nicht gelingen. Ich gestehe zu, dass es auch zu unserer Regierungszeit in diesem Bereich Fehler gab.

(*Barbara Ahrons CDU:* Ach, ne!)

Aber eine derartig schlechte Situation Hamburger Straßen hat es so nie gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Der Rechnungshof, aber auch der ADAC hat wiederholt Kritik an Ihrem Handeln beziehungsweise an Ihrem Nichthandeln geübt.

(Zuruf von der CDU)

– Sie sind seit zehn Jahren in Verantwortung, irgendwann müssen Sie auch Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Aber leider ist seit Jahren nicht sachgerecht agiert worden. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir genau von dieser Stelle aus über den Zustand der Hamburger Straßen gesprochen, ich erinnere nur an "Freie und Schlagloch-Stadt Hamburg" und "Eine Stadt droht zu verlottern". Das waren die Überschriften 2006 und seitdem hat sich nichts geändert.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die Löcher sind noch tiefer geworden!)

Im Gegenteil, der Zustand hat sich erheblich verschlechtert und im Augenblick ist noch nicht einmal erkennbar, was in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zukommt.

Der ADAC fordert ein Sonderprogramm und spricht von Investitionsbedarfen zwischen 60 und 80 Millionen Euro in den nächsten Jahren, um zumindest die größten Schäden zu beseitigen. Auch der Rechnungshof ist in seinem Jahresbericht 2010 zu dem Ergebnis gekommen, dass die Ziele des Senats zur Straßenerhaltung verfehlt wurden. In der gestrigen Debatte ist ausreichend darüber diskutiert und auch darauf hingewiesen worden. Die Investitionen sind ständig reduziert worden, ebenso die Betriebsmittel für die Straßenerhaltung. Wurden 2000 laut Rechnungshofsbericht noch 16,98 Millionen Euro als Betriebsmittel ausgegeben, so sind es 2008 nur 9,1 Millionen Euro gewesen. Mit "Wachsen mit Weitsicht" hat das nichts zu tun,

(Beifall bei der SPD – *Ingo Egloff SPD:* Doch, die Löcher wachsen!)

(Karin Timmermann)

es sei denn, Sie beziehen es auf das Anwachsen der Schlaglöcher, das kann natürlich auch eine Perspektive sein. Die geplante Nutzungsdauer einer Straße kann nur erreicht werden, wenn die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen zeitgerecht durchgeführt werden. Jedes Aufschieben einer Maßnahme oder die nur punktuelle Ausbesserung beschleunigt den Substanzverlust derart, dass innerhalb kürzester Zeit nur eine kostenintensivere komplette Grunderneuerung helfen kann. Diese Situation haben Sie nun erreicht. Hamburgs Straßen sind sukzessive kaputtgespart worden, und zwar von diesem Senat.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt aber nicht nur für die Straßen. Der Hinweis von Frau Gregersen in der Pressemitteilung ist richtig, dass wir die Geh- und Radwege nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die letzten Wochen haben gezeigt, was es für die Menschen bedeutet, wenn Geh- und Radwege nicht funktionsfähig gehalten werden. Es gab viel zu viele verletzte Menschen, das darf nicht wieder passieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen davon aus, dass auch für die Geh- und Radwege zusätzlich ein Betrag zur Verfügung gestellt wird – und ich betone: zusätzlich – und der jetzt zur Verfügung gestellte Betrag nicht noch geteilt wird. Der Erhalt unserer Straßen ist die Pflicht, die Gemeinschaftsstraßen sind die Kür, wenn die Haushaltsmittel reichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Timmermann, das war irgendwie kalter Kaffee. So richtig rübergekommen ist nicht, was Sie eigentlich wollten, denn wir stehen nicht das erste Mal vor diesem Problem.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie agieren, als wäre es das erste Mal!)

Bei der Anmeldung der Aktuellen Stunde habe ich darüber nachgedacht, wie es eigentlich so in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten war, und ich habe mich an meine erste Zeit in der Bezirksversammlung Ende der Neunzigerjahre zurückerinnert und an das Jahr 2000, als ich einmal in die Bürgerschaft nachgerückt bin. Damals gab es einen heutigen Staatsrat, der zu der Zeit verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion war und genau auf das gleiche Problem der Schlagloch-Stadt Hamburg hingewiesen hat,

(Ingo Egloff SPD: Halb so schlimm wie jetzt!)

und das nicht unberechtigt, weil wir natürlich alle genau wissen, wie die technisch-physikalische Ab-

folge bei Straßen ist. Zugegeben, die Straßen sehen in Hamburg im Moment, soweit man es erkennen kann, nicht gerade hervorragend aus,

(Ingo Egloff SPD: Die sehen saumäßig aus!)

daraus macht auch niemand einen Hehl. Fahren wir aber einmal außerhalb Hamburgs in andere Bundesländer und Großstädte, dann ist die Situation da genau die gleiche. Also wo ist das Problem?

Die Investitionen werden von Ihnen angemahnt, Frau Timmermann. Wenn wir einmal ehrlich auf die Zahlen der letzten Jahre schauen – und da sollten wir vielleicht auch die letzten Jahre Ihrer Regierungszeit einschließen –,

(Zurufe von der SPD: Oh! – Karin Timmermann SPD: Zweifeln Sie die Zahlen des Rechnungshofes an?)

dann hatten wir ein Gesamtinvestitionsvolumen, das deutlich unterhalb dessen lag, was wir im Moment haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir beim Sanierungsstau von Summen sprechen, dann waren Sie 1999 bereit, insgesamt rund 23 Millionen Euro in die Sanierung und Instandhaltung der Straßen zu investieren.

(Ingo Egloff SPD: Wie lange regieren Sie schon? Ein Jahr?)

Heute sind wir ohne Sonderprogramm bei 39 Millionen Euro plus noch einmal 10 Millionen Euro. Dieses Jahr sind es also schon 49 Millionen Euro; das ist mehr als das Doppelte, das Sie zum Ende Ihrer Regierungszeit in die Straßen investiert haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch in der Tendenz ist es seit Jahren steigend, insbesondere was die Instandhaltung angeht, aber es ist auch steigend, was die Investitionen angeht. Auch hier ist kein Nachhaken in irgendeiner Art und Weise notwendig. Dazu gehören aus unserer Sicht natürlich ebenso die Geh- und Fahrradwege.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Davon merkt man überhaupt nichts!)

Frau Gregersen wird dazu sicherlich noch einmal Stellung nehmen. Wir müssen aber auch eines attestieren: Bevor man überhaupt sanieren kann, müssen wir eine Bestandsaufnahme machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da warten Sie, bis das Tauwetter kommt!)

Diese wird derzeit vorgenommen und sobald das geschehen ist, wird es mit Sicherheit auch positive Veränderungen geben. Sie wissen alle, dass wir auf den Logistik- und Dienstleistungsstandort setzen. Dazu gehören funktionierende Straßen in allen Bereichen und dazu wird der Senat, das hat er bereits angekündigt, entsprechende Programme

(Jörn Frommann)

machen. Und Sie können sicher sein – da spreche ich sicherlich auch für den Koalitionspartner –, wenn diese zusätzlichen 10 Millionen Euro nicht ausreichen sollten, werden wir auch weitere Millionen dafür zur Verfügung stellen, ansonsten wird die Sanierung nicht klappen.

Im Endeffekt ist es so wie jedes Jahr: Sie kommen mit einem alten Thema und versuchen auf irgendeine Art und Weise – das ist als Opposition natürlich Ihr grundlegendes Recht –, das Thema am Laufen zu halten, statt sich produktiv vielleicht auch in den Bezirken, wo Sie regieren, mit einzubringen.

(Ingo Egloff SPD: Haben wir doch! Das Thema beschäftigt die Menschen in dieser Stadt!)

Dieses Thema ist keine Aktuelle Stunde wert. Die zukünftige Berichterstattung wird zeigen, dass wir dort auf einem erfolgreichen Kurs sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! SchlaglochCity Hamburg und das böse Erwachen nach dem Winterschlaf – ein bisschen erinnerte mich diese Themenanmeldung schon an "Und täglich grüßt das Murmeltier". Der Winter ist vorbei und wir diskutieren wieder über Schlaglöcher.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Man kann es schon viele Jahre beobachten, immer wieder meldet sich nach dem Winter der ADAC zu Wort

(Michael Neumann SPD: Der ADFC auch!)

und fordert viel Geld für Straßenreparaturen, aber auch für die Instandhaltung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn nichts passiert!)

Wir haben Löcher in den Straßen,

(Michael Neumann SPD: Haushaltslöcher!)

das ist nicht zu übersehen, sie sind teilweise groß und tief. Aber man kann auch nicht sagen, dass das nur Hamburg betrifft. Es ist schon interessant: Wenn man nur einmal eine Straße aus Hamburg hinausfährt, sieht man zum Beispiel in Norderstedt etwas, was es in Hamburg im Moment nicht gibt. Es gibt dort das Schild "10 km/h und Befahren auf eigene Gefahr".

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sind Sie sicher, dass es das in Hamburg nicht gibt? Da begeben Sie sich auf dünnes Eis!)

Wenn wir in andere Städte schauen, sieht man, dass der Winter wirklich überall seine bleibenden Schäden hinterlassen hat.

(Michael Neumann SPD: Regieren Sie doch in Norderstedt!)

– Regieren Sie doch da.

Wir haben schnell reagiert, an frostfreien Tagen ist sofort mit Verfüllungen begonnen worden und ich habe auch heute schon gesehen, dass wieder sehr viele Lkws unterwegs sind, um die Löcher zu stopfen.

Ich finde es schwierig und an der Diskussion mit dem ADAC auch sehr falsch, dass gesagt wird, wir hätten das Geld für den Unterhalt der Straßen zusammengestrichen. Man muss einmal schauen, welche Gelder wir für die Beseitigung von Straßenschäden ausgegeben haben. 2008 sind es 31,5 Millionen Euro gewesen, 2009 36,7 Millionen Euro und jetzt, 2010, sind es 49 Millionen Euro. Da kann man nicht von Mittelleinsparung und Zusammenstreichen sprechen, Frau Timmermann,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der Investitionsstau wird jedes Jahr größer!)

sondern man muss ganz ehrlich sagen, dass die Mittel gestiegen sind, und zwar um 36 Prozent in den letzten zwei Jahren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Frommann hat ganz klar gesagt, dass jetzt eine Bestandsanalyse fehlt. Wir sind dabei und wir schauen uns an, was von den Hauptverkehrsstraßen aus den Bezirken gemeldet wird. Aber die 10 Millionen Euro sind schon einmal da, um die Schäden zu beseitigen. Sie sagen immer nur, es reiche nicht, aber Sie selbst haben keine Summe genannt, die Sie sich vorstellen. Wo ist denn die Summe, die die SPD möchte?

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Aber Sie regieren doch!)

Natürlich brauchen wir ungefährliche und funktionstüchtige Straßen, aber Forderungen von 60 bis 70 Millionen Euro sind mir da wirklich zu hoch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Gregersen und Herr Frommann, Sie können die Fakten nicht

(Dr. Joachim Bischoff)

mit so einem unqualifizierten Beitrag in die Tonne treten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Reden Sie doch bitte zur Sache.

(*Michael Neumann SPD*: Davon hat er keine Ahnung!)

Und zur Sache gehört, dass wir im Straßenwesen einen Investitionsrückstau in erheblicher Größenordnung haben. Der ist nicht vom Himmel gefallen und auch nicht nur das Resultat eines strengen Winters, sondern er ist das Resultat einer schlamprigen Politik.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Laut Rechnungshofsbericht hatten die Hamburger Straßen in der Herstellung ursprünglich einen Wert von knapp 4 Milliarden Euro. Sie haben es geschafft, dass dieser Wert auf deutlich unter 1,5 Milliarden Euro heruntergefahren worden ist. Das heißt, wir haben über Jahre hinweg zu wenig dafür getan, dass der Wert und damit auch der Gebrauchswert dieses wichtigen Faktors der Infrastruktur erhalten bleibt. Das ist der Ausgangspunkt und jetzt reden wir über die 10 Millionen Euro, die Sie aufwenden wollen, um die besonderen Schäden des strengen Winters zu beheben. Frau Hajduk berichtet, dass zurzeit die Bezirke die Schäden auf Hamburgs Straßen insgesamt melden. Parallel werde eine Prioritätenliste erstellt und wenn das alles vorliege, dann würden diese Schäden abgearbeitet. Frau Gregersen, wenn Sie sich einmal die Mühe gemacht hätten, in den Rechnungshofsbericht zu schauen,

(*Martina Gregersen GAL*: Das habe ich gemacht!)

dann würden Sie wissen, dass Sie dazu gar nicht in der Lage sind; vielleicht sagt Frau Hajduk noch etwas dazu. Sie kann die Schäden gar nicht ermitteln, sie kann sie gar nicht erfassen, denn was sagt der Rechnungshofsbericht zu diesem Thema? Zur Durchführung der notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen zum richtigen Zeitpunkt bräuhete man nämlich ein Informationssystem. Die BSU hat Ende der Neunzigerjahre für 0,5 Millionen Euro eine Straßeninformationsbank angeschafft, in der diese ganzen Schäden festgehalten werden sollen. Diese in der SIB erfassten Daten sind anders, als der Bürgerschaft mitgeteilt. Daher habe ich Verständnis dafür, dass Sie einen so unqualifizierten Beitrag halten. Uns ist mitgeteilt worden, dass alles in Ordnung sei, aber faktisch ist die SIB völlig unvollständig. Und nicht nur das: Die dort enthaltenen Daten sind überhaupt nicht zu gebrauchen.

Ich nehme nur einen Punkt heraus: Die BSU hat ein Ordnungssystem erstellt, das die räumliche Zuordnung von Daten ermöglicht und auf dieser Grundlage Zustandserfassungen und Bewertungen für die Hauptverkehrsstraßen sowie einige Be-

zirksstraßen durchführt. Für die übrigen etwa 60 Prozent der Straßen fehlen diese, obwohl sie für eine systematische Erhaltungsplanung unerlässlich sind. Das muss man sich einmal vorstellen: Für 60 Prozent der Straßen haben Sie überhaupt kein Informationssystem, folglich auch keine Handhabe, um hier eine vernünftige Erhaltungspolitik zu machen. Wenn das nicht die Ruinierung von Hamburgs wichtigem Faktor ist, dann weiß ich nicht, worüber wir sonst noch diskutieren sollen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Letzter Punkt. Woher nehmen Sie jetzt die 10 Millionen Euro? Das ist ohnehin viel zu wenig, aber wichtig ist, einmal einen Eindruck von Ihrer grandiosen und seriösen Politik zu bekommen. Da muss ich noch einmal auf Ihre Unterscheidung zwischen Pflicht und Kür zurückkommen, Frau Timmermann. Pflicht sollte sein, die Straßen so zu erhalten, dass der Gebrauchswert für die Bevölkerung, der darin steckt, zur Verfügung steht. Die Kür wäre der Shared Space, also die Gemeinschaftsstraße. Nachdem ein Bezirk gesagt hat, um Gottes Willen, sollen noch sechs Gemeinschaftsstraßen eingerichtet werden, hat die Frau Senatorin für diese sechs Straßen 7 Millionen Euro angesetzt; das ist bekanntlich immer ihre Politik. Wenn man sich diese Kosten im Einzelnen anschaut, dann sind Sie bis an die Oberkante von 20 Millionen Euro gegangen; ich nehme an, dass der Betrag zwischen 12 und 20 Millionen Euro liegen wird. Das ist schon klassisch. Man will ein Lieblingsprojekt der GAL umsetzen und macht eine schlampige, um nicht zu sagen wirklich gefährliche Haushaltspolitik bei diesem Punkt. Wenn man sich anschaut, woher Sie die restlichen Mittel nehmen wollen, dann berichte ich einmal etwas aus meinem Bezirk. Für die Anschlussbereiche haben Sie 1 Million Euro vorgesehen und in der letzten Stellungnahme meines Bezirks heißt es, die Aufwendungen für die Anschlussbereiche würden von den Haushaltsmitteln genommen, zum Teil aus der Grundinstandsetzung der Straßen. Das ist das Verhältnis von Kür und Pflicht und das ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke schon, dass die außergewöhnlich lange Frostperiode ein Grund dafür ist, dass Hamburgs Straßen und Wegen, auch Radwegen, so kräftig zugesetzt worden ist. Es wird auch in der Medienberichterstattung sehr anschaulich gemacht, warum das gerade in diesen Tagen auffällig ist. Wenn das Tauwetter sich durchsetzt, wird dann auch sichtbar sein, dass wir neue Winterschäden haben, und dieser Tatsache sollte sich die Opposition nicht gänzlich verschließen, auch

(Senatorin Anja Hajduk)

wenn ihre Forderungen an die Regierung vielleicht noch ein bisschen darüber hinausgehen. Aber dass es da schon einen Zusammenhang gibt, dass der außergewöhnliche Winter den Straßen zuge-setzt hat und dass es deswegen auch sinnvoll ist, nach einem so außergewöhnlichen Winter ein be-sonderes Sofortprogramm aufzusetzen, das ist doch eigentlich mit gewisser Vernunft zu erfassen. Es ist ein vernünftiges und richtiges Handeln, das wir vor einigen Tagen angekündigt haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Das hat doch auch gar keiner kritisiert!)

Es ist auch richtig, eine solche Entscheidung am Ende des Winters zügig so vorzubereiten, damit wir möglichst rasch auf die Schlaglöcher reagieren können, die da erkennbar werden. Deshalb stellen wir kurzfristig zusätzlich 10 Millionen Euro bereit und das ist durchaus keine kleine Summe, die wir hier zügig und schnell aufbringen.

Wir stehen unter einem enormen Konsolidierungsdruck und das weiß dieses Parlament, weil wir hier auch häufig über Haushaltskonsolidierung diskutieren. Unter diesem enormen Konsolidierungsdruck haben wir in der Tat im Herbst gedacht, dass wir eventuell auch an die Unterhaltungsmittel für Straßen rangehen müssten. Ich habe aber jetzt klar entschieden, dass das angesichts der Situation, die wir haben, nicht sinnvoll ist, und deshalb wird es jenseits der zusätzlichen 10 Millionen Euro keine Einsparungen im Bereich der Straßen und Wege geben. Auch diese Reaktion haben wir vollzo-gen, obwohl wir unter einem großen Konsolidie-rungsdruck stehen. Die Konsolidierungszahlen werden durch mein Haus insgesamt auch einge-halten, das möchte ich hier noch einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Damit stehen 2010 tatsächlich insgesamt 49 Millio-nen Euro zur Sanierung von Straßen und Wegen einschließlich der Grundinstandsetzung zur Verfü-gung und ich bin überzeugt, dass wir mit diesem 10-Millionen-Euro-Sofortprogramm auch einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Straßen lei-sten. Wir wollen dieses Sofortprogramm am näch-sten Dienstag beschließen und ich hoffe, dass wir für diese Maßnahme und die entsprechenden Nachforderungen auch Ihre Unterstützung haben werden.

Es ist richtig, dass wir noch keine komplette Scha-densbilanz haben. Dennoch ist es wichtig, dass wir uns auf den Weg machen, zügig zu reagieren, und deshalb muss klar sein, dass wir diese Schadens-bilanz komplett erstellen und dann auf Basis dieser Bilanz die Prioritäten entscheiden werden. Es führt kein Weg umhin, diese Bestandsaufnahme zu ma-chen, Herr Bischoff, und wir werden sie machen, damit da kein Zweifel besteht. Klar ist aber auch,

dass manche Straßenabschnitte oder Fahrstreifen, wie zum Beispiel in der Edmund-Siemers-Allee, aufgrund von Frostschäden schon gesperrt werden mussten und wir die entsprechenden Probleme teilweise bereits kennen. Es ist notwendig – und ich weiß nicht, warum das hier angezweifelt wird –, dass die Bezirke diese Straßenabschnitte genau melden. In Gänze werden wir das aber erst nach der Frostperiode einschätzen können und genauso hängt die Schadenbeseitigung auch davon ab, dass die Wetterlage es zulässt. Das sind aber wirk-lich Fakten, die man zur Kenntnis nehmen muss.

Mir war wichtig, dass wir unsere haushaltsmäßige Bereitstellung für zusätzliche Mittel jetzt zügig auf den Weg bringen, damit keine zeitlichen Lücken entstehen, hier eine Beauftragung vorzunehmen. Diese Wetterentwicklung ist kein Hamburg-Phäno-men und man kann davon ausgehen, dass es in Gesamtnorddeutschland und auch in Bereichen Ostdeutschlands viele Aufträge an die Bauunter-nehmen geben wird, hier einzugreifen. Da wollen wir nicht zu spät kommen, sondern zügig sein.

Ein kleiner Hinweis sei mir noch erlaubt. Natürlich ist es wichtig, dass wir in Hamburg unsere eigenen Hausaufgaben machen, aber Sie wissen auch, dass die kommunale Finanzlage in vielen anderen Städten und Gemeinden im Moment die Stimmen laut werden lässt, dass der Bund helfen möge. Wir in Hamburg versuchen natürlich, uns mit unseren eigenen Mitteln selbst zu helfen und hier auch die entsprechenden Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Ich habe Sie in Ihrer Tendenz so verstan-den, dass das einvernehmlich in diesem Hause auch Unterstützung finden wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe die grundsätzliche Kritik an der aus Ihrer Sicht unzureichenden Erhaltung des hamburgi-schen Straßennetzes sehr wohl gehört. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass sich der Rech-nungshof dazu sehr kritisch geäußert hat. Ich möchte aber noch einmal ganz klar feststellen, dass wir das gegenüber dem Tiefpunkt der Mittel-bereitstellung vor fünf Jahren – damals standen 7,1 Millionen Euro für Unterhaltung und Instandset-zung zur Verfügung – mittlerweile kontinuierlich auf 9,6 Millionen Euro erhöht haben.

(Ingo Egloff SPD: Wer hat da noch regiert?)

– Jetzt wird wieder die bekannte Frage nach der Regierung gestellt, Herr Egloff. Vor fünf Jahren hat die Union regiert. Aber die Union hat in der Tat 2001 eine Mittelbereitstellung von Rot-Grün vorge-funden, die auf einem richtigen Tiefpunkt ange-landet war, wenn man einmal die Ausstattung für Unterhaltung und Instandsetzung zusammenfasst. Danach hat die unionsgeführte Regierung – das sage ich auch als Grüne – diese Mittel insgesamt massiv erhöht. Danach hat es nur bei der Unterhal-tung einmal einen Tiefpunkt gegeben.

(Senatorin Anja Hajduk)

Zur Relativierung dieser Debatte gehört die Feststellung, dass die kommunalen Haushalte insgesamt unter Spannung stehen. Auch ein Stadtstaatenhaushalt steht unter Spannung und wir diskutieren schon sehr lange Konsolidierungsprogramme, wir diskutieren auch schon sehr lange Investitionsbedarfe in anderen Zukunftsbereichen, die nicht den Investitionsbereich Straße betreffen, und wir diskutieren häufig über Bildung und Soziales. Deswegen möchte ich auch der Opposition zurufen: 2001 hatten wir in der Summe 22 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahr 2010 haben wir 39 Millionen Euro ohne das Zusatzprogramm. Mit dem Zusatzprogramm haben wir also dann 49 Millionen Euro. So viel Geld für die Straßenunterhaltung und -instandsetzung wie in diesem Jahr wurde noch nicht in die Hamburger Straßen gesteckt.

(Ingo Eglhoff SPD: Das hat wahrscheinlich auch einen Grund!)

Das ist auch ein Beginn, an dieser Stelle ernst zu machen mit dem Bedarf, den wir da haben. Aber ich möchte Sie bitten, weil Sie sich so kritisch zu den Gemeinschaftsstraßen geäußert haben, doch nicht jede innovative Idee, die wir darüber hinaus haben, unter Generalverdacht zu stellen. Die Gestaltung eines Straßenraumes für die Verkehrsteilnehmer in einer gleichberechtigten Weise ist eine wichtige verkehrspolitische Innovation, wo auch Stadtgestaltung eine große Rolle spielt. Man sollte nicht jede Innovation, die man plant, in eine Spannung setzen zu notwendigen Instandhaltungen, die wir durchführen. Man kann im Haushalt Änderungsanträge stellen, es aber politisch ins Verhältnis zu einer Katastrophe zu setzen, wenn man eine innovative Idee umsetzt, damit ist dieses Parlament nicht gut beraten. Ich habe Ihnen hier dargelegt, wie viel Geld wir mittlerweile in die Straßen stecken und zusätzlich und kurzfristig stecken wollen, und die Unionsfraktion und die grüne Fraktion freuen sich dann über Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat die Abgeordnete Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hajduk, im Rechnungshofsbericht steht genau das, worüber Sie eben gesprochen haben: Der Winter war hart, aber der Zustand der Straßen habe sich weiter verschlechtert, sodass eine erhebliche Ausweitung der Schadensbilder nach jedem Winter festgestellt werden müsse. Das sind die Tatsachen. Zuerst fiel der Schnee, dann fielen die Bürgerinnen und Bürger auf vereisten Bürgersteigen und nun fallen die Autos den Schlaglöchern zum Opfer.

(Beifall bei der SPD)

Ein trauriges Wintermärchen und ein Senat im Winterschlaf. In hektischer Betriebsamkeit wurde der Winterschlaf kurz unterbrochen und innerhalb von kurzer Zeit das zweite Sofortprogramm ins Leben gerufen. Akuter Befall von Asphaltkaries, Straßen wie Schweizer Käse, Schlaglochalarm und eine Tageszeitung, die bereits einen Schlaglochinspektor in ihr Team aufgenommen hat. Die Tageszeitungen haben Telefonhotlines eingerichtet mit der Möglichkeit, ihren Lesern über Internet Schlaglöcher zu melden, und die Drähte glühen.

Und in den Hamburger Behörden? Fehlanzeige. Weder gibt es für Bürgerinnen und Bürger eine Telefonhotline noch eine Meldemöglichkeit über das Internet. Aber Hand aufs Herz: Die bereitgestellten 10 Millionen Euro sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber jeder weiß, dass diese Mittel nicht ausreichen werden. Sofortprogramme werden vom Senat wie Beruhigungspillen eingesetzt, aber sie können nicht über die Hauptursachen hinwegtäuschen.

(Beifall bei der SPD)

Das Hauptproblem in Hamburg liegt in der maroden Grundsubstanz der Straßen, aber über das genaue Ausmaß gibt es nur Schätzungen. Fakt ist, dass die meisten Straßen in Hamburg für wesentlich weniger Verkehr und geringere Belastungen dimensioniert wurden. Die mittlerweile technisch überholten Bauweisen halten dem heutigen Verkehr nicht mehr stand. Es wäre an der Zeit, eine jährliche Zustandserfassung der Straßen zu erstellen. Was fehlt, ist ein modernes Straßenmanagement.

Doch anstatt sich um dieses Hauptproblem zu kümmern, werden Prestigeobjekte wie Shared Space vorangetrieben. Insgesamt sollen sechs Gemeinschaftsstraßen in Hamburg entstehen. An dieser Stelle wäre es sinnvoll, ein Pilotprojekt zu starten, dieses qualifiziert auszuwerten und dann über weitere Gemeinschaftsstraßen nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind gespannt, wie der Senat angesichts der vielfältigen Leuchtturmprojekte, der gleichzeitig geplanten Haushaltssanierung und der damit verbundenen Kürzungen diese Probleme in den Griff bekommen will. Jetzt muss das Prinzip gelten: Luxus können wir uns erst dann leisten, wenn das Fundament steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemeinschaftsstraßen und Straßenunterhalt sollte man

(Martina Gregersen)

wirklich nicht gegeneinander ausspielen, denn das wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Hans-Detlef Roock CDU*: Richtig!)

Keiner plant Gemeinschaftsstraßen an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei, sie werden maßgeblich in die Planungsprozesse und die Ausgestaltung mit einbezogen.

(Zurufe von der SPD)

Straßenraum neu zu gestalten, Flächen neu zu verteilen und dabei die Bürger einzubeziehen, ist eine innovative Idee und der sollten Sie sich nicht verschließen und sagen, erst müssten die Straßen in einen Topzustand kommen und dann erst könne man über innovative Ideen nachdenken.

(*Michael Neumann SPD*: Achsenbruch verhindern reicht!)

Sie haben auch in Ihrer zweiten Rede eben nicht erzählt, wie hoch denn Ihre Summe ist, die Sie jetzt in den Straßenausbau investieren möchten und woher Sie sie bekommen. Sie sagen nur, dass es sein müsse, aber Sie sagen nichts Konkretes.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir haben einen konkreten Vorschlag!)

Die Summe von 49 Millionen Euro ist die höchste Summe, die seit Jahren in die Sanierung und die Grundinstandsetzung von Straßen investiert wird.

(*Ingo Egloff SPD*: Das hat doch auch einen Grund!)

Ich finde auch sehr interessant, wie viel Geld DIE LINKE in die Straßen investieren möchte, aber wahrscheinlich auch die SPD, obwohl sie keine Summen nennt. Bei einem Haushalt, der konsolidiert wird,

(*Michael Neumann SPD*: Wo wird denn der Haushalt konsolidiert?)

muss man auch sehr genau schauen, ob man Geld in Menschen investiert, in Kinder und Jugendliche oder in Beton. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen schon zubilligen, dass diese 49 Millionen Euro, die Sie jetzt aufwenden, in Ordnung sind.

(Beifall bei *Michael Gwosdz GAL*)

Wir haben aber Zweifel, ob die Summe reicht. Es reicht nie, aber darum geht es nicht.

(*Farid Müller GAL*: Doch!)

Sie und die GAL-Fraktion, Herr Müller, haben uns mit einem Tremolo in der Stimme immer gesagt, wir müssten unbedingt dem Sondervermögen Schulbau zustimmen, weil sonst – Herr Gwosdz sagte dies immer, wenn ich mich recht erinnere – pro Jahr 180 Millionen Euro an neuen Schäden dazukämen.

(*Wilfried Buss SPD*: Ja, genau!)

Wir haben jetzt genau dieselbe Situation, dass Sie nämlich irgendwann wie beim Schulbau mit einem Sondervermögen in Sachen Straßenbau ankommen.

(*Ingo Egloff SPD*: Sondervermögen Straßenbau!)

In der nächsten Runde kommen Sie dann mit einem Sondervermögen Park- und Grünanlagen. Das ist doch keine Politik, das können Sie nicht machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU*: Was machen Sie denn anders?)

Sie nehmen eine Pose ein und sagen, Sie seien für nachhaltige Politik. Das machen Sie aber nicht, Sie verjubeln das Vermögen dieser Stadt, das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU*: Dann machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

– Jetzt komme ich zum Vorschlag.

Ich höre jetzt, ich solle doch so eine kreative Idee wie die Gemeinschaftsstraßen mitmachen. Wenn Sie Ihre Hausaufgaben machen würden, wäre unsere Fraktion sofort dabei.

(*Michael Gwosdz GAL*: Ach!)

Wir bereiten doch kein Luxusmenü zu, wenn nicht einmal die einfache Grundausstattung vorhanden ist. Ich habe gestern schon versucht, das zu erklären. Lassen Sie uns doch über einen Kassensturz reden, lassen Sie uns einmal bilanzieren, was in dieser Stadt gemacht werden muss. Sie können nicht von uns erwarten, dass wir Ihren gigantischen Luxusprojekten folgen und gleichzeitig sagen Sie, dies und jenes müsse einfach neu initiiert werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zurufe von der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Wir kommen zu den weiteren Punkten der Tagesordnung.

Ich rufe Punkt 41 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5344, Antrag der SPD-Fraktion: Atomkraft-

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

werk Krümmel und Brunsbüttel endgültig abschalten und Beratungen zum Energiekonzept des Bundes mit allen Marktakteuren.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Atomkraftwerk Krümmel und Brunsbüttel endgültig abschalten und Beratungen zum Energiekonzept des Bundes mit allen Marktakteuren – Drs 19/5344 –]

Wer wünscht das Wort? – Die Abgeordnete Frau Dr. Schaal, bitte.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! 2020 werden die erneuerbaren Energien 40 Prozent des Strombedarfs decken und die Atomkraft ersetzen. Darum muss es beim gesetzlich vereinbarten geregelten Ausstieg aus der Atomenergie bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei *Michael Gwosdz* GAL)

Es besteht kein Anlass, von dem zwischen Industrie und Politik ausgehandelten Rückzug aus der Atomkraft abzurücken. Das hat am Wochenende der Präsident des Umweltbundesamtes noch einmal bestätigt.

Es gibt auch keine Stromlücke. Der beste Beleg dafür ist der Stillstand der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel. Sie sind seit Mitte 2007 abgeschaltet, weil sie kaputt sind. Trotzdem musste bisher niemand im Dunkeln sitzen und nirgendwo steht die Produktion still. Erneuerbare Energien können längst die abgängigen Atomkapazitäten ausfüllen. Darum müssen Brunsbüttel und Krümmel abgeschaltet bleiben und dafür muss der Senat sich einsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum* DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Die zurückliegenden Pannenserien in Brunsbüttel und Krümmel haben auch gezeigt, dass beide Reaktoren nicht sicher sind. Sie haben keinen Berstschutz und können auch Terrorangriffen nicht standhalten. Die Erfahrungen mit den Betreibern der beiden Reaktoren haben gezeigt, wie notwendig es ist, die Durchsetzungsmöglichkeiten der Reaktoraufsichtsbehörden gegenüber unzuverlässigen Betreibern zu stärken. Die Frage der atomrechtlichen Zuverlässigkeit steht schon lange auf dem Prüfstand. Sie ist auch nicht einfach durch den Austausch von Betriebsleitern zu erledigen. Wir brauchen schärfere Gesetze und dafür muss der Senat im Bundesrat sorgen.

Trotz nachweislicher Risiken sind CDU und FDP nun aber angetreten, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern, um der Atomwirtschaft satte Zusatzgewinne zu sichern. Der Bundesumweltminister versucht, die Atomkraft als kurzfristige Übergangsenergie ins regenerative Zeitalter zu beschö-

nigen, aber wenn CDU und FDP tatsächlich eine Laufzeitverlängerung durchpauken, werden die Stromkonzerne noch kräftig in die Anlagensicherheit investieren müssen. Damit sich dann die Investitionen auch rentieren, werden die Reaktoren länger laufen müssen. Es ist inzwischen von 25 bis zu 60 Jahren die Rede.

Die Mehrheit will das alles nicht. Daher hat ein breites gesellschaftliches Bündnis die Hamburgerinnen und Hamburger aufgerufen, sich am 24. April an einer Menschen- und Aktionskette von Krümmel über Hamburg bis Brunsbüttel gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu beteiligen. Die SPD unterstützt das.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Umweltminister Röttgen weiß natürlich auch, dass die Atomkraft keine Akzeptanz findet. Darum versucht er, den Eindruck zu erwecken, Atomkraft sei eine Brücke in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien. Aber Techniker sagen uns, Atomkraft und erneuerbare Energien passten nicht zueinander. Dringend erforderlich wäre stattdessen, die Netze auszubauen und Speichertechnologien aufzubauen. Wohin aber die Reise geht in der Energiepolitik, will jetzt die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel hinter verschlossenen Türen entscheiden und darum hat sie ihren Umweltminister auch am Wochenende zurückgepfiffen.

Die Bundeskanzlerin verhandelt aber nur mit Vertretern der Atomlobby über das Energiekonzept für die Bundesrepublik. Das dürfen wir nicht zulassen, denn alle Akteure am Energiemarkt gehören an den Tisch, vor allen Dingen aber auch die Vertreter der Zukunftsenergien und Zukunftstechniken.

Inzwischen werden 16 Prozent des Strombedarfs von erneuerbaren Energien gedeckt. Deutschland ist dank des rasanten Wachstums der erneuerbaren Energien schon seit Jahren Stromexporteur. In der Branche sind bundesweit nahezu 300 000 Menschen beschäftigt. In allen deutschen Kraftwerken, nicht nur in den Atomkraftwerken, arbeiten aber nur 80 000 Menschen. Hieran können Sie sehen, welches Beschäftigungspotenzial in den erneuerbaren Energien steckt. Installation und Wartung der Technologien für die erneuerbaren Energien sind sehr arbeitsintensiv, und zwar erfordern sie qualifizierte Arbeit.

Große Player in dem Bereich der erneuerbaren Energien wie Sharp, REpower, Weststars oder BP Solar haben ihre Konzernzentralen in Hamburg. In Hamburg agieren mehrere Ökostromhändler erfolgreich, darunter auch die stadteigene HAMBURG ENERGIE. Banken konnten in der Finanzkrise Neugeschäfte oft nur im Bereich der erneuerbaren Energien generieren, nicht im Schiffssektor

(Dr. Monika Schaal)

und nicht im Anlagenbau. Der größte Stahlabnehmer ist inzwischen die Windenergie.

Auch in Hamburg entsteht jetzt um die erneuerbaren Energien herum ein dichtes Netz aus Forschung, Finanzierung und Zulieferung. Hamburg hat inzwischen – man muss sagen: endlich – ein Cluster für erneuerbare Energien gebildet. Das alles darf nicht gefährdet werden, die Beteiligten brauchen Planungssicherheit. Darum muss der Senat, vor allen Dingen der Bürgermeister, die Kanzlerin von diesem Vorhaben, die erneuerbaren Energien zu vernachlässigen und die Atomkraft auszubauen, abbringen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um die Zukunft der Energieversorgung geht, gehören die Bundesländer, die Vertreter der Branche der erneuerbaren Energien mit Herstellern, Zulieferern, Energieproduzenten, Händlern und Banken ebenso an einen Tisch wie Stadtwerke, Verbraucherzentralen und die Energieverbraucherinnen und -verbraucher selbst, denn die zahlen am Ende.

Die CDU hat inzwischen klargestellt, dass die Milliarden-Zusatzgewinne aus der Laufzeitverlängerung nicht, wie anfangs versprochen, den Stromkunden zugute kommen werden. Deswegen, Herr Bürgermeister, müssen Sie sich bei der Bundeskanzlerin dafür einsetzen, dass es einen umfassenden Dialog über die Energieversorgung gibt und nicht nur Lobbyistengespräche. Es geht schließlich ganz entscheidend auch um Hamburger Interessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat die Abgeordnete Stöver.

Birgit Stöver CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte beginnen mit den Worten, die Frau Gregersen in der Aktuelle Stunde schon verwandt hat: Und ewig grüßt das Murmeltier. Krümmel und Brunsbüttel haben mit den Murmeltieren eines gemeinsam, zurzeit sind beide im Winterschlaf; das hat Frau Dr. Schaal eben auch richtig betitelt.

(Ingo Egloff SPD: Da bleiben sie hoffentlich auch!)

Aber für Spaß ist mir dieses Thema zu ernst. Ich rufe daher auf, die Diskussion sachlich und ohne Polarisierung zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Vorbereitung zur Debatte habe ich mich gefragt, was die SPD eigentlich mit diesem Antrag bezwecken will.

(Thomas Böwer SPD: Abschalten!)

Ist es nur eine Erinnerung an den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU und GAL aus dem letzten Herbst oder geht es darum, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten, oder möchte sie gar Zwietracht unter den Koalitionspartnern säen? Ich sage ganz deutlich, meine Damen und Herren von der SPD, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Das hätte uns auch überrascht!)

Weiter hatte ich erwartet, dass Sie den Antrag zur Debatte oder zur Diskussion an den Ausschuss überweisen möchten, aber auch hier Fehlanzeige. Also was ist Sinn und Zweck dieses Antrags?

Da wir von der Fraktion der LINKEN gehört haben, dass die Petita ziffernweise abgestimmt werden sollen, werde ich mich also auch ziffernweise auf den Antrag beziehen.

Zu Punkt 1 des Petitums: Innerhalb der Bundesregierung, das haben Sie eben ausgeführt, wie auch im politischen Umfeld finden derzeit kontroverse Diskussionen statt zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken. Sie kennen sicherlich die Formulierung aus dem Koalitionsvertrag und Sie wissen auch, dass CDU und FDP für den Herbst ein neues Energiekonzept erstellen wollen. Hier steht, das haben Sie auch schon erwähnt, eine energiepolitische Grundsatzentscheidung an, um die innerhalb der Koalition und unter Beteiligung der Öffentlichkeit zurzeit gerungen wird. Persönlich werde ich mich nicht dazu hinreißen lassen,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ich denke, Sie ringen!)

mich an der Diskussion über Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken zu beteiligen.

(Michael Neumann SPD: Gottvertrauen! – Ingo Egloff SPD: Das Problem ist ja, dass keiner die Position der CDU kennt!)

Sie haben es schon angedeutet, von Röttgen bis Brüderle ist noch ein weiter Raum. Warten wir es ab, wie sich die Bundesregierung einigt.

Zu Punkt 2 des Petitums: Bei der Diskussion um Kernkraftwerke muss in erster Linie die Sicherheit im Vordergrund stehen und die Wahrung dieser muss auf sachlicher Grundlage erfolgen.

Die SPD geht in ihrem Antrag von – ich zitiere –

"[...]umfassend belegter Sicherheits- und betrieblicher Mängel[...]"

aus. Wo sind Ihre Belege?

(Thomas Böwer SPD: In Kiel zum Beispiel!)

Haben Sie etwa eine schriftliche Aussage oder den Sicherheitsbericht von Vattenfall? Vom zuständigen schleswig-holsteinischen Ministerium gibt es diesen noch nicht und das wissen Sie auch.

(Birgit Stöver)

(Arno Münster SPD: Aber ohne Grund sagt man so was auch nicht!)

Die Kraftwerke Krümmel und Brunsbüttel sind mitnichten am Netz, das wurde nun schon mehrfach festgestellt. Derzeit dauern umfangreiche Reparatur- und Erneuerungsarbeiten an, die mit einem großen Investitionsvolumen und unter Berücksichtigung aktueller technischer Innovationen durchgeführt werden.

(Thomas Böwer SPD: Ist das aus der Werbeschrift von Vattenfall?)

Dies und eine daran anschließende detaillierte Sicherheitsprüfung deuten darauf hin, dass die Sicherheit von Betreiber und Aufsichtsbehörde entsprechend ernst genommen werden.

Zugegeben, für uns Hamburger, die wir vom letzten Störfall mit betroffen waren,

(Thomas Böwer SPD: Aber nur gering!)

ist es nicht zufriedenstellend, dass wir innerhalb eines halben Jahres keinen Bericht zum Sicherheitsstatus von Krümmel erhalten haben.

Wir haben bereits im Juli und im September 2009 – und das möchte ich heute noch einmal deutlich wiederholen – eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und eine Berichterstattung der zuständigen Behörden gefordert. Es ist nach wie vor wichtig, dass wir wissen, was vor den Toren Hamburgs passiert. Mit Ungeduld und übertriebener Eile erreichen wir gar nichts.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich erinnere auch an das Thema Zuständigkeiten. Die Kraftwerke Krümmel und Brunsbüttel liegen beide in Schleswig-Holstein, das ist Ihnen allen bekannt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Gott sei Dank auch!)

sodass Hamburg nicht die Kompetenz hat, die Bundesbehörde bei der Ausübung ihrer Kontrollpflicht hinsichtlich der Genehmigung oder der Vergabung der Betriebserlaubnis zu unterstützen.

(Ties Rabe SPD: Wissen das auch die Atome?)

Wir können an dieser Stelle leider nicht entscheiden, das Kraftwerk Krümmel dauerhaft stillzulegen. Hamburg hat hinsichtlich des Kernkraftwerks Krümmel und auch Brunsbüttel keine Regelungskompetenz. Dieses, liebe Kollegen von der SPD, gilt es zur Kenntnis zu nehmen.

(Thomas Böwer SPD: Aha!)

Sollten Sicherheitsmängel belegbar werden, so ist der Hamburger Senat bereits durch den einstimmigen Beschluss des Antrags der Koalition vom 2. September 2009 aufgefordert, sich gegenüber

den zuständigen Institutionen für die endgültige Stilllegung von Krümmel einzusetzen.

Ich komme zu Punkt 3 des Petittums. Bei diesem Punkt geht es inhaltlich darum, ob das Atomgesetz ausreichend für die Sicherheit unserer Kernkraftwerke sorgen kann. Wenn ich den Ausführungen des Bundesministeriums ein wenig Ausdruck verleihe, komme ich zu dem Schluss, dass sie es sind. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Strahlenschutz ist sich durchaus bewusst, dass kerntechnische Anlagen ein potenzielles Risiko für Mensch und Umwelt beinhalten.

(Michael Neumann SPD: Oh!)

Deshalb werden umfangreiche Vorkehrungen getroffen, den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Während der gesamten Lebensdauer unterliegen Kernkraftwerke einer kontinuierlichen staatlichen Aufsicht. Oberstes Ziel der staatlichen Aufsicht über kerntechnische Anlagen ist es, die Bevölkerung und die in diesen Anlagen beschäftigten Personen vor den mit dem Betrieb der Anlage verbundenen Risiken zu schützen. Die Betreiber der Kernkraftwerke müssen den Aufsichtsbehörden regelmäßig Betriebsberichte vorlegen. Darin sind enthalten Angaben zum Betriebsverlauf, zu Instandsetzungsmaßnahmen und Prüfungen zum Strahlenschutz und zu radioaktiven Abfällen. Die Aufsichtstätigkeiten vor Ort finden im normalen Leistungsbetrieb durchschnittlich einmal pro Woche und Anlage statt. Die Einbindung der verschiedenen Leitungsebenen aufseiten der Anlagenbetreuer ist stets gewährleistet. In Zeiten nach besonderen Vorkommnissen findet die Aufsichtstätigkeit vor Ort gegebenenfalls sogar arbeitstäglich statt.

Nur so kann eine mögliche Unzuverlässigkeit des Betreibers, die Sie hier ansprechen, nachgewiesen werden. Die Aufsichtsbehörde hat also nach unserer Meinung eine wirksame Durchsetzungsmöglichkeit gegenüber diesen Betreibern.

(Thomas Böwer SPD: Ist er denn auch zuverlässig, dieser Betreiber?)

Zum Abschluss komme ich zu Punkt 4 des Petittums und damit noch einmal zum Thema Zuständigkeiten. Ich weiß, es wird ein wenig strapaziert.

(Thomas Böwer SPD: Nein!)

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat, wie bereits ausgeführt, für den Herbst ein umfassendes Energiekonzept angekündigt. Wen die Bundesregierung an der Erstellung dieses Konzepts beteiligt, ist in erster Linie Sache von CDU und FDP. Nach der Konzepterstellung wird es die Möglichkeit der Einflussnahme über eine breite Diskussion in Ausschüssen und Parlamenten des Bundes und der Länder geben. Ebenso, da bin ich sicher, werden sich Verbände und Energieversorger an der Diskussion beteiligen.

(Birgit Stöver)

Hinsichtlich der endgültigen Stilllegung der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel können wir uns aber der Unterstützung von Schleswig-Holstein sicher sein. Der zuständige Minister Schmalfuß aus Schleswig-Holstein hat in der Plenarsitzung vom 27. Januar 2010 von Gesprächen mit Vattenfall berichtet, in denen er Vattenfall nahelegt, eine Strommengenübertragung der beiden Kraftwerke auf das neuere Kernkraftwerk Brokdorf in Betracht zu ziehen, ein Gestaltungsrecht, das nach dem Atomgesetz den Betreibern zugebilligt wird. Dieses hat der schleswig-holsteinische CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher gerade gestern, also am 24. Februar dieses Jahres, wiederholt und bekräftigt. Damit sind wir unserem gemeinsamen Ziel ein Stück näher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort bekommt jetzt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Schaal, wieso eigentlich ein Antrag zu Krümmel und Brunsbüttel? Wir haben Biblis A und B, wir haben Brokdorf, wir haben Isar 1 und 2, wir haben Philippsburg 1 und 2, Grohnde, Unterweser, Emsland, Neckarwestheim 1 und 2, Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Mülheim-Kärlich und natürlich Krümmel und Brunsbüttel. Das sind 17 Atomkraftwerke, die noch am Netz sind, wenn sie nicht gerade defekt sind,

(*Thomas Böwer SPD:* Die liegen doch alle bei Hamburg! – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

und das sind vor allem 17 Atomkraftwerke zuviel.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Zahl der Störfälle, nicht nur die in Krümmel und Brunsbüttel, der letzten zwei Jahre, aber auch die Vorkommnisse rund um Asse zeigen uns, dass auch 24 Jahre nach Tschernobyl noch folgender Dreisatz gilt, mit dem ich in die Politik eingestiegen bin: Die Erde ist flach, Schweine können fliegen, Atomkraft ist sicher.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb wird es ein sehr guter Tag sein für Deutschland, wenn 2022 Neckarwestheim 2 gemäß des unter Rot-Grün vereinbarten Kernenergiekonsensvertrages vom Netz geht.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD* und *Andreas Waldowsky GAL*)

Eines ist klar: Keinen Tag mehr Laufzeit für Deutschlands Kernkraftwerke,

(Beifall bei *Karin Timmermann SPD*)

denn für uns Grüne gilt nach wie vor eines – ich zitiere –:

"Wir wollen, dass die Erneuerbaren voll übernehmen. Wer den jetzigen Kraftwerks-Mix konserviert, verhindert das. Windkraft und Solarenergie müssen durch flexibel und schnell regelbare fossile Kraftwerke ergänzt werden, nicht durch große Kernkraft-Blöcke."

– Zitatende.

So äußerte sich Umweltminister Norbert Röttgen am 19. Februar in mehreren Interviews und recht hat er.

(Beifall bei *Martina Gregersen GAL*)

So recht Herr Röttgen mit dem obigen Zitat auch hat, er verdeckt damit seine Zustimmung zu einer Laufzeitverlängerung bis 2030, wenn er meint, erst dann könne erneuerbare Energie die Atomkraft ersetzen. Das ist acht Jahre länger als im Atomkonsens festgelegt. Wir lassen uns von der Rhetorik nicht blenden und schauen auf die Taten. Herr Röttgen sollte die Gutachten des Umweltbundesamtes, Frau Schaal hat darauf verwiesen, zur Kenntnis nehmen, die eindeutig aufzeigen, dass der Atomausstieg 2022 auch machbar ist.

Gemessen an ihrer Stromerzeugung im letzten Jahr könnten die sieben ältesten AKWs sowie der Pannereaktor in Krümmel schon bald stillgelegt werden. Noch in diesem Jahr hat der Bundesumweltminister die Möglichkeit, bei der Entscheidung über die Laufzeiten der Altmeiler in Biblis und Neckarwestheim zu zeigen, ob er seinen Worten auch Taten folgen lässt.

Doch das Heft des Handelns in dieser Frage liegt eindeutig beim Bund und nicht in Hamburg. Wir haben als Bürgerschaft bereits deutlich gemacht, was wir vom Pannereaktor Krümmel halten, Frau Stöver hat es noch einmal ausgeführt. Hier brauchen wir keinen neuen Beschluss und auch keine Bundesratsinitiative, damit Krümmel und Brunsbüttel dauerhaft vom Netz bleiben. Die Aufsichtsbehörden der Länder haben bereits heute die Möglichkeit, die Betriebserlaubnis zu entziehen, aber auch das liegt nun einmal nicht im Einflussbereich von Hamburg. Das Atomgesetz sieht bereits heute die Möglichkeit vor, bei Wegfall einer Genehmigungsvoraussetzung die Genehmigung zu widerrufen. Eine von mehreren Voraussetzungen im Atomgesetz, das noch schärfer ist als das Bundesimmissionschutzgesetz, ist die Zuverlässigkeit des Antragstellers und Betreibers. Die Aufsichtsbehörde hat also wirksame Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber unzuverlässigen Betreibern und das ist bereits ausreichend geregelt. Die zuständigen Landesregierungen benötigen lediglich den politischen Willen, dem Betreiber die Unzuverlässigkeit auch nachweisen zu wollen. Angesichts der peinlichen Pannenserie in Krümmel kann an einer Unzuver-

(Michael Gwosdz)

lässigkeit des Betreibers von Krümmel kein Zweifel bestehen.

(Beifall bei der GAL)

Hamburg leistet außerdem einen unverzichtbaren Beitrag zur Energiewende. Hamburg geht mit eigenem Beispiel voran und zeigt, wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen muss.

(Thomas Böwer SPD: Moorborg!)

Ein Strommix aus Wind, Wasser und Sonne und somit aus sauberen und regenerativen Quellen ist möglich. Genau das ist das Angebot von HAMBURG ENERGIE: Kein Strom aus Kohle, die die Luft mit Feinstaub und giftigen Abgasen verpestet und den Klimawandel beschleunigt, kein Strom aus Atomkraft, die hochrisikoreich ist und strahlenden Müll erzeugt, von dem wir bis heute nicht wissen, was wir mit ihm machen sollen. Mit zahlreichen Projekten wie der Stadtbahn, der Energieagentur und den vielen Maßnahmen des Klimaschutzprogramms zeigt Hamburg, dass wir es ernst meinen mit einer neuen Energiestruktur. Wir wollen eine zukunftsfähige und somit regenerative Energieversorgung Hamburgs, wir wollen sicheren und sauberen Strom. Wir arbeiten mit Vorbildcharakter an einer großen Energiewende und Hamburg arbeitet auch bundesweit daran, die Wende hin zu einer sauberen und sicheren Energieversorgung in ganz Deutschland voranzubringen.

Die aktuelle Debatte im Land zeigt ohnehin, dass eine Laufzeitverlängerung nicht so einfach zu machen sein wird, zu Recht, denn nicht nur die Bevölkerung ist gegen die Atomkraft, es sprechen auch zahlreiche ökonomische Gründe klar gegen längere Laufzeiten. Sicherheitsaufrüstungen und die Endlagerung von noch mehr strahlendem Müll kosten Unmengen Geld, das die Betreiber natürlich nicht selbst zahlen wollen. Dabei ist längst belegt, dass erneuerbare Energien nicht teurer sind, wenn man all die externen Folgekosten der Atomenergie einbezieht, Kosten, die die Menschen dann irgendwann über neue Steuern bezahlen müssen, wenn wir unseren Kurs nicht bald ändern. Wir Grüne stehen daher selbstbewusst hinter unserem Ausstiegsplan.

(Beifall bei der GAL)

Wir Grüne lassen uns in der Debatte um den Atomausstieg auch nicht vorführen, es wird umgekehrt sein. Wir werden gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen im Bundestag vorführen, wie unverantwortlich die Atompolitik in Deutschland war und ist. Der eben auf den Weg gebrachte Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Gorleben wird dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses wird auch bei den Bundestagsabgeordneten von CDU, CSU und FDP die Erkenntnis reifen lassen, dass es an der Zeit ist, die alten Fehler der Vergangenheit einzusehen

und diese wieder gutzumachen anstatt sie zu wiederholen.

Helfen wir gemeinsam der Bundesregierung und den Regierungsfractionen in Berlin bei ihrem aktuellen Erkenntnisprozess, dass der Atomausstieg unverzichtbar ist. Dazu brauchen wir keinen Antrag, sondern ein eindrucksvolles öffentliches Zeichen. Dieses Zeichen werden wir am 24. April mit der Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel setzen.

(Thomas Böwer SPD: Da stehen wir ja schon wieder Seite an Seite!)

Zeigen wir dort 24 Jahre nach Tschernobyl gemeinsam, was die Menschen vor Ort denken: Atomkraft? Nein Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Ingo Egloff SPD: Da hat da drüben gar keiner geklatscht!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Gwosdz, ich glaube, Sie haben die falsche Rede gehalten. Das ist hier die Bürgerschaft und nicht der Landesparteitag der GAL. Das ist ein ganz anderes Gremium. Was Sie sagen, hat überhaupt nichts damit zu tun, was die gestaltende Mehrheit aus CDU und GAL offenkundig zur Atomkraft denkt. Am 1. September 2009 hat die Linke einen Antrag auf Stilllegung von Krümmel eingebracht und die CDU und auch die GAL haben diesen abgelehnt. Da können Sie noch hundertmal sagen, 17 Atomkraftwerke seien zu viel, Sie können sich da offenkundig nicht durchsetzen. Der Spagat, den die GAL bei diesem Thema macht, wurde in Ihrer Rede wieder sehr deutlich. Außerparlamentarisch vertreten Sie ständig etwas anderes als das, was Sie im Parlament vertreten.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD – Antje Möller GAL: Es war doch eben eine Rede im Parlament!)

Sie haben darauf hingewiesen und wir haben es erlebt. Auf der Großdemo in Berlin war die GAL voll dabei gegen jegliche Atomkraft, ohne Wenn und Aber, ganz radikal, ganz klar und deutlich. Bei den Demonstrationen in Gorleben sind die Grünen auch immer dabei und sagen völlig kompromisslos: Atomkraft gehört abgeschafft. Wir teilen das, nur müssen Sie sich einmal entscheiden, wie Sie sich hier verhalten.

Neben der SPD und der Linken werden natürlich die Grünen wieder richtig heftig und kräftig an der Menschenkette gegen Atomenergie teilnehmen. Sie müssen dann aber bitteschön auch die entsprechenden Beschlüsse in der Bürgerschaft fas-

(Dora Heyenn)

sen. Das, was hier passiert, hört sich aber ganz anders an. Als wir den Antrag auf Stilllegung von Krümmel gestellt haben, haben Sie einen Zusatzantrag gestellt, um mit diesem Spagat irgendwie umgehen und Ihr Gesicht wahren zu können. In diesem Zusatzantrag fordern Sie den Senat auf, Druck auf die zuständigen Stellen auszuüben, die Ereignisse und Versäumnisse des letzten Störfalls aufzuarbeiten.

Wir haben damals schon die Ernsthaftigkeit dessen angezweifelt, dass die Regierungsfractionen zwei Monate nach dem Störfall am 4. Juli einen Antrag einbringen und den Senat auffordern, die Ereignisse und Versäumnisse zu überprüfen. Immerhin waren es 314 meldepflichtige Ereignisse, die in Krümmel stattgefunden haben und ein Viertel der Zeit hat dieses Kernkraftwerk sowieso stillgestanden. Die damals geäußerte Skepsis, dass ein Beschluss, wie wir ihn gefasst haben, den Senat aufzufordern, zu informieren, zu überprüfen und Bericht zu erstatten, den Lauf der unzähligen anderen Prüfaufträge und Berichterstattungen nimmt, haben wir damals schon zu Protokoll gegeben und wir haben Recht behalten. Auch dieser Antrag, den CDU und GAL damals mit der gestaltenden Mehrheit beschlossen haben, hat zu nichts geführt. Sie haben auch beschlossen, dass der Senat über die Störfälle berichten soll. Das war Anfang September letzten Jahres, also vor einem halben Jahr. Acht Monate nach dem Störfall in Krümmel haben wir immer noch keine Vorlagen, aber wir haben einen ganz tollen Beschluss, dass da ganz viel passiert. Passiert ist überhaupt gar nichts.

Frau Stöver spricht davon, dass die Opposition in diesem Fall ungeduldig sei und Eile zeige. Wie lange sollen wir denn noch warten, bevor Beschlüsse, die hier gefasst werden, umgesetzt werden, drei Perioden, vier Perioden oder wie lange? So lange kann das doch wohl nicht dauern.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Es ist das dritte Mal in dieser Periode, dass wir darüber diskutieren. Und immer, wenn wir über Krümmel diskutiert haben, haben wir auch über das Verhalten und über die Zuverlässigkeit von Vattenfall diskutiert. Die GAL-Vertreterin hat in der Debatte im September gesagt, ich zitiere:

"Krümmel ist nicht sicher und Vattenfall als Betreiber ist nicht zuverlässig. Das kann man nun wirklich nicht mehr ernsthaft in Zweifel ziehen."

Das hat Frau Weggen gesagt. Beschlossen und beantragt haben Sie aber etwas ganz anderes. In Ihrem Antrag steht:

"Auch über zukünftige Schritte bezüglich des AKW Krümmel soll Hamburg informiert werden."

Und nun wird es spannend:

"Bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb des AKW soll darauf hingewirkt werden, das AKW Krümmel dauerhaft stillzulegen."

Das war vor sechs Monaten. Wir hätten nun gerne von der GAL und insbesondere von der CDU gewusst, ob Sie denn jetzt noch Zweifel an der Zuverlässigkeit von Vattenfall haben oder nicht. Da muss ja nun irgendetwas passieren. Sie haben beschlossen, dass Sie das überprüfen wollen und es kommt absolut gar nichts.

Wenn Sie sagen, Herr Gwosdz, Sie hätten als CDU/GAL-Koalition ganz deutlich gesagt, was Sie von Krümmel und von Kernenergie halten, dann ist genau das Gegenteil der Fall. Sie machen einen Ritt auf der Rasierklinge, immer sowohl als auch, der eine kommt zu Wort und der andere kommt zu Wort, aber was Sie wirklich wollen, das sagen Sie nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Bei der Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich mir noch einmal angeschaut, was Herr Hecht in der Diskussion damals gesagt hat. Er hat darauf hingewiesen und sich mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür verbürgt, dass die Laufzeiten für Krümmel nach 2012 nicht verlängert werden. Nun hören wir aber aus allen Ecken, und Frau Stöver hat es auch noch einmal gesagt, dass die CDU es ganz interessant findet, dass die Restlaufzeiten durchaus auf andere Kernkraftwerke übertragen werden sollen und man auf Bundesebene sogar überlegt, ob man den Atomkonsens nicht aufweicht, die Laufzeiten nicht doch verlängert. Die ganzen Versprechungen vor der Bundestagswahl sind offenkundig eingehalten. Ich würde mich freuen, Herr Hecht, wenn Sie sich einmal dazu äußern könnten, wie es mit den Laufzeiten für Krümmel nach 2012 aussieht.

(Thomas Böwer SPD: Aus manchem Hecht wird ein Bückling!)

Nun zum Antrag der SPD. Frau Stöver sagt, Sie hätten den Antrag gestellt, um noch einmal zu erinnern. Es ist nötig, Sie daran zu erinnern, was Sie alles beschlossen haben und dass überhaupt nichts passiert. Insofern begrüßen wir den Antrag der SPD ganz deutlich, dass noch einmal darauf aufmerksam gemacht wird, dass Handlungsbedarf besteht, was die Kernkraftwerke rund um Hamburg betrifft.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir werden diesem Antrag insgesamt zustimmen, wir werden keine Einzelabstimmung in den einzelnen Passagen machen. Was den Punkt 1 anbetrifft, so sind wir mit ihm einverstanden. Wir sind auch der Auffassung, dass auf jeden Fall nicht hin-

(Dora Heyenn)

ter den Atomkonsens zurückgegangen werden kann. Eigentlich müsste man sofort abschalten, und zwar, wie Herr Gwosdz gesagt hat, alle 17 Kernkraftwerke. Das wäre natürlich großartig. Wir sind auch der Auffassung, dass für Brunsbüttel und Krümmel Sicherheits- und betriebliche Mängel festgestellt werden müssten und geschaut werden muss, wie man mit den Anlagen umgeht.

Bei dem dritten Punkt sind wir auch der Auffassung, dass von Hamburg im Bundesrat eine Initiative ergriffen werden muss. Wir hätten es natürlich gerne ein bisschen konkreter gehabt, nämlich zu überlegen, die Dauerbetriebsgenehmigung zu entziehen, indem man ein neues Stilllegungsgesetz macht, zum Beispiel für ganz bestimmte Reaktortypen und auch für die Unzuverlässigkeit des Betreibers Vattenfall. Haben Sie denn nun Zweifel oder haben Sie keine, das hätte ich ganz gerne gewusst.

Beim Punkt vier muss man darauf hinweisen, dass dieses Energiekonzept auf Bundesebene nun schon seit Jahrzehnten mit vielen verschiedenen Teilnehmern beraten wird. Letztendlich geht es bei dem Ganzen eigentlich mehr um eine Marktgerechtigkeit und wir haben da gewisse Bedenken. Wenn wir das auf Hamburg beziehen, dann müssen wir feststellen, dass die Art und Weise, wie Energieversorgung in dieser Republik und dieser Stadt stattfindet, dazu geführt hat, dass zum Beispiel in 2007 15 000 Hamburger Haushalten kurz die Stromversorgung abgeklemmt wurde, weil sie nicht zahlen konnten; das halten wir für einen Skandal.

Das Zweite ist, dass die Energiepreise in den letzten Jahren um mehrere hundert Prozent gestiegen sind, weil es eben um Markt und Wettbewerb geht. Die Atomkraftwerke bleiben am Netz und sie bleiben offenkundig länger am Netz, als viele träumen würden. Es sind elf neue Kohlekraftwerke in Norddeutschland gebaut worden, eines ist gerade in Moorburg im Bau – so viel zu dem tollen Energiemix in Hamburg. Sie von der GAL vergessen immer, Moorburg zu erwähnen.

Die Linke ist insgesamt dafür, dass Energieversorgung eine öffentliche Aufgabe sein muss und deswegen sind wir auch für eine Rekommunalisierung. Wir können zwar diesen Punkt vier unterstützen, aber er greift ein wenig zu kurz. Wir hätten das gerne ein bisschen mehr in Richtung öffentliche Energieversorgung gesehen, aber insgesamt stimmen wir dem SPD-Antrag zu.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD – Ingo Egloff SPD: Das ist nett!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Krischok.

Anne Krischok SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte ist wirklich in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Frau Stöver, Sie haben einiges offensichtlich nicht richtig verstanden, wie Sie selbst bemerkt haben. Sie haben gefragt, ob wir mit dem Antrag versucht haben, Zwietracht zu säen. Selbstverständlich versuchen wir, keine Zwietracht zu säen.

(Zurufe bei der SPD: Oh! – Jens Kerstan GAL: Nein, niemals!)

Ich kläre aber gerne auf. Dieser Antrag, um Ihnen noch einmal Ihre eigene Parteiräson in Erinnerung zu rufen, entspricht sogar den Forderungen von CDU und FDP in Schleswig-Holstein. Insofern kann man sich fragen, warum die Hamburger CDU eigentlich nicht das gut findet, was die Schleswig-Holsteiner CDU lange in Medien verlangt hat, nämlich die Stilllegung Krümmels.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Eine Mär, mit der man aufräumen muss und die auch zum Ausdruck gekommen ist, lautet, dass der Hamburger Senat nicht involviert sei. Frau Stöver meinte, wir sollten einfach abwarten, was die Bundespolitik uns denn Wundervolles vorgibt, wenn es denn etwas Wundervolles gibt, was ich sehr bezweifle.

Wir haben nicht über Atomkraftwerke zu befinden, das ist Ihre Grundargumentation. Ob die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert wird und was mit den AKWs Krümmel und Brunsbüttel geschieht, geht uns in Hamburg sehr wohl etwas an. Die letzte Panne in Krümmel hat im vergangenen Sommer in Hamburg für Chaos gesorgt. Ein Glück, dass es dabei nur um Rohrbrüche, kratertiefe Löcher und überschwemmte Straßen, Produktions- und Ampelausfälle und so weiter ging, aber: Es hätte auch schlimmer kommen können. Krümmel und Brunsbüttel, das ist inzwischen eine Binsenweisheit, sind extrem pannen anfällig. Ihre Technik ist veraltet, das sagen nicht nur Experten.

Nach den Pannen in den beiden AKWs haben wir im vergangenen Herbst über die Stilllegung von Krümmel diskutiert. Ein entsprechender Antrag der Linken ist abgelehnt worden. Mit schwarz-grüner Mehrheit wurde aber beschlossen, dass die Ereignisse des Sommers 2009 aufbereitet werden und der Bürgerschaft Bericht erstattet und sie über weitere Schritte bezüglich des AKW Krümmel informiert wird. Wir haben weder einen Bericht über die Aufarbeitung gesehen, noch sind wir über weitere Schritte informiert worden.

(Beifall bei Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD und Dora Heyenn DIE LINKE)

Folgende weitere Schritte hat es gegeben: Erstens will Vattenfall noch im ersten Quartal neue Trafos einbauen und zweitens haben die Betreiber von

(Anne Krischok)

Krümmel offenbar erneut beim BMU beantragt, Strommengen von Krümmel auf den deutlich älteren Meiler Brunsbüttel zu verlagern, um Brunsbüttel vor Abschaltung nach geltendem Recht zu retten. Das BMU hat das bisher immer wieder abgelehnt. Es wäre ganz schön gewesen, wenn der Senat uns darüber informiert hätte.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man kann sich auch fragen, wofür wir eigentlich irgendetwas beschließen, wofür es solche Berichtspflichten gibt, wenn das offensichtlich doch nur ignoriert wird und wir mehr oder weniger als Kasparleibude angesehen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Dora Heyenn *DIE LINKE*: Richtig!)

Noch ein inhaltliches Argument, warum uns Brunsbüttel und Krümmel betreffen. Entweicht bei einem Unfall Radioaktivität, muss je nach Windrichtung und -stärke Hamburg innerhalb von wenigen Stunden evakuiert werden. Derzeit existieren dafür kaum und auch keine realistischen Szenarien. Längere Laufzeiten für Brunsbüttel und Krümmel stellen weiterhin für Hamburg potenzielle Gefahrenquellen dar. Das ist auch ein Grund, weshalb sich Senat und Regierungsfractionen damit intensiver auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Argument nur am Rande: Die Endlagerfrage ist bisher ungelöst und die Räumung der Asse und die immer noch offenen Fragen der Eignung von Gorleben zeigen, was noch auf uns zukommen kann. Das sind Fakten, sie sind unbestritten und wer sich gegen die Schließung von maroden Atomkraftwerken ausspricht, der verschärft täglich das Problem der Endlagerung.

Ich hoffe, Sie entsprechend überzeugt zu haben. Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie dem Antrag der SPD zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hecht.

(Zurufe bei der SPD: Ah!)

Heiko Hecht CDU:* Ich verspreche hier keine Sternstunde des Parlaments.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe, geschätzte Frau Kollegin Krischok ...

(Thomas Böwer SPD: Sie sollten das Mikro höher stellen, dann stehen Sie besser!)

– Herr Böwer, empören Sie sich doch nicht gleich so. Danke, Herr Böwer, sehr kollegial und freundlich.

Wir haben es hier mit einer Scheindebatte zu tun. Es besteht kein Dissens zwischen der CDU in Schleswig-Holstein und uns, auch nicht mit der FDP mit Herrn Kubicki. Wir haben uns im September relativ klar ausgesprochen. Dass Sie noch einmal nachlegen, kann ich verstehen, aber Ihr Ansatz ist im Versuch stecken geblieben. Das gilt auch für die Kollegin Krischok in der Herausarbeitung eines vermeintlichen Dissenses zwischen uns und unseren Freunden in Schleswig-Holstein. Wir stehen sachlich und inhaltlich ganz eng beieinander und lassen keinen Keil zwischen uns treiben. Das gilt natürlich auch für die GAL hier im Haus.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein Atomgesetz und dieses Atomgesetz wird entsprechend durch die Landesaufsicht umgesetzt. Wir warten alle auf den Abschlussbericht aus Schleswig-Holstein. Erst dann können wir uns mit der Zuverlässigkeit des Betreibers Vattenfall beschäftigen, dann liegen die Fakten auf dem Tisch. Wir führen eine verfrühte Debatte, die am Kern der Sache vorbeigeht. Wir müssen uns mit der Zuverlässigkeit beschäftigen, denn sie ist der Ansatzpunkt.

(Thomas Böwer SPD: Ist denn Vattenfall zuverlässig, Herr Kollege?)

– Dazu kann ich doch hier keine Aussagen treffen.

(Zuruf von Dora Heyenn *DIE LINKE*)

– Natürlich, Frau Heyenn, zu Ihnen komme ich gleich noch, keine Ungeduld.

Jedenfalls haben wir in Schleswig-Holstein eine kontinuierliche Überwachung. Diese Überwachung funktioniert und wenn wir den Abschlussbericht haben, können wir die Zuverlässigkeit diskutieren, aber das nur anhand von Fakten, die bislang nicht vorliegen. So lange müssen wir uns gedulden. Wir haben im September unsere Handlungsfähigkeit als schwarz-grünes Bündnis bewiesen, die entsprechende Initiative angeschoben, sind tätig geworden und brauchen jetzt nur noch die Fakten, auf die wir mit Ihnen zusammen warten.

Was müssen wir noch tun? Wir sollten vor allen Dingen keine Phantomdebatten führen und auch keine verfrühten Debatten. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Wir brauchen keine Bundesratsinitiative, sondern lediglich die Fakten aus Schleswig-Holstein. Ich habe mich eben noch mit meiner Kollegin, Frau Stöver, abgestimmt. Wir möchten gerne für Krümmel ein Laufzeitende in 2012 – das sage ich ganz klar und unverblümt –, aber wir als Hamburger sind dafür nicht alleine zuständig, werden aber sicherlich darauf hinwirken. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hecht hat dankenswerterweise noch einmal darauf hingewiesen: Für einen Bericht über die Vorkommnisse in Krümmel brauchen wir, braucht vor allem der Senat Informationen aus Schleswig-Holstein, und zwar brauchbare. Wenn die da sind, dann wird es natürlich einen Bericht geben.

(Ingo Egloff SPD: Machen Sie Ihre Rede von vornhin doch nicht kaputt!)

Dem Senat aber vorzuwerfen, dass er das Parlament als Kasperlebude betrachte, nur weil es noch keine Informationen aus Schleswig-Holstein gibt, ist eine ziemliche Unverschämtheit, Frau Krischok.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Außerdem würde es mich freuen, wenn Sie die Energie, die Sie von der Linken und von der SPD im Kampf um einen zügigen Atomausstieg aufbringen, etwas zielgerichteter einsetzen und beim Kampf um den Atomausstieg nicht die Ebenen verwechseln würden. Es ist ein bundespolitisches Thema, Hamburg hat dabei keinerlei Kompetenzen und deswegen ist es wichtig, die Betroffenheit Hamburgs durch mögliche Atomkatastrophen in Krümmel oder Brunsbüttel nicht mit der Zuständigkeit Hamburgs zu verwechseln.

(Thomas Böwer SPD: Das hat niemand gemacht!)

– Natürlich,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

hätten Sie der Kollegin Krischok zugehört, die nicht zwischen der Betroffenheit Hamburgs und der Zuständigkeit Hamburgs differenziert hat. Insofern fordere ich Sie auf, Ihre Energie dahin zu lenken, wo sie hingehört, nämlich in Richtung Berlin, in Richtung aktueller Bundesregierung, und CDU und FDP aufzufordern, am Atomausstieg festzuhalten, so wie er vereinbart ist.

(Ingo Egloff SPD: Das können Sie doch mit Ihrem Koalitionspartner machen! – Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin! Herr Gwosdz, Sie machen sich das entschieden zu leicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie verstecken sich nur allzu gern hinter den Bund und hinter den Bundesländern. Auf den Großdemos hört sich das aus Ihrem Munde ganz anders

an. Sie machen sich das hier entschieden zu leicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn die CDU sich hinstellt und sagt, das sei keine Sternstunde des Parlaments, dann haben Sie völlig recht. Es ist eine absolute Frechheit, dass CDU und GAL Anträge beschließen, kein Stück an deren Umsetzung arbeiten und uns dann sagen, wir sollten auf die Fakten bitte noch ein halbes Jahr, noch ein halbes Jahr und noch ein halbes Jahr warten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Alle Debatten, die Ihnen nicht gefallen, sind dann Phantomdebatten; Sie machen sich das zu einfach. Frau Krischok hat schon recht, wenn wir uns nicht ernst genommen fühlen – sie hat das Wort Kasperletheater benutzt. Wenn dauernd Beschlüsse, Prüfaufträge und Berichterstattungen beschlossen werden und hinterher nichts dabei herauskommt, dann werden wir nicht ernst genommen und wir möchten ernst genommen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Jens Kerstan GAL: So kann man euch nicht ernst nehmen!)

Die SPD hat in ihrem Antrag ein Datum genannt; sie möchte gerne einen Bericht haben am 29. Mai 2010. Die CDU und die GAL haben in ihrem Antrag vom 1. September 2009 wohlweislich kein Datum genannt. Wir möchten endlich wissen, wann dieser Prüfauftrag und diese Berichterstattung aus dem Antrag von GAL und CDU vom 1. September vorgelegt werden. Wir warten darauf und möchten es schnell haben und akzeptieren keine Ausreden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Dr. Monika Schaal SPD:* – Herr Kerstan, wir wollen nicht darüber reden, ob der Bericht aus Schleswig-Holstein nicht da ist, das interessiert eigentlich gar nicht so.

(Viviane Spethmann CDU: So macht die SPD Politik!)

Mich interessiert vielmehr, was offensichtlich schon alles passiert ist, wenn die Betreiber von Krümmel und Brunsbüttel bereits auf ihren eigenen Seiten veröffentlichen, dass Strommengen von Krümmel auf Brunsbüttel übertragen werden, was immer vom Bundesumweltministerium abgelehnt wurde. Das sind Dinge, die offensichtlich schon eine gewisse Festigkeit haben, und ich frage mich, warum wir denn hier nichts darüber wissen. Warum weiß man in Schleswig-Holstein nichts darüber? Ich erwarte, dass, wenn der Senat so etwas zur Kennt-

(Dr. Monika Schaal)

nis nimmt – ich denke, dass das auch beobachtet wird –, gefälligst nachgehakt wird. Insofern können wir vielleicht ewig auf den Bericht warten, aber ich erwarte, dass Sie dann auch einmal nachhaken. Es kann nicht sein, dass von neueren Reaktoren noch Strommengen auf die alten Schrottreaktoren übertragen werden, die besonders reparatur- und pannenanfällig sind, wie wir wissen. Brunsbüttel hat eine Pannenstatistik, die schon olympiareif ist, mit über 300 Zwischenfällen. Und jetzt wollen die Betreiber das nach dem Atomgesetz bevorstehende Ende noch weiter hinauszögern; das kann es nicht sein.

Was mich auch gewundert hat, Herr Hecht, woher nehmen Sie eigentlich die Gewissheit, dass 2012 Ende mit Krümmel ist? Ich höre das gerne,

(Olaf Ohlsen CDU: Ja, was denn nun!)

aber was soll denn bis 2012 passieren? Wir haben die Situation, dass Krümmel im Prinzip nicht betriebsfähig ist, weil ein ganz wichtiger Bestandteil, nämlich der Trafo, fehlt. Für zwei Jahre wird sich doch der Betreiber keinen Trafo für mehrere Millionen Euro hinstellen. Woher haben Sie Ihre Erkenntnis, dass Krümmel 2012 abgeschaltet wird? Da müssen Sie aufklären, offensichtlich ist mehr an Wissen da und wir wollen, dass dieses Wissen auf den Tisch kommt.

(Olaf Ohlsen CDU: Mach' Schluss! – Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Noch einmal zum Energiedialog: Eigentlich ist dieses Thema zu wichtig, als dass es zwischen zwei Koalitionsparteien mit ihren jeweiligen SpezIn ausgetauscht wird. Bei der Energieversorgung geht es um die Grundlagen unserer Wirtschaft, um Arbeitsplätze, um Einkommen und um Wohlstand. Da ist es schon angemessen, dass alle Akteure, die auf diesem Markt in dieser Branche etwas zu sagen haben, die im Prinzip auch eine neue Entwicklung für unsere Wirtschaft aufzeigen, mit an den Tisch geholt werden.

(Thomas Böwer SPD: Wohlstand für alle!)

Jetzt ist der Wirtschaftssenator auch noch weg. Erst geht der Bürgermeister, wenn er angesprochen wird,

(Zurufe von der CDU)

und wenn es dann um Wirtschaft geht, dann wird auch noch der Wirtschaftssenator fahnenflüchtig. Sie haben offensichtlich keine Lust, sich dieser Debatte zu stellen.

Es geht hier nicht um irgendetwas, sondern um die Grundlagen unserer Wirtschaft und es kann nicht sein, dass die CDU mit der Bundeskanzlerin und der Atomlobby diese Gespräche und diese Festlegungen alleine trifft. Ganze Branchen brauchen Planungssicherheit, Arbeitssicherheit und darum

muss der Energiedialog auf eine breite Ebene gestellt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Mir ist mitgeteilt worden, dass die Fraktion DIE LINKE auf ziffernweise Abstimmung verzichtet, sodass wir den Antrag dann in Gänze abstimmen können.

Wer sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/5344 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 47 der Tagesordnung, Drucksache 19/5350, Antrag der CDU-Fraktion: Weiterführung der "Gründungsprämie Handwerk!" (Meistergründungsprämie), Haushaltsplan 2009/2010, Titel 7200.892.03.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Weiterführung der "Gründungsprämie Handwerk!" (Meistergründungsprämie)
Haushaltsplan 2009/2010, Titel 7200.892.03
– Drs 19/5350 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Ahrons bitte.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! Ihnen liegt der Antrag der CDU-Fraktion zur Weiterführung der Gründungsprämie Handwerk vor und ich möchte Sie bitten, dem Antrag zustimmen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Ahrons, entschuldigen Sie, dass ich Sie zu Anfang unterbreche. Ich hatte die Hoffnung, dass sich die Unruhe hier legt. Es können jetzt nicht alle nach draußen laufen und eine Gründungsprämie beantragen wollen, und wenn, dann sollte das vielleicht doch in der gebotenen leisen Form vor sich gehen. Hier hat jedenfalls Frau Ahrons das Wort und ich bitte die anderen, sich ruhig zu verhalten. Danke.

Barbara Ahrons (fortfahrend): Bei der Gründungsprämie für das Handwerk handelt es sich um eine Förderung für Handwerksmeister zur Unternehmensgründung, wenn sie ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die Gewährung der Meistergründungsprämie ist zum Beispiel an die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden und ebenso muss bei der Gründung des Betriebes mindestens ein Eigenanteil von 15 000 Euro erbracht werden. Die Prämie wurde

(Barbara Ahrons)

vor einigen Jahren in Hamburg eingeführt und mit ihr ein sehr wichtiges politisches Signal gesetzt, das für das Handwerk damals so wichtig war wie auch heute noch. Wenn wir jungen Handwerksmeistern die Startschwierigkeiten bei einer Existenzgründung erleichtern, dann honorieren wir dadurch die hohe Qualität ihrer Arbeit. Wir belohnen den Willen zur Weiterbildung und den Mut zur Gründung eines Betriebes mit der Verantwortung für Angestellte und Auszubildende.

Dem Handwerk in Hamburg kommt eine besonders wichtige Bedeutung zu und schon seit jeher kann unsere Gesellschaft auf das Handwerk zählen, wenn es um Beschäftigung, Ausbildung, gesellschaftliches Engagement und Wachstum geht. Gerade der handwerklich geprägte Mittelstand hat sich in der Krise als stabil gezeigt und darum müssen wir ihn weiterhin nachhaltig stärken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das Handwerk sichert hohe Qualitätsstandards, gute Ausbildungsleistungen, nachhaltig erfolgreiche Existenzgründungen und Innovation.

(Uwe Grund SPD: Genau!)

Seine Traditionen sind heute wieder sehr modern, nämlich persönliche Verantwortung und Haftung des Betriebsinhabers, Regionalität, Kundenorientierung, Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit.

(Uwe Grund SPD: Ja!)

Das sind Werte, die Bestand haben. Ganz nebenbei ist das Handwerk in Hamburg auch noch einer der größten Arbeitgeber unserer Stadt. Es bietet zukunftssichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Schulabschlüsse bis zum Abitur. Darum soll mit der Gründungsprämie die Gründung eines Handwerksunternehmens durch einen Meister weiterhin gefördert werden. Aufgrund des eher geringen Förderbeitrags und der überschaubaren Zahl der jährlich bewilligten Fälle wäre die dadurch entstehende Belastung für den Haushalt der Stadt nicht ganz so hoch. Und gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise sollte die Stadt einem Rückgang der Zahl qualifizierter Gründungen im Handwerk entgegenwirken. Die Verlängerung des Förderzeitraums würde die Schaffung von 600 bis 800 neuen Arbeitsplätzen im Handwerk unterstützen.

Die Fördermaßnahmen sind zum Ende des Jahres 2009 ausgelaufen. Da sie sich insgesamt als erfolgreich erwiesen haben, beantragen wir die Verlängerung erst einmal um ein Jahr bis zum Ende des Jahres 2010. Wir würden ein wirklich vollkommen falsches wirtschaftspolitisches Signal aussenden, wenn wir gerade jetzt ein Programm, mit dem Existenzgründung gefördert werden soll, auslaufen ließen. Gerade jetzt, nachdem die konjunkturelle Talsohle durchschritten scheint, kommt es darauf an, in der beginnenden Aufschwungphase Handwerksmeister zur Existenzgründung zu ermutigen.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich eine zunehmende Zurückhaltung bei der Gründung einer eigenen Existenz gezeigt. Dadurch ist auch die Zahl der neu gegründeten Meisterunternehmen im Zeitraum von Januar bis September 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 Prozent gesunken. Die Meistergründungsprämie wurde leider nicht so stark in Anspruch genommen, wie wir erwartet und gehofft hatten. Vielleicht sind einigen der Handwerksmeister die Auflagen bezüglich Arbeitsplätzen und Investitionssummen zu hoch, worüber man eventuell noch einmal nachdenken sollte. Das Aufbringen von 15 000 Euro Eigenkapital und die Einstellung von drei Angestellten sind bei einer Betriebsgründung im Handwerk nicht ganz so einfach zu bewältigen. Trotzdem beantragen wir erst einmal die Zustimmung zu einer Verlängerung bis zum Jahresende 2010.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sind sehr übersichtlich.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir sind noch da!)

Frau Ahrons, ich danke Ihnen für Ihre Rede, in der Sie das Handwerk außerordentlich gelobt haben. Ich kann mich jedem Ihrer Sätze anschließen.

(Olaf Ohlsen CDU: Dann ist ja gut!)

Ich begrüße es außerordentlich, dass wir uns heute erneut mit dem Handwerk beschäftigen, nachdem wir uns letztes in der Aktuellen Stunde auch schon mit der Rolle des Handwerks als sehr wichtigem Faktor für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze auseinandergesetzt haben. Ich will Ihnen gleich zu Beginn sagen, dass wir Ihrem Antrag, die Befristung für die Gründungsprämie Handwerk um ein Jahr zu verlängern und die zur Finanzierung für diesen Zweck bewilligten Mittel auszuschöpfen, zustimmen werden.

(Beifall bei Uwe Grund [SPD] und Michael Neumann [SPD] – Uwe Grund SPD: Bravo!)

Auch kleine Hilfsmaßnahmen stellen für den jeweiligen Betrieb eine ganz reale Unterstützung dar, zumal es sich hier um einen nicht rückzahlbaren Zuschuss handelt.

Wir reden hier zwar über geringe Summen im Vergleich zu anderen Themen in der Stadt, trotzdem lohnt es sich, diese Maßnahme einmal näher zu beleuchten. Der Senat ging nämlich im Jahr 2006 davon aus, dass er mit der zur Verfügung gestellten Summe 70 Unternehmen jährlich bei der Unternehmensgründung unterstützen könne. Es handelt sich um eine zweigeteilte Unterstützung, bei der man nach zwei Jahren, wenn man diese Ar-

(Andrea Rugbarth)

beitsplätze wirklich geschaffen und auch gehalten hat, die zweite Tranche in Anspruch nehmen kann. Und der Senat rechnete mit 200 zusätzlichen Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsplätzen. Das war die Erwartung, doch dieses nun wirklich nicht überambitionierte Ziel wurde leider nicht erreicht.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Das ist ja traurig! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja immer so!)

– Das würde ich auch so sagen.

Sie begründen dies in Ihrem Antrag damit, dass diese Prämie vor allem deshalb weniger in Anspruch genommen wurde – Sie haben es gerade noch einmal erläutert, Frau Ahrons –, weil in der Krise 20 Prozent weniger Meister den Mut hatten, ein Unternehmen zu gründen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn man kann nicht alles mit der Krise erklären. Tatsache ist, dass in den Jahren 2007 und 2008 lediglich 32 Meister diese Prämie in Anspruch genommen haben, und wir hatten 2006/2007 und auch 2008 keine Wirtschaftskrise. Das heißt, unter diesem Haushaltstitel stehen inklusive der Reste jetzt noch erhebliche Mittel zur Verfügung, und man muss sich fragen, warum diese Förderung nicht in dem Maße in Anspruch genommen wurde, wie vom Senat geplant. Die im Antrag als Ursache genannte Wirtschaftskrise war es definitiv nicht, es muss andere Ursachen haben.

Man könnte annehmen, dass vielleicht mangelnde Kenntnis der Prämie die Ursache ist, aber ich habe Handwerker gefragt, und das ist nicht der Fall. Sie haben in Ihrer Rede auch schon darauf Bezug genommen, dass die Rahmenbedingungen eventuell nicht ganz passgenau sind.

(Uwe Grund SPD: Aha!)

Herr Gedaschko, ich hätte erwartet, dass man, wenn nach zwei Jahren die Zielzahlen nicht erfüllt sind, einmal nachschaut, warum das so ist. Ich habe nachgefragt. Eine der Bedingungen für die Auszahlung der Prämie ist die Schaffung von zwei zusätzlichen Arbeitsplätzen über den Meister hinaus und das widerspricht den Lebenserfahrungen im Handwerk. Ein Meister, der eine Firma gründet, arbeitet üblicherweise erst einmal allein und versucht, seine Existenz zu sichern; er kann froh sein, wenn er das nach ein, zwei Jahren erreicht. Er wird den Stand, dass er Arbeitskräfte einstellen kann, höchstwahrscheinlich erst im zweiten, dritten oder vierten Jahr erreichen. Das heißt, diesem Zuschuss von 5000 Euro auf der einen Seite steht auf der anderen Seite die Verantwortung für zwei Arbeitsplätze gegenüber. Und das ist nicht ganz passgenau, da müssen wir noch einmal überlegen. Auch für Betriebsübernahmen ist das nicht ganz passend. Bei Übernahmen sollen üblicherweise die in den Betrieben bereits bestehenden Arbeitsplätze erhalten bleiben und wir können froh sein, wenn wir dies erreichen. Wir sollten uns überlegen, ob

wir die Maßnahme nicht dahingehend erweitern, dass wir auch das Sichern der Arbeitsplätze bei Übernahme eines Betriebes entsprechend mit der Prämie belohnen, denn unter den gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen kann man schon froh sein, wenn die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Da muss nachgesteuert werden und da sollte man die Hausaufgaben machen.

Eine weitere Bedingung möchte ich beleuchten und das ist die Investitionsgrenze. Die untere Investitionsgrenze liegt bei 15 000 Euro, das müssen nicht unbedingt eigene Mittel sein, das darf auch der Kredit von der Hausbank sein. Aber wir wissen zum Beispiel aus der Datenlage von Banken, Kammern oder Wirtschaftsförderungsinstituten, dass Frauen und Männer einen Betrieb unterschiedlich gründen. Frauen starten üblicherweise mit einem geringeren Investitionsvolumen in eine Selbstständigkeit. Frau Koop, wir hatten gestern eine wunderbare Diskussion über die Rechte von Frauen. Hier könnten Sie ganz ohne Quotenzwang etwas für die Frauen tun. Und ich denke, wenn wir Frauen uns zusammentun und den Herrn Senator über Frauen aufklären,

(Rolf Harlinghausen CDU: Das ist ein Frauenverstehert!)

dann könnten wir vielleicht an dieser Stelle auch starten und sagen, das muss passgenau gemacht werden. Berlin hat zum Beispiel so eine Regelung, hier liegt die untere Investitionsgrenze für Männer bei 15 000 Euro und für Frauen bei 10 000 Euro. Vielleicht machen wir uns gemeinsam auf den Weg, denn ich schlussfolgere daraus, gut gewollt ist nicht unbedingt gleichzeitig gut gemacht. Wir sollten uns parteiübergreifend darauf verständigen, dass wir dieses für die Handwerksmeister so wichtige politische Signal der Unterstützung sowohl fortführen als auch den Gegebenheiten des Marktes anpassen über das Ende des laufenden Programms und auch über das Ende dieser Legislatur hinaus. Wir stimmen dem in einem ersten Schritt gern zu, sodass wir es erst einmal verlängern. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Handwerk ist ein wichtiger Teil der Hamburger Wirtschaft. Es gibt hier sehr viele Betriebe mit einer Vielzahl an Arbeitsplätzen. Insbesondere ist das Handwerk einer der Bereiche mit dem größten Ausbildungsanteil und erfüllt insofern eine wichtige Funktion. Das ist gerade in Zeiten der Globalisierung besonders wichtig, weil das Handwerk natürlich ein ortsgelagerter Wirtschaftszweig ist und Betriebsverlagerungen nach

(Jens Kerstan)

China oder wohin auch immer nicht zu erwarten sind. Insofern ist das schon ein Bereich, der die Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik verdient.

Daher war es sicher eine gute Maßnahme, die Gründungstätigkeiten im Handwerk durch das Programm aus dem Jahr 2006 zu fördern. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Rugbarth, halte ich es aber auch für richtig, dass ein solches Programm an Bedingungen geknüpft ist, nämlich an einen zusätzlichen Nutzen. Einfach einem Gründer, der sowieso einen Betrieb gründet, Geld vom Staat zu geben, macht nicht viel Sinn. Wir haben knappe Steuermittel und müssen natürlich darauf achten,

(Dirk Kienscherf SPD: Und Ihre Gemeinschaftsstraßen müssen Sie ja auch finanzieren!)

dass dann, wenn es Geld vom Staat, vom Steuerzahler, von den Bürgern gibt, auch mehr passiert, als wenn es dieses Geld nicht gibt. Insofern ist es richtig, die Gewährung einer solchen Prämie daran zu knüpfen, dass eine vernünftige Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen wird. In der Tat ist das keine absurde Forderung, wie Sie gesagt haben. Immerhin wurde diese Prämie bei 55 Prozent aller Handwerksgründungen seit 2006 beantragt und die Betriebsgründer haben sie dann auch bekommen.

Insofern ist das mit Sicherheit auch ein erfolgreiches Programm, aber es ist sicher auch eine Tatsache, dass es nicht ausgeschöpft wurde. Ich würde aber nicht dafür plädieren, jetzt die Kriterien zu ändern, denn diese Bindung an einen zusätzlichen Nutzen ist weiterhin notwendig. Gerade am Ende einer Wirtschaftskrise sind Betriebe oder Menschen häufig in einer Situation, dass sie zwar die Krise bewältigt haben, ihnen dann aber die Mittel fehlen, um zusätzlich investieren zu können. Insofern ist es eine vernünftige Maßnahme, dieses Programm, auch wenn es nicht voll ausgeschöpft wurde, zu verlängern. In dieser Phase wirtschaftlichen Aufschwungs, in der es viele Unternehmen schwer haben, steigende Auftragsbestände zu bewältigen, wird damit potenziellen Handwerksmeistern die Gelegenheit gegeben, neue Betriebe mit zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu gründen. Davon haben wir nicht genug und darum ist es gut, dass wir diesen Antrag heute – wie ich hoffe – gemeinsam beschließen und diesem wichtigen Wirtschaftszweig in Hamburg die nötige Aufmerksamkeit widmen. Damit wird den Handwerksmeistern signalisiert, dass ihre Belange, Sorgen und Nöte von uns allen gemeinsam ernst genommen werden zum Nutzen aller, die in dieser Stadt leben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Meistergründungsprämie ist eine der Möglichkeiten, wenn es darum geht, kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern und Arbeits- und Ausbildungsplätze in Hamburg zu schaffen. In Kooperation mit der Handwerkskammer und der Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit einen bunten Strauß an Fördermöglichkeiten und Beratungsangeboten zusammengestellt und die werden auch angenommen. Darum wäre es gerade jetzt das falsche Signal, diese Meistergründungsprämie auslaufen zu lassen.

(Barbara Ahrons CDU: Genau!)

Ich hoffe sehr, dass Sie mit Ihrem Satz im Antrag Recht haben, dass die konjunkturelle Talsohle durchschritten ist. Ich muss aber dennoch hier noch einmal berichten, dass der Präsident der Handwerkskammer, Josef Katzer, auf der Jahresabschlussversammlung der Handwerkskammer kritische Worte gefunden und Auswirkungen der Krise auch in diesem Jahr, im Jahr 2010, angekündigt hat. Das bisher so stabile Handwerk wird sich im Jahr 2010 Problemen stellen müssen, das dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Zudem kritisierte der Präsident die Langsamkeit bei der Realisierung des geplanten Bürokratieabbaus, fand aber auch deutliche Worte für die eigene Branche. So habe man das schlechte Image des Handwerks zu lange hingenommen ohne gegenzusteuern. Eine aktuelle Studie zeige bei Jugendlichen ein denkbar schlechtes Image dieser Berufe; man habe jahrelang geschlafen. Zugleich kündigte er eine Werbekampagne der Handwerkskammer an unter dem Motto: In diesem Jahr zeigen wir das Handwerk in seiner ganzen Vielfalt.

Gerade jetzt könnte man zusammen mit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und allen beteiligten Institutionen diese Öffentlichkeitsarbeit des Handwerks unterstützen und zusätzliche Informationen verbreiten, damit wir es weiterhin schaffen, dass junge Handwerkerinnen und Handwerker sich selbstständig machen und dadurch Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen können, denn auch das bringt Steuern in diese Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth SPD)

Selbstverständlich unterstützen wir den Antrag unter diesen Aspekten. Wir hoffen auf weitere Evaluation aller Fördermöglichkeiten und auch darauf, dass Sie mit der Feststellung in Ihrem Antrag, dass es in dieser Stadt aufwärts geht, Recht haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth und Karl Schwinke, beide SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko:* Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Die Zahl der Handwerksbetriebe in Hamburg hat sich im Jahr 2008 – das ist die jüngste Zahl, die uns statistisch vorliegt – auf 16 000 erhöht; damit einher geht natürlich auch ein Arbeitsplatzaufbau. Und wenn wir heute verzeichnen können, die aktuelle Statistik wurde gerade vorgelegt, dass im Dezember, mitten in der größten Weltwirtschaftskrise, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Hamburg erneut angewachsen ist und nicht abgenommen hat und wir uns damit entgegen dem Bundestrend bewegen, dann ist natürlich auch das Handwerk daran beteiligt, insbesondere die Betriebe, die neue Arbeitsplätze schaffen. Diese Handwerker starten zunächst mit kleinen Unternehmen in der Größenordnung von drei bis fünf Mitarbeitern und Betriebe dieser Größe bieten in der Regel die meisten Aufwuchspotenziale für neue Arbeitsplätze.

Nun wurde gesagt, diese Handwerksmeister hätten aber die Gelder gar nicht in Anspruch genommen. Aber sehen Sie sich die Regelung doch einmal an. Warum ist das so? Weil sie nach zwei Jahren, wenn sie Erfolg nachgewiesen haben, den zweiten Teil der Prämie bekommen. Wann wurde denn mit dem Programm begonnen?

(Barbara Ahrons CDU: 2006!)

Im Jahr 2006 und da haben nur sechs Betriebe die Prämie in Anspruch genommen. Von denen haben es aber auch tatsächlich schon zwei innerhalb dieser Zeit geschafft. Das heißt, der wahre Aufwuchs kann doch erst noch kommen; das geht doch mathematisch gar nicht anders, hier wurde doch eine Milchmädchenrechnung aufgestellt. Insofern halte ich es erstens für richtig, die Vergabe staatlicher Gelder natürlich auch an eine Anforderung zu binden; ich stimme Herrn Kerstan da völlig zu. Geld zum Hinterherwerfen haben wir nicht, gerade in diesen Zeiten, sondern da muss man sich auch nach der Decke strecken. Zweitens haben wir natürlich neben dieser Gründungsprämie speziell für das Handwerk einen ganzen Strauß von Maßnahmen zur Unterstützung von Betriebsgründungen. Wir haben gerade jüngst mit dem Wirtschaftsausschuss im Haus der Wirtschaft eine Sitzung gehabt und dort erfahren können, was alles möglich ist; wir in Hamburg brauchen uns gerade hier nicht zu verstecken. Für das Handwerk gibt es mit dieser Prämie noch eine zusätzliche Spezialität und das ist auch angemessen, denn die Chancen sind da. Deshalb finde ich es auch gut, dass wir die Maßnahme verlängern.

Wir sollten uns dann allerdings auch gemeinsam fragen – jetzt haben wir das für ein Jahr geregelt –, was wir hinterher machen. Die Haushaltshoheit liegt bei Ihnen. Ich würde mich freuen, wenn es weitergehen würde. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer sich dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 19/5350 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 40 der Tagesordnung, Drucksache 19/5343, dem Antrag der SPD-Fraktion: Förderung kooperativer Ansätze in der Wirtschaftspolitik.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Förderung kooperativer Ansätze in der Wirtschaftspolitik
– Drs 19/5343 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Schwinke, bitte.

Karl Schwinke SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der SPD-Fraktion geht es mit diesem zur Debatte angemeldeten Antrag um eine aktive Diskussion und verstärkende Belebung der Genossenschaftsidee, die gerade in Hamburg auf eine große und wirtschaftlich erfolgreiche Geschichte zurückblicken kann. Sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Baugenossenschaften entscheidend dazu beigetragen, die Wohnraumversorgung zu verbessern. Heute sind die Baugenossenschaften mit über 100 000 Wohnungen neben SAGA GWG das Rückgrat der Hamburger Wohnungswirtschaft. Die mitgliederstärkste Genossenschaft vor Ort ist übrigens die Hamburger Volksbank mit über 37 000 Mitgliedern.

Dass die Genossenschaften für unsere Stadt von besonderer Bedeutung sind, kommt auch in der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg zum Ausdruck. Dort wird die genossenschaftliche Selbsthilfe als Grundelement einer demokratischen Wirtschaftsordnung hervorgehoben. Es ist also eine ständige Aufgabe dieses Parlaments, sich dieses Themas anzunehmen. Bei meinen Recherchen habe ich aber festgestellt, dass diese Bürgerschaft sich bisher nicht mit diesem Thema beschäftigt hat. Daher ist es an der Zeit, das zu ändern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ob dies die Mehrheit der Abgeordneten von CDU und GAL auch so sieht, werden die nachfolgenden Beiträge zeigen.

(Jörn Frommann CDU: Nein!)

Die in unserem Antrag vorgestellten Beispiele aus anderen Ländern sollen aufzeigen, dass es lohnend ist, auch für Hamburg eigene Initiativen zu bestimmen und diese in den Fachausschüssen der

(Karl Schwinke)

Bürgerschaft voranzubringen. Ich bin gespannt, ob CDU und GAL dies auch so sehen und sich über den heutigen Tag hinaus an einer Debatte in der Bürgerschaft und in Hamburg beteiligen wollen.

Die Genossenschaften sind traditionell wirtschaftlich erfolgreich, weil sie sich in ihrer unternehmerischen Ausrichtung an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Deshalb gibt es heute weltweit Genossenschaften und deshalb sind Genossenschaften besonders dann gefragt, wenn gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Veränderungen von den Menschen eine Neuorientierung verlangen. Wer will leugnen, dass wir uns in solchen Zeiten der Veränderung bewegen. Kooperative Ansätze, ob im Kleinen oder im Großen, sind innovativ und richtungsweisend.

(Beifall bei der SPD)

Freiberufler schließen sich zu Dienstleistungsgenossenschaften zusammen, um gemeinsam ihre Marktchancen zu verbessern. Die Experten sind sich einig, dass Unternehmen, die in Kooperationen zusammenarbeiten, auf globale Herausforderungen flexibler reagieren können als zentral gesteuerte Großkonzerne. Genossenschaften sind auch im Handwerk traditionell ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Es bleibt aber auch hier noch genügend Gestaltungsraum, um die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen auszubauen, Kompetenzen zu bündeln und Großaufträge bewältigen zu können.

Genossenschaften können auch als Modell für die Unternehmensnachfolge oder für die Weiterführung von Betriebsteilen durch die Belegschaft dienen. Das ist insbesondere für Familienbetriebe im Handwerk eine Option. Die Fortführung florierender Unternehmen darf nicht an der Nachfolgefrage scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Die Unternehmensrechtsform Genossenschaft zeichnet sich durch hohe Flexibilität aus. Die eingetragene Genossenschaft kann drei Unternehmer zusammenführen, aber auch Hunderte von Menschen in einer Kommune, die gemeinschaftlich Solaranlagen installieren, Schwimmbäder vor der Schließung retten oder sogenannte Tante-Emma-Läden wiederbeleben. Energiegenossenschaften liegen heute ebenso im Trend wie Ärztegenossenschaften. Bundesweit sind inzwischen 15 000 Ärzte in mehr als 50 Genossenschaften zusammengeschlossen. Die High-Tech-Branche und vor allem die IT-Branche, aber auch der gesamte Dienstleistungsbereich liefern beeindruckende Beispiele und haben noch viel Potenzial für Genossenschaftsgründungen. Die IHK Nürnberg hat diese Zeichen der Zeit erkannt, informiert breit über den vielversprechenden Trend und gibt Beispiele für erfolgreiche Genossenschaften.

Für die Handelskammer scheint das kein Thema zu sein; Genossenschaften finden hier überhaupt nicht statt. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es würde sich lohnen, wenn sich auch die Handelskammer hier auf der Höhe der Zeit bewegen würde. Auch Baden-Württemberg ist längst weiter,

(Thomas Böwer SPD: Richtig!)

dort wurde bereits ein Förderprogramm aufgelegt. In Hamburg ist dies bisher kein Thema. Das FDP-geführte baden-württembergische Wirtschaftsministerium fördert jede Gründungsprüfung und -beratung mit 750 Euro. Darüber hinaus werden mittelständische Kooperationen durch Beratung unterstützt und für Freiberufler werden Kooperationsberater eingesetzt. Diesem guten Beispiel sollte Hamburg folgen.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum
DIE LINKE)

Die Gründung von Genossenschaften muss unterstützt, erleichtert und gefördert werden. Wir haben heute die paradoxe Situation, dass gerade die Genossenschaften, die weltweit als das Instrument der Selbsthilfe gelten, in Deutschland durch alle Förderkriterien fallen. Als Genossenschaftsgründer erhalten sie keine Unterstützung, weil sie weder ein Arbeitnehmer sind, der sich selbstständig macht, noch der Gesellschafter eines Unternehmens. Weil über Möglichkeiten der Genossenschaft noch viel zu wenig bekannt ist und selbst die Berater in der Existenzgründung kaum Bescheid wissen, brauchen wir eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Best-practice-Beispiele.

(Beifall bei der SPD)

So wollen wir auch die Förderung von Schülergenossenschaften in Hamburg anregen. Schülerfirmen sind nichts Neues, aber die Kombination mit der Genossenschaftsidee kann der jungen Generation neue Perspektiven für eine demokratische und soziale Wirtschaftsform eröffnen. Ein vom Genossenschaftsverband in Hannover gefördertes Projekt wurde im Jahr 2008 von der Deutschen UNESCO-Kommission als UN-Dekade-Projekt "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren! Die Genossenschaftsidee liegt gerade in den Zukunftsbranchen im Trend. Dazu gehört auch die Kultur- und Kreativwirtschaft. Kooperative Netzwerke, zu denen sich selbstständige Kreative zusammenschließen, sind auch hier der Schlüssel zum Erfolg. Es gibt bereits Kreativgenossenschaften in Hamburg. Wir müssen diesen Ideen und den vorhandenen Potenzialen nur zum Durchbruch verhelfen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

(Karl Schwinke)

Genossenschaften sind kreativ, weil sie von den Ideen ihrer Mitglieder leben. Seien Sie kreativ und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özkan.

(Dirk Kienscherf SPD: Da sind Sie sprachlos, was?)

Aygül Özkan CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat wundert uns, warum Sie gerade jetzt einen solchen Antrag stellen. Ich habe im Hinblick auf Ihr Petikum – Sie haben das Marcora-Gesetz genannt – einmal gegoogelt. Es lässt sich einiges finden, was aber weit in die Vergangenheit zurück reicht. 1994 veröffentlichte der italienische "Corriere della Sera" eine umfangreiche Abhandlung, sicherlich informativ, und 2006 hat es eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes gegeben. Ich wundere mich, warum wir das hier debattieren, gehe aber gerne darauf ein.

Wir als CDU sind im Grundsatz mit Ihnen einig, dass genossenschaftliche Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung Grundelemente der demokratischen Wirtschaftsordnung sind.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wie in den meisten europäischen Ländern spielen Genossenschaften auch in Deutschland eine bedeutende Rolle, sie sind wichtige Akteure in der Marktwirtschaft. Wir wollen das gar nicht in Abrede stellen. Die Genossenschaftsidee ist im öffentlichen Bewusstsein verankert, mehr als Ihnen von der SPD anscheinend bewusst ist. Es wundert mich, dass Sie in Ihrem Petikum davon ausgehen, dass das nicht der Fall sei. Das deutsche Genossenschaftswesen umfasst – das haben Sie selbst ausgeführt – etwa 5300 Genossenschaften mit rund 17 Millionen Mitgliedern. Das heißt, dass jeder vierte Bürger Mitglied einer Genossenschaft ist. Daher reagieren wir mit Verwunderung auf Ihre Unterstellung, das Genossenschaftsmodell sei in der Öffentlichkeit nicht bekannt. In Hamburg ist das große Spektrum genossenschaftlicher Einrichtungen vertreten. Sie haben einige genannt, ich will nur einige hinzufügen. Die BÄKO HANSA ist eine Konsumgenossenschaft von Bäckereien, die MEGA Malereinkaufsgenossenschaft und die Banken haben Sie schon genannt.

Im Einzelhandel spielt der Zusammenschluss von kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Kompensation struktureller Nachteile gegenüber Großbetriebsformen ebenfalls keine unerhebliche Rolle. Entsprechende Potenziale werden sinnvoll genutzt; ich verweise auf EDEKA und viele andere.

Die SPD fordert besondere Beratungseinrichtungen für Genossenschaftsgründer. Wir haben ein gut funktionierendes Beratungsnetz für Gründungen in jeglicher Unternehmensform. Unsere Anlaufstelle für entsprechende Beratungen ist die Hamburger Existenzgründungsinitiative H.E.I. Sie können sicher sein, dass Ihnen hier auch im Falle einer Genossenschaftsgründung die richtigen Hilfestellungen gewährt werden. Die Praxis zeigt aber – und das ist Realität –, dass die Mehrzahl der Existenzgründer eine Einzelgründung anstrebt. Es gibt zudem bereits öffentlich geförderte Beratungseinrichtungen mit besonderem Know-how hinsichtlich Genossenschaftsgründungen, zum Beispiel die Lawaetz-Stiftung. Auch der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften mit Sitz in Hamburg bietet eine Vorortberatung zum Thema Genossenschaftsgründung an. Hier kann sich jeder Interessierte konkret zu den vielfältigen Fragen des Genossenschaftsrechts beraten lassen und Unterstützung nicht nur vor, sondern auch während und nach der Gründungsphase erhalten.

Hinsichtlich Ihrer Forderung nach einer gleichberechtigten Information über Genossenschaften kann ich Ihnen zusichern, dass keine Rechtsform bevorzugt oder benachteiligt wird.

(Beifall bei Barbara Ahrons CDU)

Bei der Wahl der Rechtsform können staatliche Beratungsstellen wie die H.E.I. sowieso nicht beraten, sondern können nur auf Rechtsanwälte oder Beratungsgesellschaften verweisen, die dann eine Risikoabwägung vornehmen und rechtliche Beratung zuteil werden lassen. Sicher kennen Sie das H.E.I.-Scheckheft aus dem Hamburger Coachingprogramm für Existenzgründerinnen und Existenzgründer. Im Scheckheft 2010 wird, wie bereits in seiner Vorgängerversion, unter anderem ein Seminar zur Wahl der Rechtsform ausgeschrieben. Welche Frage auch immer ein Kursteilnehmer haben mag – ich kenne das aus vielen Gesprächen –, hier kann und wird er eine entsprechende Auskunft bekommen.

Nicht zuletzt darf ich Sie auch daran erinnern, dass mit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 auf Bundesebene die Gründung von Genossenschaften, insbesondere von kleinen Genossenschaften, aufgrund der Entlastung von bürokratischem Aufwand erleichtert wurde. Gerade für Handwerksbetriebe sind gute Bedingungen für zwischenbetriebliche Kooperationen angelegt, die einen verlässlichen und stabilen Rahmen gewährleisten.

Genossenschaften werden schon heute hinsichtlich Beratung und Finanzierungshilfen gleichberechtigt neben anderen Unternehmensformen gefördert. Bei dieser Ausgangslage, das möchte ich noch einmal unterstreichen, verzichten wir in Hamburg gern auf die Zwangsinstrumente, die Sie in Ihrem Antrag fordern. Der Markt regelt das und die

(Aygül Özkan)

Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten bestehen. Ihr Antrag ist überflüssig und wir werden ihn daher ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Genossenschaftswesen in Deutschland hat eine sehr lange und erfolgreiche Tradition, viel länger und erfolgreicher als in vielen anderen Ländern. Es ist ein wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftslebens. Natürlich ist das Prinzip der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung ein wichtiges, wenn man es mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben will, die sich selbst organisieren und sich selbst helfen. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass dieses Prinzip nicht politisch verordnet werden kann. Es ist in gewisser Weise ein Widerspruch in sich, wenn eine Partei sagt, sie wolle mehr Selbstverantwortung, und dann einen solchen Antrag stellt. Man kann Genossenschaften gut finden, man kann sich zu ihnen bekennen – wir Grünen haben das immer getan –, aber aufgrund dessen innerhalb der Parteien Strategien zu wirtschaftspolitischen Ansätzen entwickeln zu wollen, finde ich fragwürdig.

Schauen wir uns einmal Ihren Antrag genauer an. Sie listen in Ihrem Petitum sechs Punkte auf. Viermal fordern Sie Unterstützung und Förderung durch die Bürgerschaft, wobei Sie kein einziges Mal konkret sagen, was genau denn getan werden solle, außer dass der Senat überlegen möge, wie er unterstützen und fördern könne.

Sie sehen ein Problem vor allem bei den Beratungsangeboten, Herr Schwinke, Sie haben das betont. Es gibt in dieser Stadt viele Ecken und Enden, an denen man sich beraten lassen kann, wenn man eine Genossenschaft gründen will; die Kollegin Özkan hat die H.E.I. erwähnt. Im Internet finden Sie unter www.genossenschaftsgruendung.de eine Reihe von Angeboten für Interessierte. In der Baumeisterstraße 2 in St. Georg ist sogar eine Geschäftsstelle, in der Sie sich vor Ort beraten lassen können.

(Karl Schwinke SPD: Die kenne ich!)

Und es gibt die Lawaetz-Stiftung, die insbesondere bei Genossenschaftsgründungen berät und hilft. Insofern muss man sagen: Wenn die Genossenschaften ein Problem haben, dann mit Sicherheit nicht, dass es hier an Beratungs- und Informationswegen fehlt.

Ich habe nicht verstanden, welche konkreten Maßnahmen Sie einfordern.

(Karl Schwinke SPD: Sie lesen unseren Antrag nicht!)

Sicher fällt es dem einen oder anderen in diesem Hause leicht, sich zu Genossenschaften zu bekennen; uns fällt es sicher leichter als unserem Koalitionspartner. Als Regierungsfraktion haben wir die Aufgabe, etwas dafür zu tun. Ihr Antrag ist aber in weiten Teilen ein Bekenntnisantrag. Sie haben es sich zu einfach gemacht, denn es gibt durchaus Punkte, die Genossenschaften Probleme bereiten, unter anderem die Rechtsform und die sehr aufwendige und bürokratische Verfahrensweise bei der Gründung. Das findet in Ihrem Antrag aber überhaupt keine Berücksichtigung, sondern letztendlich bekennen Sie sich nur dazu, dass Genossenschaften wichtig und gut sind und fordern den Senat auf, jetzt etwas zu tun. Das ist etwas wenig für eine Regierungsfraktion, die etwas umsetzen muss. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie anstelle eines Bekenntnisantrages einen stärker handlungsorientierten Antrag vorgelegt hätten.

Ich habe mir überlegt, inwieweit man Ihren Antrag durch eine Überweisung heilen könnte, aber er basiert nur auf Bekenntnissen ohne Handlungsorientierung. Es wäre eine Möglichkeit, hinsichtlich der Rechtsform und der Gründung von Genossenschaften eine gesetzgeberische Initiative zu starten. Das können wir hier in Hamburg allerdings nicht machen, das müsste über eine Bundesratsinitiative erfolgen. Dies ist wieder einmal ein Antrag, der sehr stark auf die Bundesebene zielt.

Sie verweisen auf das Marcora-Gesetz in Italien. Natürlich kann man Genossenschaftsgründungen dadurch unterstützen, dass man auf die Auszahlung von Sozialleistungen und Arbeitslosenhilfe verzichtet und den Betroffenen stattdessen Geld zur Genossenschaftsgründung zur Verfügung stellt. Aber auch das ist wiederum ein Punkt, der die Bundespolitik betrifft und bei dem Hamburg keine Handlungskompetenz hat.

Ich bedauere es, dass Sie dieses interessante Thema als einen Bekenntnispunkt abgehandelt haben. Vielleicht sollten wir uns an anderer Stelle einmal Gedanken darüber machen, welche konkreten Handlungsschritte wir einleiten könnten. In Ihrem Antrag haben wir dazu nichts gefunden und deshalb werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Immerhin, Herr Kerstan, haben Sie zugestimmt, dass es eine ganze Reihe von Schwierigkeiten im Bereich der genossenschaftlichen Unternehmensform gibt.

(Viviane Spethmann CDU: Volksbetriebe!)

(Dr. Joachim Bischoff)

Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion ausdrücklich. Er zielt darauf ab, einen Prozess in Gang zu bringen, dieses bislang vernachlässigte Feld zu bearbeiten. Natürlich können Sie sich dann immer hinstellen und sagen, das sei Bundesrecht, so wie die Novellierung des Genossenschaftswesens Anfang 2000. Fakt ist aber, dass diese Novellierung die großen Hürden bei der Gründung von Genossenschaften nicht hat ausräumen können.

Wenn Sie sich die Prüfverpflichtungen anschauen, die eine Genossenschaft eingeht, und ihre steuerliche Behandlung, dann stellen Sie fest, dass Genossenschaften in unserem bundesdeutschen Wirtschaftsrecht immer noch unterprivilegiert sind. Das steht in krassem Widerspruch zu den Erfahrungen in einigen anderen europäischen Ländern.

Die spannende Frage ist, wie man das in Gang bringen kann – so jedenfalls habe ich den Antrag und den Beitrag des Kollegen Schwinke verstanden – und ob es nicht gerade für Hamburg Sinn macht, in diesem Bereich Initiativen zu ergreifen. Da finde ich den Hinweis von Herrn Schwinke auf die FDP in Baden-Württemberg passend, die das dort versucht und genau dieselben Schwierigkeiten hat.

(Thomas Böwer SPD – auf Jens Kerstan GAL zeigend –: Ist doch Ansporn für dich!)

– Das wollte ich auch sagen.

Gerade für Sie als künftige FDP-Nachfolger

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

wäre das doch wirklich etwas, bei dem wir ein Stück weiter kommen könnten.

Ich habe 20 Jahre in einer Genossenschaft gearbeitet, die in Hamburg gegründet wurde. Die Realität wird bei all diesen positiven Bilanzierungen gar nicht recht deutlich. Sie müssen das selber erlebt haben und ich glaube nicht einmal, dass mein Fall ein besonders komplizierter war. Wenn Sie in Hamburg eine Genossenschaft gründen wollen, dann brauchen Sie außerordentlich viel Geduld, Zähigkeit und Rahmenbedingungen, die Sie bei der Meisterprämie vergleichbar nicht haben.

Bei aller Bedeutung der Lawaetz-Stiftung – ich sehe das durchaus – ist es nicht das, was in dem Antrag gefordert wird

(Thomas Böwer SPD: Genau!)

und was Herr Schwinke vorgebracht hat.

(Jens Kerstan GAL: Was Sie sagen, steht aber auch nicht im Antrag!)

Wenn man das will, würde das wirklich Sinn machen und nicht, weil es der SPD oder den LINKEN darum geht, ein besonderes Bekenntnis zur genossenschaftlichen Unternehmensform abzugeben, sondern aus der Überlegung heraus, dass Genossenschaften gerade in Krisensituationen

einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, Arbeitsplätze zu sichern und eine Neugestaltung der Ökonomie in Gang zu bringen. Das ist die Zielsetzung.

Es wäre deswegen naheliegend gewesen, Herr Kerstan, im Ausschuss darüber zu beraten, wie wir bestimmte Konkretisierungen vornehmen können, damit es eben nicht bei einem Appell an den Wirtschaftssenator bleibt, der bei ihm wahrscheinlich zum einen Ohr hineingeht und zum anderen wieder hinaus. Wenn wir das wirklich voranbringen wollen – das werden Herr Schwinke und die SPD-Fraktion nicht in Abrede stellen –, dann muss Hamburg einen Impuls setzen, damit entsprechende Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene zustande kommen, sonst werden wir die Diskriminierung dieser Unternehmensform und des Genossenschaftsgedankens nicht aufbrechen können.

(Beifall bei der LINKEN und bei Thomas Böwer SPD)

Insofern stimmen wir dem Antrag zu. Ich bin nicht der Antragsteller, aber ich biete ausdrücklich an, das noch einmal im Wirtschaftsausschuss zu behandeln – auch, um Ihnen die Skrupel zu nehmen, hier nicht einem Bekenntnis zustimmen zu müssen – und gemeinsam Konkretisierungen einzuarbeiten.– Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kerstan, das war wirklich ein bisschen dünn.

(Beifall bei der SPD – Thomas Böwer SPD: Ja!)

Die GAL hat noch nie irgendwelche Bekenntnisanträge in dieser Bürgerschaft gestellt. Das als Begründung zu nehmen und zu sagen, wir wollen das Thema nicht behandeln, ist zu wenig. Wahrscheinlich hat es Sie einfach geärgert, dass wir auf die Idee gekommen sind, dieses Thema zu debattieren und daran zu erinnern, dass es der richtige Weg in einer Krise ist, Menschen zu befähigen, in Selbsthilfe unternehmerisch tätig zu werden und erfolgreich zu sein. Man könnte meinen, Sie seien dagegen, nur weil das nicht Ihre Idee war.

(Viviane Spethmann CDU: Der Antrag ist einfach schlecht, das ist der Grund!)

Dass Sie dagegen sind, Frau Özkan, will ich gern glauben, weil die CDU erfolgreiche Genossenschaften wahrscheinlich als Konkurrenz für etablierte Unternehmen ansieht. Darauf zu verweisen, dass 1994 einmal irgendetwas in irgendeiner italienischen Zeitung gestanden hat, ist allerdings ein wenig dünn. Dann könnten Sie als Begründung da-

(Ingo Egloff)

für, dieses Thema nicht diskutieren zu müssen, auch heranziehen, dass die erste Genossenschaftsgründung von Raiffeisen 1830 oder 1840 erfolgt ist.

(Thomas Böwer SPD: Aber 1840 gab es kein Google!)

Das ist doch schlicht und ergreifend Quatsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie sich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen und mit dem Genossenschaftsverband reden, dann werden Sie feststellen, dass es sehr wohl schwierig ist, kleine Genossenschaften zu gründen und die Startphase zu finanzieren. Genau darum geht es uns: zu schauen, wie man Menschen, die so etwas machen wollen, befähigt, unternehmerisch tätig zu werden und erfolgreich zu sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In Deutschland hat es 2008, noch vor der Krise, 180 Neugründungen gegeben. Und Herr Dr. Bischoff hat recht, gerade in der Krise haben Genossenschaften – seien es Banken, seien es Wohnungsgenossenschaften – gezeigt, dass sie erfolgreich wirtschaften. Das hat natürlich damit zu tun, dass sie in der Regel eine anständige Eigenkapitaldecke haben, weil die Genossen eingezahlt und dafür gesorgt haben, dass vernünftig gewirtschaftet werden kann.

(Beifall bei Wilfried Buss, Karin Timmermann und Dr. Peter Tschentscher, alle SPD)

Wenn in einem Land wie Italien jährlich 2000 Genossenschaften neu gegründet werden, dann frage ich mich, warum das in der Bundesrepublik Deutschland nicht passiert. Da ist es mir zu dünn, nur zu hören, das sei Bundesangelegenheit, da müsse das entsprechende Gesetz geändert werden. Nein, auch wir vor Ort können durch Beratungsleistungen und dadurch, dass wir Ressourcen zur Verfügung stellen, dafür sorgen, dass man konkret tätig werden kann. Wenn Sie weiter darüber diskutieren wollen, dann beantrage ich für die SPD-Fraktion, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Viviane Spethmann CDU: Dadurch wird der Antrag auch nicht besser!)

Sie haben damit keine Ausrede mehr, dem heute nicht zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Meine Damen und Herren! Ich habe überhaupt nicht abgestritten, dass es Punkte gibt, über die man reden kann. Sie haben

aber die ganze Zeit über nur ausgeführt, wie wichtig das Thema sei und dass man Genossenschaften unterstützen und fördern müsse. Herr Bischoff hat wenigstens ein paar konkrete Punkte benannt. Bei Ihnen waren das ausschließlich Volksreden nach dem Motto: Das ist wichtig und wir müssen uns kümmern.

Ich hatte im Gespräch mit meinem Koalitionspartner einfach das Problem, nicht sagen zu können, worüber geredet werden soll. Da steht nichts in Ihrem Antrag drin. Wenn Sie sagen, es gäbe so viele konkrete Punkte, die man ändern könne, dann schreiben Sie das doch einfach auf und dann überweisen wir das an den Ausschuss. Einen Antrag zu schreiben, der nur beinhaltet, dass das wichtig sei und der Senat sich überlegen solle, wie das gefördert und unterstützt werden könne, weil Sie selber keine Idee dazu haben, erscheint mir bei einem Thema, das Ihnen so wichtig ist, ein bisschen wenig zu sein. Kommen Sie mit einem neuen Antrag, den können wir gern überweisen, aber in diesem steht wirklich nichts, worüber man ernsthaft reden könnte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion hat beantragt, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss zur Beratung zu überweisen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/5343 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 17 der Tagesordnung, Drucksache 19/5244, Senatsmitteilung: Ein Europapolitisches Jugendkonzept für Hamburg.

**[Senatsmitteilung:
Ein Europapolitisches Jugendkonzept für Hamburg
– Drs 19/5244 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Waldowsky, bitte.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang dieses Monats hat der Senat ein Europapolitisches Jugendkonzept vorgelegt und damit einen Arbeitsauftrag aufgegriffen, den CDU und GAL im Koaliti-

(Andreas Waldowsky)

onsvertrag vereinbart haben. Warum war es uns wichtig, ein solches Konzept ausarbeiten zu lassen und in dieser Legislaturperiode umsetzen zu können?

Wir haben dafür zwei Gründe. Zum einen fasziniert uns die Idee der Jugendpartizipation, die wir voranbringen wollen und die in diesem Konzept aufgegriffen worden ist. Politische Partizipation Jugendlicher ist uns wichtig. Im zweiten Quartal 2010 wird die Landeszentrale für politische Bildung ein Konzept zur Einrichtung von Jugendräten und Jugendparlamenten vorlegen. Wir haben einen Haushaltsantrag eingebracht; der Senat wird dafür Gelder zu Verfügung stellen.

Dass es uns auch in europapolitischer Hinsicht wichtig ist, zeigt die Abstimmung des Bundesrates vor zwei Wochen zu den europäischen Bürgerinitiativen. Mit den Stimmen Hamburgs wurde beschlossen, dass bei diesen seit dem Lissabon-Vertrag möglichen Initiativen Jugendliche ab 16 Jahren ein Stimmrecht haben werden. Das zeigt, dass wir die politische Partizipation von Jugendlichen sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der zweite Grund, warum wir dieses Konzept gefordert haben, ist die Motivation für Europa. Wir stehen vor dem Phänomen, dass Hamburg regelrecht in Europa aufgegangen ist, dass wir eine weltoffene Stadt sind und ein Großteil unserer Handelsbeziehungen in Europa abgewickelt werden. Rund drei Viertel des Exports gehen in europäische Länder und über die Hälfte des Imports kommt aus ihnen. Die Hamburgerinnen und Hamburger leben Europa ganz selbstverständlich.

Andererseits stellt sich Hamburg, wenn es darum geht, Europa politisch zu gestalten, bei jeder Europawahl ein Armutszeugnis aus. Hamburg hatte bei den letzten beiden Europawahlen jeweils die zweit-schlechteste Wahlbeteiligung; wir hatten diesbezüglich eine Anhörung im Europaausschuss. Uns erscheint es folgerichtig zu sagen, dass wir bei der Jugend ansetzen müssen. Wir wollen Europa für Jugendliche erlebbar machen, sie motivieren und den europäischen Gedanken in zukünftigen Generationen verankern.

Nun hat der Senat sein Jugendkonzept vorgelegt und dieses Konzept ist durchaus ehrgeizig. Es bilanziert, was bereits geleistet wird, ist aber auch ein Ausgangspunkt für neue Ideen und Initiativen. Daher ist es folgerichtig, es an den Europaausschuss zu überweisen, um Ideen aufzugreifen und vielleicht darüber hinaus noch Neues anzustoßen zu können.

Der Senat erkennt zu Recht sechs Handlungsfelder der Jugendarbeit: Bildung, Beschäftigung, gesellschaftliche Integration und Jugend in der Welt, Sport und Gesundheit, Kultur und Kreativität und politische Partizipation.

Im Bereich Bildung zeigt das Konzept, wie selbstverständlich Europa in der Bildungslandschaft und in unseren Schulen bereits angekommen ist, nicht nur in den Bildungsplänen und Unterrichtsmaterialien, der Lehrkräftefortbildung, sondern auch im Bereich der internationalen Kompetenzmessung, Stichwort PISA. Wir haben Sprachpässe und Sprachzertifikate. Die Bildungsgänge in Hamburg lassen sich mit anderen europäischen Bildungsgängen vergleichen und sind auf europäischem Niveau. Es gibt jede Menge individuelle Initiativen von Schulen mit europäischen Partnerschulen – Schüleraustausch ist etwas ganz Selbstverständliches geworden ist – und zusätzlich vielfältige institutionelle Schüleraustausche europäischer Programme. Wir haben in Hamburg Europa-Schulen und EU-Verantwortliche an den Schulen. Europa ist in den Schulen angekommen. Insofern ist das ein Bereich, in dem wir relativ gut aufgestellt sind.

Beim zweiten Bereich, inwieweit Europa für junge Menschen innerhalb ihrer Berufsausbildung greifbar ist, gibt es noch Handlungsbedarf. Wir haben zwar die europäischen Förderprogramme, ESF und das Grundtvig-Programm, wir haben auch ein von Europa finanziertes Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Letztendlich zeigt sich aber, dass wir für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht an allgemeinbildenden Schulen, sondern in der Berufsausbildung oder bereits im Beruf tätig sind, in dieser Hinsicht noch etwas machen müssen. Ich freue mich darauf, darüber im Ausschuss zu diskutieren und gemeinsam zu schauen, was wir dort erreichen können.

Zum dritten Bereich, gesellschaftliche Integration und Jugend in der Welt, sind die Antworten des Senats nicht immer ganz befriedigend. Es gibt eine ganze Reihe an Angeboten für Jugendliche, die in Europa aktiv werden wollen. Wir haben den jugendserver-hamburg.de und das Europa JUGEND Büro. Viele freie Träger der Jugendhilfe leisten eine beeindruckende Arbeit, die es Jugendlichen ermöglicht – meist nach ihrem Schulabschluss –, gen Europa oder in die Welt hinauszuziehen und dort ein halbes oder ein ganzes Jahr zu verbringen. Was aber ist mit den Jugendlichen, die sich nicht auf die Suche nach solchen Angeboten begeben und die diese Angebote auch nicht wahrnehmen? Wir sollten gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe überlegen, wie wir an diese Jugendlichen herankommen können, um ihnen zu zeigen, dass Europa nicht nur Abiturienten etwas bringt, sondern ein breites Angebot für alle bietet und dass jeder, wo immer er in Beruf oder Ausbildung auch stehen mag, davon profitiert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im vierten Bereich Sport und Gesundheit zeigt das Konzept, dass wir auf ein breites Netz intensiver Kontakte zwischen Jugendlichen aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern zurückgrei-

(Andreas Waldowsky)

fen können. Es gibt im Bereich Sport Wettkämpfe, Trainingslager und Jugendbegegnungen aller Art, die für viele Jugendliche der erste Kontakt mit Ausländern, mit Fremden sind. Bei solchen Sportveranstaltungen kann erlebt werden, wie anregend, belebend, aber vielleicht auch irritierend es ist, wenn viele Nationen zusammenkommen. Möglich wird dies durch das Engagement der Sportvereine und Trainer, der Jugendgruppenleiter und der Eltern, die solche Sportveranstaltungen oft erst dadurch ermöglichen, dass sie ihre Kinder begleiten oder Gäste aus dem Ausland aufnehmen, und natürlich durch viele engagierte Sportlehrer.

Ich glaube, in dem Bereich des Sports und der Jugend haben wir eine so breite Bürgerinitiative, die sehr viele Kontakte nach Europa trägt, dass wir uns dort als Staat, als Stadt auch erst einmal zurückziehen können und nicht verstärkt eingreifen müssen.

Anders sieht das im fünften Bereich aus, Kultur und Kreativität. Auch dort haben wir im Ausschuss noch eine ganze Menge Arbeit zu leisten, um ein bisschen Fleisch ranzubringen. Kulturaustausch wird wohl in begrenztem Maße von der Behörde für Kultur, Sport und Medien gefördert werden. Es wird auf ein Schülerprojekt zur Städtepartnerschaft Hamburg/Prag hingewiesen und es ist auch ein Projekt der Hamburger öffentlichen Bücherhallen auf den Weg gebracht worden, Internetforen anzuregen. Aber gerade in der kulturellen Jugendarbeit können wir noch ein ganzes Stück vorankommen.

Zur politischen Partizipation, dem sechsten Punkt, habe ich schon einiges gesagt. Ich möchte vielleicht noch darauf hinweisen, dass es auch dort eine Reihe von engagierten Jugendlichen gibt, zum Beispiel in der JEF, bei den Jungen Europäischen Föderalisten. Es wird der Europamarkt durchgeführt, wo sich gerade diese europapolitischen Jugendorganisationen einmal im Jahr auf dem Gänsemarkt präsentieren. Wir haben letztes Jahr ein Jugendparlament hier gehabt im Rahmen der BSSSC, deren Vorsitz Hamburg gerade hat. Zurzeit führt auch das Parlamentsforum Südliche Ostsee so ein Jugendparlament ein und ich hoffe, dass alle Hamburger Parteien sich daran beteiligen können und werden. Das nächste Treffen dieser Jugendlichen am Rande des Parlamentsforums Südliche Ostsee wird im März in Allenstein stattfinden und es ist vorgesehen, dass auf dieser traditionellen Parlamentarierkonferenz auch engagierte Jugendliche aus dem Kaliningrader Gebiet, aus dem nördlichen Polen und aus den drei nördlichen deutschen Bundesländern zusammenkommen.

Wir werden das Konzept also an den Ausschuss überweisen. Neben dem eben Genannten würden wir dort gerne auch noch über weitere wichtige Fragen sprechen, bei denen die Antworten noch nicht ganz so überzeugend sind. Die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die

europapolitische Bildungsarbeit haben wir noch nicht richtig berücksichtigt. Jemand mit familiären Wurzeln in Vietnam sieht den europäischen Gedanken und die EU sicherlich ganz anders als jemand mit familiären Wurzeln in der Türkei oder der Schweiz. Wir müssen uns also überlegen, wie wir auch Jugendlichen, die in anderen Kulturen verwurzelt sind, die Bedeutung des Europagedankens nahebringen.

Wir wollen, dass noch mehr Austauschprogramme, Freiwilligenprogramme durchgeführt und entsprechend beworben werden. Welche Konzepte können dafür entwickelt werden, damit es für Schulabgänger viel natürlicher wird, für ein Jahr ins Ausland zu gehen und dort wichtige Erfahrungen zu machen für sich selber, aber natürlich auch im Kontakt mit dem Ausland, mit den Fremden. Das halte ich für eine ganz wichtige Sache. Wir haben beobachten müssen, dass durch die Verkürzung der Gymnasialschulzeit der Austausch innerhalb des elften Schuljahres ganz stark zurückgegangen ist. Vielleicht sollten die Schüler, die jetzt nach G12 das Abitur machen, dieses eine gewonnene Jahr nutzen, um dann gleich einmal ins Ausland zu gehen.

Der Senat beziehungsweise das Landesinstitut wird in wenigen Tagen das Konzept "Europa in der Schule" vorlegen, ein Konzept, an dem schon sehr lange gearbeitet worden ist und auf das wir ganz gespannt warten. Dann werden wir noch einmal die Fragen aufgreifen müssen, ob Europa in der Schule hinreichend verankert ist und ob nicht vielleicht doch noch einiges zu optimieren ist.

Ein Letztes, was mir persönlich ganz wichtig ist, möchte ich noch ansprechen. Vielleicht können wir konzeptionell auch unsere europäischen Partnerstädte Prag, Marseille, St. Petersburg, vielleicht auch Dresden in dieses Jugendkonzept mit einbinden und gerade auch darauf einen inhaltlichen Schwerpunkt setzen, sodass die Kontakte zu den Städten, mit denen die Zusammenarbeit nicht so gut läuft – Marseille und Prag – im Rahmen dieses Jugendkonzepts noch einmal neu belebt werden.

Ich freue mich also auf eine hoffentlich anregende, vielleicht manchmal auch strittige Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Herr Präsident, meine verbliebenen Damen und Herren! Dieses uns vorgelegte Konzept ist der erste Aufschlag überhaupt eines Bundeslandes, eine europapolitische Strategie in einem Stadtstaat oder einem Staat zu verankern. Ziel dieses Konzepts ist es natürlich, die europäische Idee bei den Jugendlichen weiter zu

(Bettina Machaczek)

verankern und sie für die europäische Idee zu motivieren. Darin kann ich meinem Vorredner natürlich nur zustimmen. Wir wollen Wissen und Kompetenz stärken und die Partizipation weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Waldowsky hat schon gesagt – und darin sind wir uns einig –, dass wir alles versuchen und tun wollen, damit am Ende die Jugendlichen auch wissen, warum sie zum Beispiel zu einer Europawahl gehen sollen und warum Europa für sie persönlich wichtig ist, denn wir wollen natürlich auch, dass immer mehr Jugendliche in Hamburg begreifen, dass in Europa ihre Zukunft vielleicht eher liegt als in den engen Grenzen dieser schönen Stadt Hamburg und sie vielleicht ab und zu einmal über den Tellerrand schauen und sehen, was sich dort für Möglichkeiten auftun. Insofern ist es ganz klar, wir wollen Interesse an Europa wecken, Wissen und Kompetenz schaffen, Partizipation ermöglichen, und zwar für möglichst viele Jugendliche in dieser Stadt.

Europapolitische Jugendarbeit ist allerdings eine interdisziplinäre Arbeit. Insofern sind außer der Senatskanzlei, die federführend und koordinierend tätig ist, vor allem die Schulbehörde, die Behörde für Soziales, Familie und Gesundheit, die Wirtschaftsbehörde und die Kulturbehörde ganz besonders gefragt. Dies werden wir sicherlich im Ausschuss etwas näher beleuchten, denn nur wenn diese Behörden auch den Input leisten, den sie leisten können, werden wir mit diesem Konzept auch Erfolg haben.

Ein für uns sehr wichtiger Aspekt in diesem Jugendkonzept ist, dass es dazu beitragen soll, ein europäisches Bewusstsein, eine Identität Europa zu entwickeln. Dazu ist es eben wichtig, dass die verschiedenen Aktivitäten, die wir in dieser großen Stadt sowieso schon haben, noch besser miteinander verknüpft und an die Jugendlichen herangetragen werden. Bei der Umsetzung des Konzepts – Herr Waldowsky hat es schon gesagt und ich will es nur am Rande streifen – nimmt die schulische Bildung eine Schlüsselposition ein, weil wir gerade in der Schule an die meisten Kinder und Jugendlichen herankommen.

Auch das Konzept der Europaschule ist erwähnt worden, auf das ich nicht weiter eingehen möchte. Ich will nur sagen, es muss und wird unser Ziel sein, mehr von diesen Europaschulen in Hamburg aufzubauen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Oft gesagt und immer wieder betont ist es natürlich wichtig, dass wir die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt wettbewerbsfähig machen und halten und sie dabei unterstützen, damit sie in unserer internationalen Welt mithalten können. Dabei geht es nicht nur um Fremdsprachenkenntnisse, son-

dern auch um interkulturelle Fähigkeiten und die Möglichkeit, sich sehr viele Dinge schnell anzueignen. Ganz wichtig ist die Arbeit des Schüleraustausches, ein Thema, das wir im Ausschuss und insbesondere auch mit der Schulbehörde besprechen werden. Dabei stellt sich die Frage, wie wir die Jugendlichen trotz der vielen Anforderungen, die in der Schule an sie gestellt werden, darin unterstützen können, regelmäßig Schulaustausche zu machen, und zwar unabhängig von der Lust der Lehrer – das mag jetzt etwas polemisch klingen – oder der Schwierigkeit, eine Partnerschule zu finden. Ich weiß, dass es gerade mit Frankreich oft ein Problem ist, Partnerschulen zu finden, aber da müssen wir stärker nachhaken.

Meine Damen und Herren! Es ist schon angesprochen worden, dass uns die letzten Europawahlen sehr bedrückt haben, vor allem deshalb, weil so wenige in Hamburg zur Wahl gegangen sind. Das motiviert uns natürlich, dieses Konzept weiter voranzutreiben und aktiv zu sein, damit die Jugendlichen wissen, warum sie zur Wahl gehen und verstehen, warum und wie wir sie und vielleicht andere motivieren wollen. Ich möchte nur zwei Vorbilder nennen: Es gibt zum Beispiel die Europa-Union, die Jungen Europäischen Föderalisten, und es gibt die Initiative der Senatskanzlei, den Europamarkt, beides Organisationen, bei denen insbesondere die Jugendlichen selbst aufgefördert sind, sich aktiv einzubringen. Genau diesen Punkt hat bereits Herr Waldowsky angesprochen. Wir wollen einen regelmäßigen Austausch mit den Jugendlichen in Hamburg, den es bislang nur ansatzweise gibt. Wir werden im Ausschuss beraten, ob wir beispielsweise einen Runden Tisch einrichten sollten, um direkt mit den organisierten und vielleicht auch weniger organisierten Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, um sie bei der einen oder anderen Aktivität zu unterstützen.

Insofern sind wir dankbar, dass dieses Konzept jetzt vorliegt und freuen uns auf eine Ausschussberatung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das jetzt vom Senat vorgelegte europapolitische Jugendkonzept ist ein Anfang, unserer Meinung nach allerdings – das möchte ich gleich eingangs sagen – noch nicht viel mehr. Es war schon kein besonders gutes Vorgehen, die demokratischen Organisationen der Jugendverbände – ich denke insbesondere an den Landesjugendring und dessen Meinungsbildungsprozesse –, wie in diesem Fall geschehen, derart wenig mit einzubeziehen und zu berücksichtigen, und das bei dem Thema Partizipation.

(Gabi Dobusch)

Partizipation kann unseres Erachtens nicht heißen, dass sich die Senatskanzlei zum Beispiel routinemäßig mit ein paar Jugendlichen zusammensetzt, aber nicht, um deren Ideen aufzugreifen und diese in das eigene Konzept aufzunehmen, sondern vor allem, um womöglich gute Fotos für die eigene PR in dieser Sache zu haben. Diesen Eindruck nämlich bekamen wir von einigen Jugendlichen auf einer Veranstaltung des Landesjugendrings zu hören. Diese Veranstaltung ist vielleicht ebenfalls ein gutes Beispiel für das nicht ganz so geglückte Vorgehen in dieser Sache. Die Veranstaltung des Landesjugendrings fand nämlich einen Tag vor der Senatspressekonferenz zu dem Konzept am 2. Februar statt. Eingeladen waren Multiplikatoren der Jugendarbeit ebenso wie Vertreter der Bürgerschaft – des Europaausschusses – und auch EU-Abgeordnete. Auf dieser Veranstaltung wiederum wurde der Eindruck vermittelt, es ginge ernsthaft darum, die Anwesenden mit ihrem Expertenwissen in den Prozess der Meinungsbildung noch vor der abschließenden Konzeptpräsentation einzubeziehen. Aber die Ergebnisse konnten gar nicht mehr einfließen, denn so viel Nacharbeit traue ich der Behörde nun doch nicht zu. Zur allgemeinen Überraschung aller Beteiligten wurde aber bereits am nächsten Tag das fertige Konzept der Öffentlichkeit vorgestellt. Genau diese Art von Partizipation stellen wir uns nicht vor und Sie hoffentlich auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* und *Dora Heyenn*, beide *DIE LINKE*)

So demotiviert man ganz effizient die Menschen, die sich in einem Bereich engagieren, der seit Jahren von der Politik eher vernachlässigt wurde, aber auf das überaus große Engagement solcher Menschen angewiesen ist. Vielleicht erklärt dieses Vorgehen auch, zumindest im Nachhinein, warum an dieser Veranstaltung nur ein EU-Abgeordneter unserer Fraktion teilnahm und kein EU-Vertreter der Regierungsparteien.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Das lag an der schlechten Terminierung, das wissen Sie genau!)

Dem war vielleicht schon klar, was für eine Art von Veranstaltung das tatsächlich war und um wie viel Partizipation an dieser Veranstaltung es letztlich ging.

Meine Damen und Herren! Es ist gut, wenn die Senatskanzlei das direkte Gespräch mit Jugendlichen sucht und sich Anregungen holt. Es ist gut, wenn Fachleute ins Gespräch mit einbezogen werden, aber in jedem Fall ist es schlecht, die Gesprächspartner zur Legitimationskulisse zu degradieren. Das entspricht jedenfalls nicht unserem Verständnis von Partizipation.

Wenn es um Jugend und Europa geht, stehen wir vor großen Herausforderungen, was uns – darauf

wurde bereits hingewiesen – die Beteiligungszahlen der jungen Menschen an der Europawahl ganz deutlich gezeigt haben. Wenn es um Partizipation geht, sind die Herausforderungen ungleich größer; das sollte uns allen bewusst sein. Die größte Herausforderung besteht aber unseres Erachtens darin, nicht nur die selbstorganisierten Jugendlichen – Sie haben das schon erwähnt –, sondern auch die zahlreichen nicht organisierten Jugendlichen zu erreichen und mit einzubeziehen, und zwar nicht nur die Jugendlichen zum Beispiel aus dem Bildungsbürgertum, sondern auch die sozial schwächeren. Wie wollen wir das tun? Auf diese Frage brauchen wir eine Antwort und die lässt sich diesem Konzept des Senats noch nicht entnehmen. Die EU hat allen Mitgliedsstaaten ins Stammbuch geschrieben, den strukturierten Dialog mit der Jugend zu suchen. Das aber gilt für Mümmelmannsberg ebenso wie für Blankenese.

(Beifall bei der SPD)

Unseres Erachtens reichen die bisher vorgetragenen Ideen in diesem Konzept dafür nicht aus. Ich erwähne zum Beispiel den Leitfaden für den Europaunterricht in der Schule, der, soviel wir wissen, nach Jahren noch immer nicht fertiggestellt ist. Obendrein wird fast zeitgleich dem Europa-Jugendbüro in Altona, also dem Büro, das in allen Belangen der internationalen und insbesondere der europäischen Jugendarbeit wertvolle Dienste leistet, mitgeteilt, es müsse für 2011 mit einer Kürzung der Mittel in Höhe von etwa 15 000 Euro rechnen und das, obwohl sich der Senat in seinem Konzept ausdrücklich auf die gute Arbeit dieses Büros im Zusammenhang mit dem Fachkräfteaustausch und der Weiterbildung der Fachkräfte bezieht.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Können Sie nicht mal was Konstruktives sagen?)

Kürzung der Mittel einerseits, neues Konzept andererseits, das passt doch irgendwie nicht zusammen, das müssen Sie doch zugeben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Hans-Detlef Roock CDU*: Reden Sie den Antrag nicht kaputt, sonst wird er nicht überwiesen!)

Es war bereits die Rede davon, dass in Hamburg zum Beispiel aufgrund der Verkürzung der Gymnasialschulzeit die Teilnehmerzahlen beim Schüleraustausch rückläufig sind. An den Universitäten hat nach der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge die Beteiligung an europäischen Austauschsemestern abgenommen. Aufgrund der jeweils fälligen Kostenbeteiligung ist der Kreis derjenigen jungen Menschen, die von Austauschprogrammen profitieren können, wie man es auch dreht und wendet, bereits das Ergebnis eines sozialen Ausleseprozesses.

(Gabi Dobusch)

Das sind insgesamt Besorgnis erregende Entwicklungen. Dem Senat ist dazu nicht viel mehr eingefallen, als Prüfaufträge zu erteilen und Absichtserklärungen abzugeben. Darauf möchte ich nämlich auch hinweisen: Die Verbindlichkeit des Konzepts geht derzeit nicht einmal so weit, einen festen Zeitraum, konkrete Ziele oder gar eine Überprüfung des Konzepts anzukündigen. Das ist doch ein bisschen dünn.

Wir sind deshalb der Meinung, dass dieses Konzept tatsächlich noch ausführlicher im Ausschuss beraten werden sollte. Vielleicht gelingt es uns dort, dieses Konzept mit guten Ideen anzufüttern und dafür zu sorgen, dass wir in Hamburg tatsächlich eine Partizipation der Jugendlichen im europäischen Raum realisieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass bei diesem Thema die Leidenschaft nicht allzu groß ist. Da Frau Dobusch schon so vieles gesagt hat, was ich nicht noch einmal wiederholen möchte,

(*Rolf Harlinghausen CDU:* War ja auch nichts, würde ich auch nicht wiederholen!)

konzentriere ich mich auf einige wenige Punkte. Herr Kerstan hat vorhin völlig zu Recht kritisiert, dass Vieles im Antrag der SPD im Zusammenhang mit den Genossenschaften sehr allgemein gehalten war und Sie dies in der Debatte hätten konkretisieren müssen. Jetzt haben wir es mit einer Drucksache des Senats zur Frage des Europapolitischen Jugendkonzepts zu tun, das mindestens genauso allgemein gehalten und von einem ernst zu nehmenden Konzept weit entfernt ist.

(Beifall bei *Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, beide DIE LINKE* und *Gabi Dobusch SPD*)

Ich habe eher das Gefühl, dass mit sehr viel Copy- und Paste-Befehlen des Computer-Textprogramms irgendwelche Phrasen zusammengebastelt worden sind. Als Konzept kann man dieses Ergebnis jedenfalls nicht bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Auch wenn ich es vielleicht etwas konkreter als Herr Waldowsky formuliert hätte, gebe ich ihm Recht, wenn er sagt, bei diesem Konzept müsse noch viel nachgearbeitet werden. Das ist wahr. Die Senatskanzlei hat kein Konzept, noch nicht einmal eine gute Konzeptvorlage, sondern eine allgemeine Beschreibung, fast so etwas wie einen Schüleraufsatz abgeliefert.

Das passt leider zu der Situation, dass wir ein Problem mit der mangelnden Beteiligung junger Men-

schen in dieser Stadt nicht nur im Zusammenhang mit Europa, sondern auch mit vielen anderen Fragen haben. Aus diesem Grund sollten wir an erster Stelle noch einmal sachlich hier und auch im Ausschuss darüber diskutieren, wie wir die internationale Orientierung der Jugendlichen, die weit über Europa hinausgeht, stärker fördern können. Dabei geht es auch darum, die Internationalität dieser Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken. All das hat gar nicht so viel mit der EU als Institution zu tun, sondern damit, dass wir insgesamt eine stärkere internationale Ausrichtung brauchen.

Insofern möchte ich mich auch auf den von Frau Dobusch genannten Aspekt beziehen, nämlich den Migrationshintergrund vieler Jugendlicher. Diesen Aspekt, der eine zentrale Rolle spielen muss, hat die klassische Europapolitik bislang im Zusammenhang mit der internationalen Orientierung junger Menschen stark vernachlässigt.

Es gibt insgesamt viel zu tun für uns im Europaausschuss, um das alles nachzuarbeiten. Natürlich werden wir uns dort auch mit diesem kleinen Skandal am Rande, der Kürzung der Subventionen für das e.p.a.-Büro, befassen. Auf der letzten Sitzung des Europaausschusses hatten wir diesbezüglich nachgefragt, doch der Staatsrat hatte davon gar nichts gehört und wusste nichts dazu zu sagen. Daraufhin habe ich im e.p.a.-Büro, das in dieser Drucksache immerhin auch als eine der wichtigen Säulen dargestellt wird, angerufen und erfahren, dass deren Mittel tatsächlich um 10 Prozent gekürzt wurden. Das hätte der Staatsrat wissen müssen. Eine solche Lieblosigkeit gehört sich an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich junge Menschen an Hochschulen frage, was ihnen spontan zum Thema Europa einfällt, dann stehen die Chancen sehr gut, dass die Antwort lautet: Erasmus. Das ist nicht überraschend, denn das Erasmus-Programm hat seit seinem Start im Jahre 1997 2 Millionen europäischen Studierenden das Studium an Hochschulen in anderen Staaten Europas ermöglicht und mittlerweile nehmen rund 90 Prozent der europäischen Hochschulen an diesem Programm teil.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Senatorin, entschuldigen Sie bitte. Es ist auch hier oben ein bisschen schlecht zu verstehen. Ich weiß nicht, ob das an der Mikrofon-Anlage

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

liegt oder an einem sonstigen Geräuschpegel. Vielleicht sollten Sie das Mikrofon etwas näher an den Mund heranführen. Vielen Dank. – Bitte, Sie haben das Wort.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach (fortfahrend): Dieses Beispiel aus meinem Arbeitsbereich zeigt mir auch ganz deutlich, dass in dem Moment, in dem Europa ganz konkret auf die Bedürfnisse junger Menschen eingeht, wie hier auf den Wunsch nach Mobilität, und vor allen Dingen auch eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, Europa auch greifbar wird. Auf diesem Wege, nämlich über das Erlebnis Europa, über Auslandsaufenthalte, über den Kontakt zu anderen jungen Europäerinnen und Europäern entsteht dann auch europäische Identität. Genau darum geht es dem Senat bei dem Europapolitischen Jugendkonzept für Hamburg.

Wir wollen dazu beitragen, dass junge Menschen mehr von Europa haben und sich somit auch stärker mit Europa identifizieren. Damit setzen wir die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung um, nämlich die Jugendpartizipation zu stärken und Jugendliche an das Thema Europa heranzuführen. Als internationale Metropole wird Hamburg hiervon auch stark profitieren. Unser Ziel ist es, das Wissen junger Menschen über die Chancen in und mit Europa zu verbessern und die Teilhabe an europäischen Angelegenheiten zu erleichtern. Nur so lassen sich langfristig europäisches Bewusstsein und europäische Identität bei den jungen Menschen fördern und verankern. Für die weitere Entwicklung Europas ist dieser Ansatz ganz entscheidend. Das gilt ganz besonders für die Partizipation, wie heute bereits mehrere Redner erwähnt haben.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 lag die Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen in Hamburg bei gerade einmal 24 Prozent.

(Jan Quast SPD: Das wird ja jetzt besser, wenn Sie auch die Bezirke mitzählen!)

Damit war die Wahlbeteiligung zwar etwas höher als im Jahre 2004, aber dennoch viel zu niedrig und hier brauchen wir eine Trendwende. Schließlich gilt eine demokratische Grunderkenntnis auch für Europa: Wer sich einmischt und mitredet, fühlt sich auch zugehörig.

Ein weiteres Ziel ist es, die europäische Jugendpolitik stärker mit anderen Politikbereichen zu vernetzen. Das Konzept dazu wurde unter Federführung der Senatskanzlei gemeinsam mit den betroffenen Fachbehörden – dazu zählt auch meine Behörde – erarbeitet. Diese intensive Zusammenarbeit der Behörden wollen wir auch bei der Umsetzung dieses Konzepts fortsetzen. Inhaltlich verfolgt das Konzept einen umfassenden Ansatz, der sich an den Bedürfnissen Jugendlicher orientiert. Herr

Waldowsky hat die sechs Handlungsfelder schon geschildert, sodass ich auf diese jetzt nicht im Einzelnen eingehen möchte. Das Konzept spiegelt somit auch europäische Maßnahmen wie die neue Jugendstrategie wider und nimmt die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Europabil- dung in der Schule auf. Mit dem Europakonzept liegt erstmals eine Gesamtschau über die für die europapolitische Jugendarbeit relevanten Maßnahmen und Instrumente des Hamburger Senats vor. Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen dazu einige Beispiele nenne.

Im Bereich Bildung will der Senat darauf hinwirken, dass mehr Schulen in Hamburg den Titel Europaschule erwerben. Weshalb ist das so wichtig? Ziel der Europaschulen ist es, die Schüler umfassend über ihre Möglichkeiten und Rechte als aktive Bürgerinnen und Bürger der EU zu informieren, ihnen aber auch fundierte Sprachkenntnisse zu vermitteln. Von beidem können junge Menschen nur profitieren. Im Sinne der norddeutschen Kooperation fördert der Senat zusätzlich die Vernetzung der Hamburger Europaschulen mit den Europaschulen in Schleswig-Holstein. Hier können und sollen sich die Schulen länderübergreifend über Erfahrungen und Projekte austauschen.

Darüber hinaus möchte der Senat die EU-Schulpartnerschaften im Ostseeraum weiter ausbauen. Zur Verwirklichung dieses Ziels arbeiten Hamburg und das Auswärtige Amt im Rahmen der Koordination des Bereichs Bildung der EU-Ostseestrategie zusammen. Zudem wird der Senat die Nutzung von EU-Fördermitteln im Interesse junger Menschen steigern. Angestrebt wird unter anderem, die Zahl der Hamburger Schulen, die im Rahmen des Comenius-Programms gemeinsame Projekte mit Schulen im EU-Ausland durchführen, ebenfalls zu steigern. Der Senat wird dafür intensiv werben und auch darüber umfassend informieren.

Weiter plant der Senat, die Kommunikation mit Jugendlichen und Jugendverbänden zu verbessern. Die Sozialbehörde prüft daher die Einrichtung eines zentralen EU-Jugendportals im Internet, um junge Menschen über Stipendien, Austausche, Projekte sowie europapolitische Aktivitäten in Hamburg zu informieren.

Entscheidend bei all seinen Bemühungen ist für den Senat aber der Bereich Partizipation. Jugendliche sollen ebenso wie Organisationen der Jugendarbeit und die Jugendverbände bei der Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Konzepts mitwirken. Bereits in der Entwicklungsphase des Konzepts waren Jugendliche und an der Europapolitik interessierte Organisationen einbezogen; das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dieser Prozess der Partizipation wird und muss auch fortgeführt werden. Die EU will im sogenann-

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

ten strukturierten Dialog eine Brücke zwischen den Jugendlichen Europas und den Institutionen schaffen. Aber ohne die regionale Ebene ist dies nicht möglich. Mit dem europapolitischen Jugendkonzept schafft der Senat die ersten Voraussetzungen, damit Brüssel näher an Hamburgs junge Menschen heranrückt. Dies geschieht zum Beispiel durch die Etablierung einer regelmäßigen Zusammenarbeit von europapolitisch interessierten Jugendlichen und Organisationen der Jugendarbeit mit den Behörden am Runden Tisch, aber auch auf Jugendkonferenzen, die sich mit den Themen der EU-Jugendstrategie beschäftigen.

Dieser so notwendige Dialog darf sich aber nicht in der Veranstaltung von Konferenzen erschöpfen. Vielmehr müssen wir die jungen Menschen ernst nehmen und ihren Forderungen ein echtes Forum bieten. Der Senat wird deshalb darauf hinwirken, dass die Ergebnisse dieser Jugendkonferenzen auch in den europäischen Institutionen als wichtige Beiträge wahrgenommen werden. Wir nehmen damit auch den Europäischen Rat beim Wort, der in seiner Entschließung zur EU-Jugendstrategie ausdrücklich das Empowerment von jungen Menschen fordert. Umso mehr freue ich mich, dass Hamburgs Europapolitikerinnen und Europapolitiker aktiv am Europamarkt am 24. April teilnehmen und dabei besonders für Gespräche mit jungen Menschen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky GAL*)

Meine Damen und Herren! Hamburg ist meines Wissens das einzige Land, das Jugend- und Europapolitik in dieser Weise zusammenführt. Ich bin sicher, dass wir damit auch, um an den Anfang meiner Rede anzuknüpfen, das eine oder andere positive Erlebnis Europa bei den jungen Menschen erzeugen können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident! Einiges von dem, was Frau Dobusch gesagt hat, kann ich so nicht stehenlassen und möchte es richtigstellen. Dieser hohe Ton der Entrüstung ist falsch, er ist inhaltlich falsch und zeigt auch, wo die Grenzen Ihrer fachlichen Kompetenz sind.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Selbstgerechtigkeit ist bei diesem Thema nämlich völlig unangebracht. Es ist erstmalig, dass eine Landesregierung so ein Konzept aufgestellt hat.

Zum anderen können Sie bei vielen dieser aufgeworfenen Fragestellungen nicht erwarten, dass der

Senat schon antworten kann, denn er hat auch nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern ist es richtig, Leerstellen aufzuzeigen, und dann werden wir sehen, wie wir dort Antworten finden.

Ein kleiner Verweis zum Thema Jugendpartizipation: Es ist die GAL, die bislang in dieser Legislaturperiode als einzige Anträge zur Förderung von Jugendpartizipation gestellt hat.

(*Günter Frank SPD:* Das ist falsch! – *Carola Veit SPD:* Das war der Sachstand!)

EU-Abgeordnete: Es ist richtig, dass bei der Veranstaltung des Landesjugendrings Knut Fleckenstein für die SPD da war. Warum waren die anderen Abgeordneten nicht dabei? Weil Sitzungswoche im EU-Parlament war und nicht, weil sie Desinteresse an dieser Veranstaltung hatten. Es war den Veranstaltern frühzeitig mitgeteilt worden, dass die Abgeordneten nicht konnten. Dass Herr Fleckenstein es möglich gemacht hat, ist schön und ehrenwert, aber zu unterstellen, dass dort die Arbeit des Landesjugendrings ganz bewusst mit Füßen getreten worden ist von den anderen Parlamentariern, ist falsch.

Übrigens, unser Abgeordneter Jan Philipp Albrecht ist 26, ich glaube, das ist wirklich gelebte Jugendpartizipation.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte die Abgeordneten der SPD in dem Alter sehen, die machen nämlich noch die Ochsentour durch die Kreisverbände.

Außerdem haben Sie bei der Veranstaltung des Landesjugendrings am 1. Februar einiges durcheinander bekommen. Diese Veranstaltung war keine Veranstaltung des Senats, um diesen Trägern der freien Jugendarbeit vorzugaukeln, sie dürften jetzt Einfluss nehmen auf das Konzept. Das Konzept war den Trägern seit dem Spätsommer letzten Jahres bekannt, sie waren längst dazu angehört worden. Hier das Märchen zu erzählen, dass sie politisch naiv dorthin gegangen wären und dachten, sie würden jetzt angehört und am nächsten Tag würde die Pressekonferenz folgen, ist einfach Unfug. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Frau Dobusch hat das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Keine Angst, ich mache das total kurz.

Herr Waldowsky, ich stimme Ihnen völlig zu, dieser Senat hat die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen, ich bin ganz Ihrer Meinung.

(Gabi Dobusch)

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: War das lustig!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/5244 an den Europaausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 35 auf, Drucksache 19/5320, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Refinanzierung des Tarifabschlusses zur Entgeltordnung und zum Gesundheitsschutz im Sozial- und Erziehungsdienst.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Refinanzierung des Tarifabschlusses zur Entgeltordnung und zum Gesundheitsschutz im Sozial- und Erziehungsdienst – Drs 19/5320 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5486 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Gute Arbeit in der frühen Bildung hat Voraussetzungen: Anständige Gehälter für die Beschäftigten und vernünftige Gruppengrößen in den Kitas! – Drs 19/5486 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass in Hamburg immer noch über die im letzten Jahr bundesweit vereinbarte Entgeltordnung für Sozial- und Erziehungsdienste verhandelt wird und vor allem die jungen Beschäftigten in den Hamburger Kitas auf ihre Lohnerhöhung warten müssen. In allen angrenzenden Bundesländern gilt dieser Tarifvertrag seit November 2009.

Ich bin auch empört, dass in der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, die zu 51 Prozent der Hansestadt gehört, jetzt auch noch mit Verweis auf künftig zu zahlende Lohnerhöhungen die durchschnittlichen Personalwochenstunden pro Kind von 4,17 auf vier Stunden heruntergesetzt werden. Dies hat die Geschäftsführung der Vereinigung für ihre Kitas veranlasst.

Diese beiden Punkte hat der Landeselternausschuss in einer Pressemitteilung am 22. Februar kritisiert und dies sind auch die Punkte, die in unserem Antrag und im Antrag der SPD zu Recht kri-

tisiert werden. Das heißt, eine Kita mit 100 Kindern verzichtet auf 17 Personalwochenstunden, weil demnächst der Lohn der Beschäftigten erhöht wird. Dies bedeutet eine weitere Verschlechterung der Qualität der Arbeit und das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Kita-Bereich ist schon auf andere Weise genügend von den Kürzungen betroffen,

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Das stimmt doch gar nicht!)

um mindestens 75 Millionen Euro, wenn wir uns die Pressemitteilung des Senats vom 27. November 2009 ansehen.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Das war von 1999! – *Carola Veit SPD*: Nein, das war von jetzt!)

Verschobene Maßnahmen sind hier nicht eingerechnet. Dabei ließ Senator Wersich mehrfach verlauten, dass außerhalb dieser Kürzungen, die wir ablehnen, die Absenkung der Qualitätskosten vermieden werden sollte. Die Folge solcher Politik ist, dass es für eine große Anzahl vor allem junger Erzieher und Erzieherinnen attraktiv erscheint, ins Umland abzuwandern.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, wie es dazu gekommen ist. Im Sommer letzten Jahres haben die Angestellten der Sozial- und Erziehungsdienste gestreikt für einen besseren Gesundheitsschutz und für eine neue Eingruppierung. Wie Sie sich erinnern, fand direkt vor unserer Haustür eine Kundgebung statt, bei der bessere Arbeitsbedingungen und eine neue Eingruppierung gefordert wurden. Am 25. und 26. Mai streikten die Erzieherinnen und Erzieher, um den Senat und ihren Arbeitgeber zu warnen. Anfang Juni fanden erneut Streiks und Demonstrationen statt. Einen Monat später organisierte das Kita-Bündnis, dem der Landeselternausschuss, ver.di, GEW und andere Initiativen angehören, weitere Kundgebungen. Gefordert wurde zu Recht die Refinanzierung des Tarifvertrages.

Sie merken, wie hartnäckig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Kampf um ihre Rechte sein können und müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher will ich auch ein großes Lob an die Beschäftigten aussprechen.

Nun wurde am 27. Juli 2009 bundesweit eine Einigung im Tarifstreit erzielt. Ein Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz wurde abgeschlossen und eine neue Entgeltordnung ausgearbeitet. Dieses Ergebnis wurde von den Gewerkschaften ver.di und GEW angenommen. Seit dem 1. November gilt dieser Tarifvertrag in allen Bundesländern, nur in Hamburg wird weiterhin über einen Anschlussarif-

(Mehmet Yildiz)

vertrag verhandelt. Der Grund: Das Kita-Gut-schein-System, das wir seit Jahren kritisieren.

(Zuruf von der CDU: Das funktioniert aber!)

Den Hintergrund bildet die Behauptung des Arbeitgeberverbandes, eine bessere Eingruppierung von Erzieherinnen bringe sogenannte Wettbewerbsnachteile mit sich. Laut deren Berechnung kostete der Tarifabschluss 4,6 Millionen Euro. Deshalb veranlasste die Geschäftsführung der Vereinigung, die durchschnittliche Wochenstundenzahl pro Kind zu kürzen. Als Alternative wird vorgeschlagen, mehr Kinder bei gleichbleibender Personalfrequenz aufzunehmen. Dies ist nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Ausbleiben der Refinanzierung hat bereits jetzt dazu geführt, dass die Vereinigung und die Träger Kürzungen bei der Personal- und Stundenzahl vorgenommen haben; dies auf Kosten unserer Kinder. Benachteiligt werden auch Erzieher und Erzieherinnen, denn deren Lage ist prekär, weil viele, vor allem teilzeitbeschäftigte Erzieherinnen und Erzieher, ihre Gehälter durch Arbeitslosengeld II aufstocken müssen und dringend diese Lohnerhöhungen brauchen.

Aus diesem Grund ist eine Einigung zwischen dem Träger und den Gewerkschaften dringend notwendig. Dazu bedarf es einer ausreichenden Refinanzierung und der Übernahme aller Regelungen des Tarifabschlusses aus dem Jahre 2009 durch den Senat.

Ich fordere daher den Senat auf, für die Tarifabschlüsse eine Kostenzusage zu geben. Hier wird an der falschen Stelle gespart. Während der Umzug des Bezirksamts Hamburg-Mitte von der Steinstraße in die HafenCity Hamburgerinnen und Hamburger 3 bis 4 Millionen Euro jährlich kosten wird

(Stephan Müller CDU: Elbphilharmonie nicht vergessen!)

– das kommt noch –, um den Investoren die HafenCity attraktiv zu machen, verschlingen Projekte wie die U4 oder die Elbphilharmonie die finanziellen Mittel der Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Arno Münster SPD)

Allein der Verzicht auf den Umzug des Bezirksamtes in die HafenCity, wo die Preise für die Miete doppelt so hoch sind, würde fast die finanziellen Mittel für die Refinanzierung bereitstellen.

Darüber hinaus halten wir solche Kürzungen für unproduktiv, denn wer im Bereich frühkindlicher Bildung spart, wird früher oder später von den Folgekosten eingeholt. Ausreichende und gute Betreuungsangebote kann es jedoch nur geben, wenn der Senat die Personalkosten refinanziert und die Leistungsentgelte entsprechend erhöht.

Noch etwas zum Antrag der SPD-Kollegen: Ihr Antrag ist mit unserem Antrag inhaltlich identisch, in einigen Punkten auch ganz konkret. Ich freue mich, dass Sie in dem Bereich auch etwas machen und in die Hufe gekommen sind.

In diesem Sinne appelliere ich an den Senat, dass er seine Haltung gegenüber dem Träger ändert und zusagt, dass die Kosten übernommen werden, damit die Kolleginnen und Kollegen besser für ihre verdienstvolle Arbeit entlohnt werden.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Wir würden uns genauso wie die SPD freuen, wenn dieser Antrag im Kinder- und Jugendausschuss behandelt würde, denn dies ist ein sehr wichtiges Thema. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir uns etwas beeilen, werden wir es schaffen, die zweite Hälfte des Fußballspiels zu sehen.

Herr Yildiz, ich spare mir einfach einmal, auf Ihren Wortbeitrag einzugehen, weil Sie wirklich ein hoffnungsloser Fall sind. Ich weiß nicht, wie Sie es immer wieder schaffen, von Kürzungen im Kita-Bereich zu sprechen. Wenn Sie den Haushaltsplan aufschlagen, stehen dort eindeutige Zahlen und die kann man nicht falsch interpretieren, aber Sie scheinen es immer wieder zu können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Anders als Sie werde ich jetzt keinen Querschnitt durch die gesamte Politik machen, sondern versuchen, mich dieser Thematik sachlich zu nähern.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das wird Ihnen aber schwerfallen!)

– Frau Schneider, ich habe Sie heute noch gar nicht wahrgenommen, sehr schön, dass Sie da sind, da freue ich mich.

Seit dem 1. Januar 2010 gilt der Landesrahmenvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Hier sind pauschalisierte Leistungsentgelte für Personal- und Sachkosten enthalten. Im Landesrahmenvertrag gibt es eine Entgeltfortschreibungsvereinbarung, die seinerzeit von allen Verhandlungspartnern akzeptiert und unterschrieben wurde. Die Fortschreibung der Leistungsentgelte basiert künftig beim Personal auf der Entwicklung der Hamburger Arbeitnehmerentgelte im Bereich öffentliche und private Dienstleister. Das heißt, die Träger waren sich einig, Kostensteigerungen hierüber refinanzieren zu können, dafür haben sie auch unterschrieben. Frau Veit, das ist so.

(Stephan Müller)

Die Teilentgelte für Sachkosten und Personalkosten, das kommt noch dazu, sind also gegenseitig deckungsfähig, das heißt, dass man Kostensteigerungen möglicherweise hierüber flexibel deckeln kann.

Zur Standardabsenkung, die Sie wie eine Monstranz vor sich halten und sagen, hier werde der Schlüssel heruntergefahren, haben Sie aber nur die halbe Wahrheit gesagt. Die Wahrheit ist nämlich, dass die Vereinigung bisher, vielleicht auch, weil sie gut gewirtschaftet hat, in der Lage war, diesen Standard überzuerfüllen und ihn jetzt wieder auf die vertragliche Regelung von 100 Prozent zurückfährt, also was alle unterschrieben, was alle für ausreichend und gut empfunden haben. Insofern ist das nur eine Angleichung oder, wenn man es anders nennen möchte,

(Carola Veit SPD: Eine Standardabsenkung!)

war die Vereinigung mit einem kleinen Wettbewerbsvorteil schon vorher ausgestattet. Das ist in der Tat wieder zurückgefahren worden.

Deshalb kann man doch nicht von unsozialen Kürzungen sprechen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Es ist doch eine Verschlechterung!)

– Herr Hackbusch, netto ist es natürlich ein Zurückfahren, wenn man eine Leistung übererfüllt hat, da haben Sie recht. Wenn man diese nicht mehr finanzieren kann und auf ein Niveau bringt, das alle trotzdem für gut befinden, dann ist doch wohl dem Genüge getan.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Woher haben Sie die Informationen?)

Ich verstehe Ihre Aufregung nicht, die ist wie immer künstlich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb kann man doch nicht davon sprechen, dass der Senat eine Verschlechterung akzeptieren würde, wenn dieses vorher von allen akzeptiert wurde.

Ich muss etwas schmunzeln, denn es macht schon einen merkwürdigen Eindruck, wenn die Gewerkschaft einen Arbeitskampf durchführt und dabei durchaus berechnete Anliegen der Mitarbeiter erkämpft und sich dann hinterher Sorgen darüber macht, ob der Arbeitgeber dies auch leisten kann, ob er dies überhaupt finanzieren kann. In diesem Fall geht es den Trägern wie jedem anderen Arbeitgeber auch, egal in welcher Branche, bei einer tariflichen Auseinandersetzung. Sie werden sich Gedanken machen müssen, wie sie dies finanzieren können.

Grundsätzlich kann man sagen, dass im Kita-Gutschein-System für die tariflichen Steigerungen Vor-

sorge getroffen wurde. Sie als Links-Partei sind so ehrlich, das Kita-Gutschein-System grundsätzlich abzulehnen. Frau Blömeke sagt dies auch immer wieder, aber hier werden Sie bei der SPD keine Zustimmung finden, denn die finden dieses System im Prinzip richtig. Es ist eine systematische Frage in diesem Fall, man kann dies nur über Leistungsentgelte regeln. Deswegen ist es ganz klar, dass nicht jeder veränderte Kostenfaktor hier auch 1:1 dargestellt werden kann.

Wenn diese Träger, sprich Arbeitgeber, das so akzeptiert haben und Kostensteigerungen für refinanzierbar halten, dann sollten wir als Legislative auch die Tarifautonomie akzeptieren und den Verhandlungspartnern eine Einigung im Sinne der Mitarbeiter und der Familien zutrauen.

Jetzt komme ich zur Neufassung des Antrags der SPD. Herr Yildiz, Sie haben recht, der erste unterschied sich überhaupt nicht von Ihrem Antrag, es war im Kern genau das, was Sie auch gefordert haben. Jetzt habe ich die Neufassung vorliegen, sie ist ein wenig in der Vorbemerkung umgeschrieben und ergänzt um ein Berichtersuchen. Sie werden es sicherlich erraten, wir werden allen Anträgen nicht zustimmen können, deshalb tut es mir an dieser Stelle leid.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Veit.

Carola Veit SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gestern schon in der Debatte eindrucksvoll erlebt, dass gute Anträge dann besonders trotzig behandelt werden, wenn man Ihnen erklärt, warum Sie schlechte Politik machen. Gestern fehlte eigentlich nur noch das trotzige Aufstampfen mit dem Fuß.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Weil Sie schlechte Anträge stellen!)

Herr Müller sagte schon, dass nicht einmal überwiesen, sondern abgelehnt wird. Ich werde mir trotzdem noch einmal die Mühe machen, für unser Anliegen zu werben und das auch sachlich zu tun.

Wir reden über ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie sehr Sonntagsreden und Realität bisweilen auseinanderklaffen können. In den Sonntagsreden werden alle nicht müde zu betonen, wie wichtig die frühkindliche Bildung ist. Montags in der Kita müssen dann die Gruppen vergrößert werden, weil der Senat absichtlich, man könnte auch sagen vorsätzlich, die Hamburger Kitas unterversorgt. Die Sparvorgabe ist klar, sie steht nicht im Haushaltsbeschluss, weil die Haushaltsklausur vom Senat danach war, das steht nicht im Haushaltsplan. Aber 65 Millionen Euro strukturell weniger in den Hamburger Kitas sind gesetzt und darüber wird auch verhandelt zwischen den Kitaanbietern und

(Carola Veit)

dem Senat. Das ist natürlich eine Einsparung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das Prinzip der Kita-Finanzierung ist etwas ungewöhnlich, aber trotzdem recht einfach; ich rücke das einmal etwas gerade. Der Senat schließt mit allen Anbietern im Kita-Gutschein-System einen Rahmenvertrag darüber ab, wie viel Geld die Träger für die Betreuung eines Kindes bekommen. Hier gibt es drei Töpfe: Gebäude, Sachkosten und Personal, das sind pauschalierte Sätze. Mit dem Geld muss der Träger dann auskommen und wirtschaften. So weit, so gut, das haben wir gemeinsam so gewollt. Wenn nun aber die Miete oder die Energiekosten steigen oder der Tarifvertrag der Mitarbeiterinnen geändert wird, dann reicht der einmal kalkulierte Satz nicht mehr aus und die Kita müsste draufzahlen. Das kann sie aber nicht, denn woher sollte das Geld kommen, Herr Müller? Also macht der Träger in der Tat das, was ein Wirtschaftsunternehmen auch täte, sparen und rationalisieren. Nur sind in den Kitas die einzigen Stellschrauben die Gruppengröße und die Erzieher-Kind-Relation.

(Stephan Müller CDU: Die festgelegt sind!)

Miete, Strom und Heizung darf ich nicht sparen, weil zum Glück festgeschrieben ist, wie viele Kinder ich pro Quadratmeter unterbringen darf; also keine Deckungsfähigkeit. Aber ich spare natürlich Löhne und Gehälter, wenn jede Erzieherin mehr Kinder betreut und das auch noch in möglichst großen Gruppen.

Die städtische Vereinigung hat tatsächlich schon im vorausseilenden Gehorsam auf die Umsetzung der Tarifeinigung den Personalschlüssel in ihren Kitas abgesenkt. Im Gegenzug hat dann allerdings der neue Geschäftsführer der Vereinigung, Herr Krämer – das ist der mit der Tantiemenregelung –, sich schon selbst eine neue Sekretariatsstelle genehmigt. Das ist übrigens die Stelle, die sein Vorgänger abgeschafft hatte, als es zuletzt darum ging, finanzielle Einschnitte des Senats abzuwehren.

Aber solche Leute stellen Sie und Staatsrätin Kempfert, die leider, genauso wie Herr Wersich, nicht da ist, als Aufsichtsratsvorsitzende ganz bewusst ein. Wo es Ihnen hier noch um die Kinder und die Qualität in den Kitas geht, das bleibt eine offene Frage.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Jedenfalls ist es der falsche Weg, wenn wir auf gute Betreuung oder gar frühkindliche Bildung Wert legen. Wie der Senat hier denkt, hat uns gestern erneut Herr Senator Steffen vorgeführt. Er hat viel gesprochen über Hamburger Kitas, aber immer nur von Quantität und Masse.

Wir müssen nicht ernsthaft darüber reden, ob Erzieherinnengehälter auskömmlich sind. In den öffentlichen Diskussionen, die es seit Monaten darüber gibt, habe ich keine einzige Stimme gehört, die ernsthaft sagt, dass hier angemessen bezahlt wird.

In Hamburg ist die Situation wegen des Gutscheinsystems besonders prekär; das haben wir gestern schon in der Gleichstellungsdebatte besprochen. Vollzeitarbeitsplätze gibt es nicht einmal mehr zu zwei Dritteln in den Hamburger Kitas. Erzieherinnen sind nicht selten Aufstockerinnen und wer mit Mitte 60 in Rente geht, hat häufig noch Anspruch auf Wohngeld, nachdem er ein Berufsleben lang auf Knien durch die Kita gerobbt ist. Das ist doch nicht angemessen für die Menschen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

denen wir unsere Kinder in ihren wichtigsten Lebensjahren anvertrauen. Deshalb gehört der Tarifabschluss aus dem letzten Sommer refinanziert.

Herr Müller, dazu muss es dann eben eine Anpassung bei den Leistungsentgelten im Landesrahmenvertrag geben, so einfach ist das.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Heute haben sich ver.di und die AWO Hamburg auf einen neuen Tarifvertrag für den AWO-Landesverband Hamburg geeinigt. In der gemeinsamen Pressemitteilung heißt es:

"Deutlich wurde in den Verhandlungen, dass die Refinanzierung sozialer Dienstleistungen – insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit – nicht ausreicht."

Ver.di und AWO appellieren gemeinsam an den Senator, damit ist Herr Wersich gemeint:

"Ein Tariflohn darf kein Konkurrenznachteil sein – gute Arbeit braucht guten Lohn. Beschäftigte, Träger, aber auch die Eltern wollen gute Qualität zu fairen Preisen. Die gibt es aber nicht zum Nulltarif."

– Zitatende.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Tatsache, Herr Yildiz hat es angesprochen, dass im Umland der Tarifabschluss umgesetzt worden ist. Die Bedingungen in Pinneberg und Ahrensburg sind attraktiver für Erzieherinnen. Auch dort werden gute Kräfte gesucht und so gibt es bereits die ersten Abwanderungsbewegungen und das ist schlecht.

(Stephan Müller CDU: Eine Mär!)

Herr Müller, meine Damen und Herren! In einem zwar teuren, aber gewiss richtigen Kraftakt haben sich die Fraktionen darauf verständigt, die Situati-

(Carola Veit)

on an unseren Schulen künftig noch einmal ein gutes Stück zu verbessern. Angeblich kostet das 25 Millionen Euro im Jahr, nur für die Verbesserung zusätzlich zu dem, was Frau Senatorin Goetsch für kleinere Klassen in Primarschulen ohnehin schon vorgesehen hatte.

Dass den Lehrerinnen und Lehrern nach jeder Tarifverhandlung die Bezüge angepasst werden, hat auch noch nie jemand infrage gestellt. Bei den Kita-Beschäftigten wollen Sie aber genau das tun. Sie stellen die Kita-Träger letztlich vor die Alternative, ihre Beschäftigten unter Tarif zu bezahlen oder die Personalwochenstunden zu kürzen und damit die Qualität zu verschlechtern. Das ist eine grobe Missachtung der Interessen unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus, Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, alle **DIE LINKE**)

Wir können überall im Leben beobachten, dass es günstiger ist, früh einzugreifen. Wenn eine Straße Risse hat, repariert man sie besser gleich, statt auf gefährliche Schlaglöcher und eine vielfach teurere Reparatur zu warten. Bei einer Krankheit, Herr Müller, geht man besser gleich zum Arzt und wartet nicht, bis sie chronisch wird. Und bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden kümmert man sich besser auch so früh wie möglich; das wissen eigentlich auch alle Jugendpolitiker hier im Hause. Ich sage es aber noch einmal ganz platt auch für die Finanzleute: Wer in der Kita richtig sprechen lernt, braucht keine teure Sprachförderung in der Schule. Was man an preiswerten Erzieherstunden in den Kitas investiert, um unsere Kinder individuell zu fördern, und zwar alle Kinder und nicht nur die von Berufstätigen, braucht man später nicht für weitaus teurere Lehrerstunden an den Schulen auszugeben. Sie tun doch immer so, als verstünden Sie viel von Wirtschaft, dann handeln Sie doch auch so.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss zu unserem Zusatzantrag. Es ist nett, Herr Yildiz, dass Sie uns loben, dass wir in Bewegung kommen. Das klingt beinahe so, als hätten Sie eigentlich auf unseren Antrag gewartet.

Der Schwerpunkt in unserem Antrag ist schon ein bisschen anders. Wir fanden es wichtig zu betonen, dass hier kein Spielraum mehr ist, weil es um die frühkindliche Bildung und deren Qualität geht, und das deutlich zu machen, ist meiner Fraktion sehr wichtig. Die Links-Fraktion hat sich in ihrem ansonsten durchaus richtigen Petition unseres Erachtens zu einseitig nur mit der Vereinigung beschäftigt. Uns geht es aber um alle Kita-Träger, nicht nur die in der AVH, für die wir wollen, dass es gute pädagogische und erzieherische Arbeit gibt und damit gute Bedingungen.

Außerdem, Herr Yildiz, muss der Senat schon konkret aufgefordert werden, was er machen soll. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass so etwas sonst im Sande verläuft. Anträge müssen schon klar formuliert sein und wir fanden es auch richtig, einen Termin zu setzen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist eine schwierige Debatte, weil man viele Dinge vermischen kann, die nichts miteinander zu tun haben.

Man kann über den ewigen Wiedergänger des Umzugs des Bezirksamts Hamburg-Mitte ins Überseequartier einsteigen oder damit enden. Man kann aber auch die Verschiebung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, was ein Teil der Haushaltskonsolidierung ist, und die Einsparungen, die sich dadurch ergeben, mit hineinbringen in diese Debatte. Beides hat mit dem Thema, das Sie heute angemeldet haben, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei *Michael Gwosdz GAL*)

Es gibt auch keine pauschale Kürzung der Personalwochenstunden, denn genau das macht diese pauschalierte Entgeltregelung beim Kita-Gutschein-System aus, dass es keine zentrale Steuerung gibt. Es gibt viele Kitas, die überversorgt waren,

(*Carola Veit SPD:* Echt, können wir da mal eine Liste haben?)

und die kommen jetzt auf den hundertprozentigen Standard, der sein muss. Wenn er darunter fällt, dann wird der Senat auch wieder eingreifen, aber an dem Punkt sind wir nicht. Man muss sich noch einmal deutlich machen, dass das Entgelt sich aus drei Teilentgelten zusammensetzt, Personal, Sachkosten und Gebäudekosten.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Möller, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Müller?

Antje Möller (fortfahrend): – Nein, gestatte ich nicht.

Das heißt also, die Personalkosten sind ein Teil des Problems. Tatsächlich ist es so, das haben Frau Veit und die anderen Vorredner deutlich gemacht, dass es ein großes Problem im Lohnbereich für Erzieherinnen und Erzieher, für Helferinnen und Helfer in den Kitas gibt. Sie werden schlecht bezahlt und kämpfen zu Recht für besse-

(Antje Möller)

re Löhne, aber das können wir hier nicht mit einer Übernahme der Tarifanpassungen lösen, sondern das ist ein Thema, über das wir vielleicht gestern noch einmal länger hätten reden sollen, wieso eigentlich in diesem Segment, wo tatsächlich fast nur Frauen arbeiten, das Lohnniveau so niedrig ist. Wir haben, und das wissen Sie, in den letzten Jahren im Kita-Bereich – ich nenne einmal diese Begriffe, die sich gerade beim Schulthema so populär wiedergefunden haben – von Input- zur Outputsteuerung umgesteuert. Man wollte weg davon, die Angebote, die die Kitas gemacht haben, im Einzelnen zu bezahlen und hin zu einer pauschalen Steuerung der Mittel und zu pauschalierten Entgelten. Das hat zu Qualitätsverbesserungen geführt, der Wettbewerb ist größer geworden und das führt natürlich dann auch zu einer Veränderung der Altersstruktur bei den Beschäftigten. Tatsächlich verdienen die jüngeren Mitarbeiter – meist sind es Mitarbeiterinnen – weniger Geld.

(Wolfgang Rose SPD: Und nun?)

Das ist bitter. Das lässt sich durch die Übernahme des Tarifvertrags nicht ändern. Es gibt aber, das wissen Sie auch genau, eine Anpassung und deshalb verstehe ich den Antrag der SPD an der Stelle nicht. Es gibt einen neuen Landesrahmenvertrag, Herr Müller hat es gesagt, der eine Fortschreibung der Personalkostenpauschale auf der Basis eines Indexes vorsieht.

(Wolfgang Rose SPD: Zu niedrig!)

Sie sagen, das funktioniert nicht. Es ist einfach noch nicht entschieden und wir wissen noch gar nicht, welche Fortschreibungsrate für dieses Jahr überhaupt ansteht.

(Carola Veit SPD: Wir reden vom letzten Jahr!)

Dieses Ergebnis haben wir erst im ersten Quartal. Das kann man dann auch noch einmal im Ausschuss besprechen, aber vorher können wir dazu keine Aussage machen. Das ist der eine Faktor und der ist nicht ganz unwichtig.

Der zweite Faktor sind die Steuermindereinnahmen und die Haushaltskonsolidierung, eine Notwendigkeit, die unstrittig ist. Die Vereinbarung, um die gerade verhandelt wird, ist ein Absenken einer Steigerungsrate und nicht ein Streichen jeglicher Steigerungsrate. Seit dem Herbst 2009 gibt es sich unendlich in die Länge ziehende Verhandlungen zwischen BSG und Kita-Trägern mit dem Ziel, aus Sicht des Senats niedrigere Steigerungsraten zu erreichen. Das ist schwierig zu verhandeln und es gibt noch kein Ergebnis.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Warum nicht?)

Ich sehe nicht ein – gerade weil es noch einen laufenden Tarifvertrag bis Ende nächsten Jahres gibt –, warum wir uns an dieser Stelle einklinken sollen, ohne dass Sie beide im Übrigen sagen, wie

dann die Finanzierung der zusätzlichen Mittel erfolgen soll, die Sie da brauchen. Mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und dem Umzug ins Überseequartier wird das nicht gehen. Wir können jedenfalls keine Zusage für eine Finanzierung dieser Kosten geben.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es gibt keine pauschale Absenkung der Personalwochenstunden, es gibt keinen Standard, der unter den Vereinbarungen im Landesrahmenplan liegen wird.

(Carola Veit SPD: Das wissen Sie doch noch gar nicht!)

Insgesamt hat eine Sonderkürzung nicht zwangsläufig eine Verschlechterung des Personalschlüssels zur Folge. Bisher ist es den Kitas der Vereinigung auch gelungen, eigenständig die Mittel zu verwenden, und zwar in den meisten Fällen sehr zum Vorteil der Kinder und Eltern. Die Auswirkungen auf die Einrichtungen sind sehr unterschiedlich, deswegen sollten wir es auch hier nicht so pauschal diskutieren.

Für uns ergibt sich das Fazit: Es besteht im Moment bei laufenden Tarifverhandlungen und mitnichten in einer Situation, dass die Personalwochenstunden gesenkt werden, keine Notwendigkeit, Ihre Anträge zu beschließen. Für die Debatte im Ausschuss warten wir ab, bis der Index vorliegt und man dann konkret über die Fortschreibungsrate reden kann. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Erstens, Herr Müller, finde ich es peinlich und unverschämte für einen kinder-, jugend- und familienpolitischen Sprecher, dass er an Fußball denkt, wenn hier ein wichtiges Thema besprochen wird. Und zweitens, Frau Möller, haben sich die Tarifparteien – die Gewerkschaftskollegen sitzen auch hier – bis jetzt nicht einigen können, weil die Träger zu Recht überlegen, wie sie das finanzieren. Die einzige Möglichkeit ist, dass sie den Personalschlüssel verschlechtern.

(Antje Möller GAL: Das stimmt nicht! Es gibt drei Elemente!)

– Aber für das Personal gibt es nur eine Pauschalierung, es gibt nicht drei Pauschalierungen. Wenn sichergestellt wäre, dass sie damit ihre Kosten decken können und wenn der Senat seine Zusage signalisieren würde, dass er auch die Ergebnisse des Tarifabschlusses übernehmen wird, dann würden sich die Kolleginnen und Kollegen und die Träger schneller auf ein Ergebnis einigen. Sind die Kollegen denn blöd, dass sie tage-, wochen-, monatelang und jetzt immer noch auf die Straße gehen und für ihre Rechte kämpfen? Es geht ihnen

(Mehmet Yildiz)

schlecht und sie verdienen wenig, deshalb gehen sie auf die Straße. Die Gruppen haben sich vergrößert, eine vernünftige Arbeit in den Gruppen ist nicht mehr möglich, weil es zu viele Kinder und zu wenige Erzieher gibt. Das hat alles damit zu tun und nicht, weil ihnen langweilig ist und sie Lust haben, auf die Straße zu gehen und mehr Geld zu fordern. Das hat damit zu tun, dass sie bei den Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung erwarten. Die Träger sagen diese nicht zu, weil das Geld für Personalkosten tatsächlich nicht vorhanden ist.

Natürlich können die Träger die Tarifkosten übernehmen, aber das wird zulasten unserer Kinder und der Beschäftigten gehen. Und ob wir das sinnvoll finden, wo jetzt schon alle kritisieren, dass wir größere Kita-Gruppen haben und diese eigentlich verkleinert werden müssten? Wie wollen wir, wenn demnächst noch größere Gruppen vorhanden sind, damit umgehen? Ich finde das nicht sinnvoll und wir hätten zumindest erwartet, dass die Anträge an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überwiesen werden und man darüber spricht. Als wir das Thema anlässlich der Tarifverhandlungen auf Bundesebene hier in der Aktuellen Stunde angemeldet hatten, sagte Senator Wersich, wir sollten einmal abwarten, und er hat auch nicht verneint, dass wir darüber sprechen werden, aber die Gespräche können nur weitergehen, wenn Sie als Regierungspartei signalisieren, dass Sie auch Ihren Beitrag dazu leisten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Frau Veit hat das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Carola Veit SPD: – Ich mache es kurz.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, Sie haben hier sehr häufig das Wort der Pauschalierung bemüht und von den Pauschalen geredet. Pauschalierungen sind kein Grund, Tarifsteigerungen nicht zu übernehmen. Das muss man dann eben lösen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Elisabeth Baum, beide DIE LINKE)

Die pauschale Frage lautet doch, ob wir wollen, dass in Hamburger Kitas Tariflöhne gezahlt werden oder nicht. Wenn wir das wollen, soll das zulasten der Qualität in den Hamburger Kitas gehen oder soll es das nicht? Wir haben dazu eine klare Aussage getroffen und Sie haben sich irgendwie drumherumgemogelt.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Elisabeth Baum, beide DIE LINKE)

Sie haben hier gesagt und sich auf die Gleichstellungsdebatte von gestern bezogen, die armen

Frauen würden auch zu wenig verdienen. Genau hier wäre die Möglichkeit, das ganz konkret zu lösen, Nägel mit Köpfen zu machen und die Situation zu verbessern. Und was machen Sie wieder? Nichts.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Elisabeth Baum, beide DIE LINKE – Michael Neumann SPD: Wie immer!)

Dann sagen Sie, Sie könnten hier keine Zusage geben. Mir scheint, Sie wollen den Erzieherinnen und Erziehern keine Zusage geben. Das ist der Grund, Sie wollen nicht. Sie vermischen hier auch die Dinge, es sind verschiedene Dinge. Wir reden hier über die Tarifsteigerung und haben auch über die Haushaltskonsolidierung und die Sparvorgaben von über 65 Millionen Euro gesprochen, die der Senat den Kitas an dieser Stelle macht, wo Sie sagen, das hätte keine Auswirkungen.

(Antje Möller GAL: Ich habe gesagt, dass wir es nicht vermischen sollen!)

Das Absenken der Steigerungsrate ist nichts anderes, Frau Möller, als mehr Kinder zum gleichen Geld zu betreuen. Das ist gleichbedeutend mit größeren Gruppen und einer schlechteren Erzieher-Kind-Relation.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch da mogeln Sie sich darum herum und sagen, wir sollen das nicht vermischen. Mir scheint, Sie sind diejenige, die das vermischt, und es ist schade, dass Sie den Beschäftigten in den Hamburger Kitas keine Zusage geben können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Einen Punkt möchte ich noch einmal klarstellen. Frau Veit, Sie wissen genau, dass in dem gemeinsam abgeschlossenen Landesrahmenvertrag eine Steigerung drin ist, und zwar auf der Basis eines Indexes; das habe ich eben schon gesagt. Ich wiederhole es aber gerne noch einmal. Dieser Index wird ständig neu berechnet. Dass er wahrscheinlich nicht in Gänze die Tarifsteigerungen aufnehmen wird, das mag sein. Bis jetzt ist es noch eine These, weil wir die Fortschreibungsrate für 2010 erst Ende des Quartals erwarten. Sie setzen voraus, dass es so ist, wir warten ab, bis die Fortschreibungsrate bekannt ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Carola Veit SPD: Dann überweisen Sie es und wir besprechen es im Ausschuss!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/5320 und 19/5486 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/5486. Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte nun dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/5320 zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf, Drucksachen 19/5079, 19/5242 und 19/5243: Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/5079 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/5242 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/5243 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/5079, zunächst zur Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit beschlossen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Nun zum Bericht 19/5242. Hierin sind ebenfalls nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte sich diesen anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Schließlich zum Bericht 19/5243, Ziffer 1. Auch hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Wer schließt sich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraf 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist somit einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6, Drucksache 19/4898, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern: Senator Wersich verweigert Informationen über die Teilnahmequote nicht deutscher Kinder in den Stadtteilen mit dem Argument einer möglichen "Reanonymisierung".

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern ("U-Untersuchungen"): Senator Wersich verweigert Informationen über die Teilnahmequote nicht deutscher Kinder in den Stadtteilen mit dem Argument einer möglichen "Reanonymisierung"
– Drs 19/4898 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/4898 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 19/4996, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Beitragsfreies letztes Kita-Jahr – aber nicht für alle: die schwarz-grüne "Kann-Kinder"-Regelung.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Beitragsfreies letztes Kita-Jahr – aber nicht für alle: die schwarz-grüne "Kann-Kinder"-Regelung
– Drs 19/4996 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

* Siehe Anlage, Seite 3061

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wird eine Besprechung beantragt?

(Carola Veit SPD: Genau!)

Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die Sitzung am 31. März vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 19/4999, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Gravierende Defizite im Katastrophenschutz aufgearbeitet?

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Gravierende Defizite im Katastrophenschutz aufgearbeitet?

– Drs 19/4999 –]

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die Sitzung am 31. März vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 19/5246, Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2010.

[Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2010

– Drs 19/5246 –]

Wer möchte das Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2010 aus der Drucksache 19/5246 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit einigen Gegenstimmen auch in zweiter Lesung beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 19/5304, Senatsmitteilung: Entscheidung des Senats gemäß Paragraf 22 Absatz 2 Satz 2 Bezirksverwaltungs-

gesetz; Aufhebung des Ergebnisses des Bürgerentscheids "Rettet den Buchenhof-Wald" vom 5. November 2009, der die Wirkung eines Beschlusses der Bezirksversammlung Altona hat.

[Senatsmitteilung:

Entscheidung des Senats gemäß Paragraf 22 Absatz 2 Satz 2 Bezirksverwaltungs-gesetz (BezVG)

Aufhebung des Ergebnisses des Bürgerentscheids "Rettet den Buchenhof-Wald" vom 5. November 2009, der die Wirkung eines Beschlusses der Bezirksversammlung Altona hat
– Drs 19/5304 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

Frau Krischok, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Anne Krischok SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Will der grün-schwarze Senat eigentlich mit seinen vielen Baumfällungen in das Guinnessbuch der Rekorde aufgenommen werden? Die Abholzungen für die Fernwärmetrasse von Vattenfall sind Gott sei Dank seit gestern laut Gerichtsentscheid vom Tisch. Es bleiben aber die geplanten Fällungen von 3300 Bäumen für die internationale Gartenschau und nun Baumfällungen im Buchenhof-Wald trotz eines entgegengesetzten Bürgerentscheides und einer anhängigen Petition.

Skandalös ist nicht nur die Tatsache, dass der Senat Bürgerentscheide nicht ernst nimmt – daran haben wir uns in der letzten Legislaturperiode schon gewöhnen müssen.

(Zurufe von der CDU)

Skandalös ist, wie beim Buchenhof-Wald offenbar, man kann es nicht anders sagen, getrickst und möglicherweise auch getäuscht worden ist.

Die Bürgerinitiative "Rettet den Buchenhof-Wald" hat eine Petition an den Eingabenausschuss gemacht. Das kann ich hier übrigens so sagen, obwohl die Unterlagen normalerweise vertraulich sind, weil die Initiative die Eingabe selber veröffentlicht hat. Normalerweise haben Eingaben eine aufschiebende Wirkung. Warum nicht in diesem Fall? Die Eingabe lag zwar eine Woche vor der Senatsentscheidung in der Hamburger Verwaltung vor, wurde aber anscheinend nicht rechtzeitig an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

(Jörn Frommann CDU: Mann, Mann, Mann!)

(Anne Krischok)

Ich glaube hier nicht an einen unglücklichen Zufall. Eine Stunde nach der Senatsentscheidung liefen die Kettensägen. Auf dem Gelände eines ökologisch wertvollen Waldes soll eine Wohnbebauung erfolgen. Die Menschen vor Ort können leider nicht auf das Obergerichtshofgericht hoffen, weil sie nicht klagebefugt sind.

Öffentlichkeitswirksam wird nun von einem Rathausgipfel gesprochen, das schlechte Gewissen der Grünen ist anscheinend da. Zur Kompensation soll die Volksgesetzgebung nachgebessert werden. Was allerdings in diesem Fall statt der Ankündigung eines Rathausgipfels angebracht gewesen wäre, ist die Selbstbefassung im Verfassungsausschuss mit einer entsprechenden Expertenanhörung. Damit haben wir auch eine neue Situation, dass nämlich nicht nur eine Missachtung von Bürgerentscheiden stattfindet, sondern letztendlich indirekt auch eine Missachtung des Parlaments dadurch, dass diese Befassung nicht stattfindet.

(Zuruf von *Stephan Müller CDU*)

Die gefälltten Bäume können selbst die Grünen damit nicht mehr zusammenkleben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Roock, Sie haben das Wort für ebenfalls maximal fünf Minuten.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit so einem merkwürdigen scheinheiligen Beitrag musste man rechnen, Frau Krischok.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Zurufe von der SPD)

Ich werde gleich noch darauf zu sprechen kommen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Roock, ich möchte Sie doch bitten, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Herr Präsident, zunächst möchte ich trotz der Komplexität kurz etwas zur rechtlichen Lage sagen, die in der Drucksache ausführlich dargestellt ist. Im Anschluss daran komme ich zu einer politischen Bewertung, Frau Krischok. Die rechtliche Lage stellt sich kurz wie folgt dar. Am 5. November 2009 fand ein Bürgerentscheid gegen die Bebauung des Buchenhofes statt. Die Mehrheit der Abstimmungsberechtigten sprach sich gegen die Bebauung und damit verbundene Baumfällungen aus. Daher hat der Bürgerentscheid die Wirkung eines Beschlusses

der Bezirksversammlung. Dieser Beschluss verstößt aber gegen die Hamburgische Bauordnung, gegen die Baumschutzverordnung und damit gegen die Grenzen des Entscheidungsrechts der Bezirksversammlung. Die Bezirksamtsleitung hat den Beschluss zu Recht beanstandet und die Bezirksversammlung hat den beanstandeten Beschluss nicht aufgehoben. Es gilt auch, die gemäß Grundgesetz festgeschriebene Baufreiheit einzuhalten. Aufgrund der Rechtsvorschriften waren alle Klagen, Petitionen und Anträge auf einstweilige Verfügung der Nachbarn und Vertrauensleute erfolglos. Das kurz zum Sachverhalt, die ausführliche rechtliche Bewertung ist der vorliegenden Drucksache zu entnehmen. Diese Bewertung teilen Schwarz-Grün in Altona und auch wir auf Landesebene. Nun kann man aber nicht damit kommen, opportunistisch einseitig Partei zu ergreifen und rechtsstaatliches Handeln zu kritisieren. Ich finde das schon ein bisschen unverschämte

(Zurufe von der CDU und der LINKEN)

und würde mir selbst nie erlauben, Bürgerinitiativen, die von ihrem verbrieften Recht Gebrauch machen, zu kritisieren.

Ganz etwas anderes ist es, wie man inhaltlich dazu steht. Wenn die Rechtslage sowohl staatlicherseits als auch in der Volksgesetzgebung unklar ist, dann ist dieses Haus aufgerufen, Klarheit zu schaffen. Hier werden die Gesetze gemacht und dazu habe ich von Ihnen noch nichts Konstruktives gehört.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun zur politischen Bewertung: Der Bauverein der Elbgemeinden hat diese Fläche 1996 von privaten Grundeigentümern erworben, um bezahlbaren und familiengerechten Wohnraum zu schaffen. Es gibt inzwischen 500 Familien, die sich für dieses Bauvorhaben konkret beworben haben. Damals habe ich kein Wort der Kritik von der SPD vernommen. Das Verfahren läuft mittlerweile seit August 2006, ein unglaublich langer und schon nicht mehr verantwortbarer Zeitraum für die Genehmigung von 66 Wohneinheiten. Bei der LINKEN sind wir schon einiges gewohnt,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Was soll das denn heißen?)

aber dass sich die SPD dafür hergibt, sich bei einem Projekt einer in Hamburg beheimateten Genossenschaft, die lange von eingeschriebenen Sozialdemokraten geführt wurde und preisgünstigen Mehrgenerationenwohnraum herstellen will, opportunistisch zu verweigern, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Seit wann haben Sie Ihr Herz für Sozialdemokraten entdeckt?)

Wie schlimm Sie mit Genossenschaften umgehen, die eine tragende Rolle für günstigen Mietraum in

(Hans-Detlef Roock)

dieser Stadt spielen, ist schon mehr als bemerkenswert.

(Ingo Egloff SPD: Darüber reden wir noch einmal!)

Der BVE hatte nach Baurecht das Recht, 30 Prozent der Fläche für den Wohnungsbau zu versiegeln. Er versiegelte einschließlich der Erschließung aber nur 9 Prozent, im Ergebnis eine ganz sensible Bebauung, die auf ökologische Belange Rücksicht nimmt.

Nun noch ein Satz zu den Baumfällungen: Es hat diverse Untersuchungen von anerkannten Gutachtern gegeben und noch vor den Fällungen hat eine zusätzliche gutachterliche Untersuchung der Bäume mit Höhlen- und Stammaufrissen stattgefunden, um sie auf Winterquartiere von Fledermäusen zu untersuchen. Es ist nicht eine einzige Fledermaus gefunden worden und es musste auch keine Umquartierung geben.

(Zurufe von der CDU)

Ich will noch eines zum Schluss sagen: Es ist kein Einzelfall, dass sich die SPD in den Bezirken dem Wohnungsbau verweigert und sich aber hier auf Landesebene, das macht Herr Grote permanent, alle Augenblicke mit breiter Brust hinstellt und 5000 Wohnungen pro Jahr einfordert. Allein in Altona, Herr Grote, gibt es in diesen Tagen zwei konkrete Anträge für zusätzlichen Wohnraum.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Ein letzter Satz:

(Ingo Egloff SPD: Ist doch schon längst abgelaufen!)

Zwei konkrete Anträge für zusätzlichen Wohnraum liegen vor, beim Forsthaus Bahrenfeld und beim Moltkeblock sollen insgesamt 60 Wohneinheiten erstellt werden und hier verweigert sich die SPD. Es gibt viele weitere Beispiele. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grüne und, ich glaube, alle in diesem Haus haben es schweren Herzens zur Kenntnis genommen, dass der Senat erstmals einen Bürgerentscheid in dieser Stadt aufheben musste, der gegen das Gesetz verstoßen hat. Das ist keine Lösung, wie man mit der direkten Demokratie umgeht, da sind wir uns auch alle einig.

Frau Krischok, eine Polemisierung in der Sache gegen die Grünen aus Hilflosigkeit vor dem Rechtsstaat hilft uns hier nicht weiter.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Zu Ihrem Hinweis auf die Eingabe, auch wenn sie einseitig veröffentlicht wurde, sei gesagt, wir haben parallel dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Die Antwort des Senats wird kommen. Wir als Abgeordnete werden uns diese Antwort natürlich auch anschauen, aber heute darüber zu reden ist schwer möglich.

Worüber wir aber tatsächlich reden können, ist die rechtliche Situation, die der Kollege Roock eben schon angesprochen hat. Bürgerentscheide sind nach Paragraph 19 Bezirksverwaltungsgesetz bindend für die Verwaltung. Genauso bindend für die Verwaltung ist aber auch, dass ein solcher Entscheid nicht gegen geltendes Recht verstößt. Im Zweifel darf der Staat nicht gegen sich selbst und gegen die Gesetze handeln.

(Jörn Frommann CDU: Richtig!)

Gerade wir als Parlamentarier sollten das gut finden, denn wir machen zusammen mit dem Senat die Gesetze und Verordnungen. Man kann das unterschiedlich interpretieren. Gerichte mögen sich damit beschäftigen, aber dass die Verwaltung sehenden Auges sich selbst nicht mehr an Gesetze hält, kann nicht im Interesse der Hamburger Bürgerschaft und schon gar nicht der Bezirksversammlung Altona sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir Grüne haben zu einem partei- und fraktionsübergreifenden Dialog eingeladen, um zu thematisieren, wie wir solche Situationen, die hier aufgetreten sind, in Zukunft verhindern können. Wir sind uns alle einig, dass es Bürgerentscheide, die gegen das geltende Recht verstoßen, zukünftig nicht mehr geben soll, sondern da muss vorher eine rechtliche Prüfung erfolgen. Ich glaube, dass wir uns da einig sind, und ich würde mich freuen, dass wir diese Einigkeit nutzen, um nicht in der Sache gegeneinander zu polemisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/5304 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 29a, Drucksache 19/5398, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz: Zuweisung der Aufgaben gemäß Paragraphen 22 ff. Medizinproduktegesetz an die Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg im Hamburgischen Kammergesetz für die Heilberufe

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

sowie Erklärung einer Haftungsübernahme für die Wahrnehmung dieser Aufgabe.

[Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz über die Drucksache 19/5093:

Zuweisung der Aufgaben gemäß Paragrafen 22 ff. Medizinproduktegesetz (MPG) an die Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg im Hamburgischen Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGH) sowie Erklärung einer Haftungsübernahme für die Wahrnehmung dieser Aufgabe (Senatsantrag)
– Drs 19/5398 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe aus der Drucksache 19/5093 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte sich darüber hinaus der Empfehlung des Ausschusses aus der Drucksache 19/5398 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 29b, Drucksache 19/5416, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge.

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/4950:

Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)(Senatsantrag)

– Drs 19/5416 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus der Drucksache 19/4950 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit einigen Gegenstimmen beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung mehrheitlich mit wenigen Gegenstimmen und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 19/5149, Antrag der SPD-Fraktion: Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten – Auszubildende und junge Menschen vor betrieblicher Willkür schützen.

[Antrag der Fraktion der SPD: Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten – Auszubildende und junge Menschen vor betrieblicher Willkür schützen

– Drs 19/5149 –]

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 43, Drucksache 19/5346, Antrag der SPD-Fraktion: Hamburg braucht einen aktualisierten Verkehrsentwicklungsplan.

[Antrag der Fraktion der SPD: Hamburg braucht einen aktualisierten Verkehrsentwicklungsplan

– Drs 19/5346 –]

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 19/5347, Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreies Bauen.

[Antrag der Fraktion der SPD: Barrierefreies Bauen

– Drs 19/5347 –]

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 19/5351, gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Hamburger Rathaus – fester Programmteil bei der Langen Nacht der Museen.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Hamburger Rathaus – fester Programmteil bei
der Langen Nacht der Museen
– Drs 19/5351 –]**

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Ich stelle das Sitzungsende fest und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 19.01 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christiane Blömeke, Bülent Ciftlik, Lydia Fischer, Nebahat Güclü, Jörg Hamann, Klaus-Peter Hesse, Dr. A. W. Heinrich Langhein, Frank Schira, Stefan Schmitt, Carola Thimm, Juliane Timmermann und Jenny Weggen

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 24. und 25. Februar 2010****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
8	4997	Trassenfreihaltung für den Bau der S 4
21	5230	Reise nach Rom vom 13. bis 14. Januar 2010 Gespräche über die mögliche Schließung des italienischen Generalkonsulats in Hamburg
22	5325	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 26. September 2009 Internationales Deutsches Turnfest in Hamburg, Drs. 19/4001
23	5241	Bericht des Haushaltsausschusses
24	5297	Bericht des Haushaltsausschusses
25 a	5338	Bericht des Wirtschaftsausschusses
26	5261	Bericht des Sozialausschusses
27	5318	Bericht des Familien-, Kinder und Jugendausschusses
28	5319	Bericht des Schulausschusses
29	5355	Bericht des Innenausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
5	4681	Umsetzung des Sprachförderkonzeptes in der vorschulischen Bildung sowie in den allgemeinbildenden Schulen	SPD	Schulausschuss
20	5301	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2008	SPD	Haushaltsausschuss
31	5150	Tierschutz in Zirkusbetrieben	GAL	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
34	5189	"Lassen wir doch beide Herzen schlagen! Wir brauchen die jungen Leute" – Neuer Anlauf für die Abschaffung des Optionszwanges im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht für Kinder unseres Landes	CDU	Rechts- und Gleichstellungsausschuss
37	5340	Gleichstellung zwischen Männern und Frauen muss als unternehmerische Verpflichtung endlich konkret gesetzlich verankert werden	SPD	Rechts- und Gleichstellungsausschuss
	5485	Gleichstellung in der Privatwirtschaft – ehrliche Bilanz ziehen, Regelungen evaluieren und Vorgaben modernisieren	SPD	Rechts- und Gleichstellungsausschuss
38	5341	Gleichstellung zwischen Männern und Frauen muss im öffentlichen Dienst konkretisiert werden!	SPD	Rechts- und Gleichstellungsausschuss

42	5345	Entschieden gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorgehen	SPD	Wirtschaftsaus- schuss
----	------	--	-----	---------------------------

C. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5

TOP	Drs- Nr.	Gegenstand
9	4998	Planung, Kosten und Durchführung der H1N1-Impfkampagne in der Freien und Hansestadt Hamburg